

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die Panik bei der SPD-Nomenklatura zeigt Wirkung

Auch Täuschungsmanöver werden die New-SPD nicht mehr retten



Schröder gibt sich selbst im Rückzug zur „Frontbegründung“ als autoritärer Macher. Obwohl die SPD schon lange von ihrer innerparteilichen Krise geschüttelt wird, wirkte es wie ein Paukenschlag, als der Bundeskanzler seinen Rücktritt vom Parteivorsitz überraschend bekannt gab und den kurz vorher noch vom ihm gelobten Generalsekretär Scholz in die Wüste schickte. Nicht einmal der Parteivorstand war vorher gefragt worden. Mit der eigenmächtigen Bestimmung Münteferings zum neuen Parteivorsitzenden war die ebenso eigenmächtige Bestellung Benneters zum SPD-Generalsekretär verbunden. Mit der Einsetzung eines persönlichen Freundes in dieses Amt hat Schröder wohl Müntefering einen Aufpasser ins Nest gesetzt. Mit dem Personenwechsel an der Spitze wird den Traditionalisten innerhalb und außerhalb der

Partei ein Neubeginn vorgegaukelt, der inhaltlich von keiner Substanz getragen wird. Das Ganze ist nichts anderes als ein Täuschungsmanöver, das auch nicht lange wirksam sein wird. Die Stammwähler und die vielen unzufriedenen Parteimitglieder werden sich nicht lange ablenken lassen, denn mit einem Kurswechsel oder einem sozialeren Kurs hat der Personentausch nichts zu tun. Schröder wie Müntefering betonten ausdrücklich, daß die „Reformpolitik“ fortgesetzt werde. „Das, was beschlossen ist, muß durchgesetzt werden“, stellte Schröder klar. Er war eigentlich deutlich genug, als er richtigstellte: „Müntefering macht nichts anders, er macht es nur anders“.

Angesichts der bevorstehenden 14 Wahlen in diesem Jahr und der wichtigen NRW-Landtagswahl im kommenden Jahr waren besonders von den bedrohten Landespolitikern

und von den Gewerkschaftsführern die Rufe nach Korrekturen der „Reformen“ immer lauter geworden. Die Angst vor einer Abwahl in den Knochen, forderte der NRW-Vorsitzende Harald Schartau Änderungen bei der Gesundheitsreform und bezüglich der Belastung der Betriebsrenten. Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Simonis – erst verlorene Wahlen hinter sich – plädierte für mehr soziale Gerechtigkeit, für eine Bürgerversicherung und für die Erhöhung der Erbschaftssteuer. Die Praxisgebühr müsse wieder abgeschafft werden, forderte nicht nur IG BAU – Chef Wiesehügel. Für Juso-Chef Nils Annen darf es kein „weiter so“ geben und er regte einen „Fahrplan für Gerechtigkeit“ an. Für Bayerns DGB-Vorsitzenden Schösser und für Otmar Schreiner sind die Praxisgebühren „Nonsens“, sie verlangten eine Sen-

Fortsetzung Seite 3

Inhalt

- Die Panik bei der SPD-Nomenklatura Seite 1
- In eigener Sache Seite 2
- Kurzbetrachtung zur Europawahl Seite 7
- Ein Rückzug mit Landgewinnen, Tarifabschluß Metall Seite 9
- Eine Zwischenbilanz des Sozialabbaus Seite 11
- Streiks im Wintersemester Seite 15
- PDS im politischen Wechselbad Seite 18
- Konferenz in Leverkusen Seite 23
- Manche gewinnen – viele verlieren Einkommensverteilung in der BRD Seite 25
- Hansgeorg Conert in Bremen verstorben Seite 26, 27
- Stellungnahme des „Projekts Arbeiterpartei“ Seite 28
- Rezensionen ab Seite 30

In eigener Sache

Den Ereignissen der letzten Monate entsprechend, konzentriert sich diese Nummer ganz auf die Innenpolitik. Die von der Regierungskoalition zusammen mit der CDU/CSU zusammengeschusterten Konter-Reform-Gesetze traten nun teilweise in Kraft. Die Bevölkerung ist empört und lastet den Sozialabbau bei den Lohnabhängigen und Rentnern der SPD an. Was innenpolitisch schon lange gährte, wuchs sich in der SPD zur Krise aus, die im Rücktritt Schröders vom Parteivorsitz ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Wir befassen uns im Leitartikel mit dieser Entwicklung in der SPD, deren Niedergang uns noch lange beschäftigen wird. Ein weiterer Artikel geht auf die Einzelheiten des Sozialabbaus ein und darauf, was uns in der Umverteilung von unten nach oben noch bevorsteht.

Die Gewerkschaften, die nun in der SPD wirklich keine parlamentarische Vertretung mehr haben, kommen auch vom Kräfteverhältnis her immer mehr in Bedrängnis. Ist es in mehreren Branchen bereits zu Minusabschlüssen gekommen, so mußten, unter den Bedingungen der Zeitungskrise, nun auch die Redakteure Abstriche hinnehmen. Unter den ungünstigen Gesamtverhältnis-

sen und nach dem Zusammenbruch des Streiks im Sommer des vergangenen Jahres im Osten Deutschlands musste nun die IG Metall in der anstehenden Tarifaueinsetzung ihre Bewährungsprobe bestehen. Ein sich stark fühlendes Unternehmerlager wollte diesmal eine Arbeitszeitverlängerung durchsetzen. Den Verlauf und den Ausgang des Tarifabschlusses schildert ein Genosse, der an den Auseinandersetzungen beteiligt war.

Zur Vorbereitung der im Juni stattfindenden EU-Wahlen hielt die PDS einen Parteitag ab. Wie in der letzten Zeit öfter, hatte er ein zwispältiges Ergebnis. Unser Artikel beleuchtet die verschiedenen Facetten.

Von einem Treffen linker Gruppen in Leverkusen, das auf Einladung von Robert Steigerwald zusammengekommen war, geben wir einen Bericht, für den Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik zusammen mit unserem Teilnehmer verantwortlich zeichnen.

Ein Blick auf die Studentenstreiks in Berlin, einige Rezensionen und einige kleinere Beiträge runden die Nummer ab.

Leider ist mit Hans-Georg Cornert wieder ein herausragender Mar-

xist verstorben. Er war bis vor kurzem Leser unserer Zeitschrift. Wir drucken einen Nachruf ab, der in der „jungen welt“ erschien.

Einladung

Die Gruppe Arbeiterstimme veranstaltet zusammen mit den Gruppen International Landshut und Dorfen am 22./23. Mai in Landshut ein Wochenendseminar.

Voraussichtliche Themen sind u.a.: Überlegungen zur Perspektive sozialistischer Linker / Bildung nur noch für Reiche?

Anmeldungen über unsere Redaktionsadresse.

Es ist geschafft!

die Arbeiterstimme kann ab sofort auch im Internet gelesen werden. Mit Aufbau und Gestaltung der Seiten sind wir zwar noch nicht ganz zufrieden, hoffen, aber sie bald „anwenderfreundlicher“ zu gestalten. Die Adresse lautet:

www.arbeiterstimme.org

Damit ändert sich auch unsere bisherige e-Mail Adresse, sie lautet ab sofort:

redaktion@arbeiterstimme.org

Achtung: Das ABO für 2004 wird fällig! Wir haben einen Überweisungsschein beigelegt, und bitten um baldige Begleichung. Viele haben bereits bezahlt und wir bedanken uns herzlich für die Spenden und Abozahlungen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl,
Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg;
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl,
Postfach 910307, 90261 Nürnberg

www.arbeiterstimme.org
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org

Bankverbindung

Hans Steiger
Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit an-

deren Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



Die Panik bei der SPD-Nomenklatura zeigt Wirkung

Auch Täuschungsmanöver werden die New-SPD nicht mehr retten

kung der Zuzahlungen. DGB-Chef Sommer forderte von der Regierung einen Politikwechsel und drohte mit Massenprotesten. Die schlimmsten Giftzähne müßten gezogen werden. Viele SPD-Landespolitiker, wie Jüttner aus Niedersachsen und Ypsilanti aus Hessen sahen die Stunde für eine sozialere Politik gekommen.

Langsam fragt man sich, wer denn in der SPD die ganze Zeit dem Schröder-Kurs zu Gunsten der herrschenden Klasse immer wieder zu Mehrheiten verholfen hat. Auch der IGM-Chef Peters meinte, nun steige „die Chance für eine Neuorientierung der Politik“. Weder er noch irgendwelche anderen Kritiker können irgendwelche Fakten vorweisen, womit ihr Glaube zu untermauern wäre.

Schaumschlägereien können den Ernst der Lage nicht lange verdecken

Doch die wirkliche Lage sieht ganz anders aus. Deshalb werden alle Sozialdemokraten, die nun neuen Mut schöpfen, weil sie auf einen sozialeren Kurs bauen, früher oder später wieder enttäuscht werden. Hätten sie richtig zugehört, könnten sie nicht neuen Illusionen nachlaufen. Viele flüchten sich wohl aus Hilflosigkeit in ein gewolltes Mißverständnis. Stellte doch der neue Parteivorsitzende Müntefering klar: Eine Korrektur am „Reformkurs“ „wird nicht sein. An keiner Stelle und an keinem Stück“. Nach Ansicht der SPD-Spitze ist nur eine „bessere Kommunikation“ notwendig, eine bessere „Vermittlung“ der Berliner „Reformpolitik“. Von einem anderen Inhalt der Regierungspolitik war nicht die Rede. Die Menschen sollen mit Kosmetik übertölpelt werden. Und Franz, ganz im Fahrwasser seines Freundes Bastar-Gerhard, verlangt „mehr Disziplin“ in Partei und Fraktion. Übrigens war Müntefering nie ein Linker oder

besonders gewerkschaftsnah. Das einzig Rote an ihm ist sein Schal, was ankommt ist sein lockeres Umgangsgehebe. Damit ähnelt er dem neuen bayerischen SPD-Vorsitzenden Stiegler, dessen roter Pullunder und dessen linke Sprüche über die wahre politische Linie hinwegtäuschen sollen.

Wie der „Spiegel“ berichtete, habe Andrea Nahles, Wortführerin der Linken im Präsidium, nach der Ernennung Benneters zum Generalsekretär gesagt, man müsse „ihm eine Chance geben“. „Eine Chance von Andrea Nahles“ erwiderte der Kanzler gequält, „das ist doch schon was...“.

Während kurz nach dem Wechsel ein Drittel der SPD-Mitglieder der Meinung waren, Müntefering könnte die SPD aus dem Tief holen, war anscheinend die Spitze selbst nicht sehr überzeugt. Nach dem ersten Eindruck jedenfalls waren 70 % der SPD-Anhänger und 72 % der Bevölkerung der Meinung, es seien nun Korrekturen an den Reformen zu erwarten. Andererseits will fast die Hälfte der Bevölkerung eine Fortsetzung der „Reformpolitik“, die Medien haben

ihr ja die Notwendigkeit der „Reformen“ pausenlos eingetrichtert. Nur sie selber will natürlich davon nicht betroffen werden.

Nach neuesten Umfragen sind nur noch 14 % der Bundesbürger mit der Regierung zufrieden, 46 % weniger zufrieden und 38 % gar nicht zufrieden. Die „Reformen“ sind nun nicht mehr tote Buchstaben, sondern wirken sich schmerzlich aus, von der Praxisgebühr bis zu den Zuzahlungen. Dazu kommt die handwerkliche Unfähigkeit und mangelnde Volksverbundenheit in manchen Ministerien. Der Dilettantismus gehörte von Anfang an zum Wesenszug dieser rosa-olivgrünen Koalition in einem Ausmaß, das immer wieder erstaunt. Da fiel es leicht, daß sich die Medien (allen voran die Bild-Zeitung) auf einzelne Ministerinnen und Minister einschossen, ob berechtigt oder nicht. Doch ob Ulla Schmidt, Stolpe, Buhlman oder andere: im Grunde mußten sie die Köpfe hinhalten für eine unpopuläre Politik, die immer auch vom Kanzler und vom Kabinett in den Hauptzügen getragen wurde. Haben sie ihre zugeteilte Aufgabe erfüllt, wird sie Schröder wie eine heiße Kartoffel fallen lassen. Die von allen Seiten geforderte Ministeraustausch wird kommen, wenn der Kanzler einen nächsten Ablenkungs-coup braucht – doch auch dieses Mätzchen wird ihm dann nicht mehr viel nützen!

Die Regierung in den Fesseln ihrer eigenen Politik

Gibt es auch keinen generellen Kurswechsel, so ist die Teilung von Kanzlerschaft und Parteivorstand doch ein Machtverlust für Schröder. So autoritär wie bisher kann er nicht mehr weiterregieren. Die Situation kann sich von Wahl zu Wahl ändern und für die Regierung verschlechtern. Schröder regiert nun gegen den





Abwärtstrend, der sich immer mehr parteipolitisch auswirkt. Es besteht für ihn die Gefahr, daß aus dem Lavieren eine Rutschbahn wird. Zunächst wird wohl der, wenn auch geringe, Spielraum genutzt werden, um Stammwähler doch noch zu halten und die Parteiaktiven zu motivieren. Fraktion und Partei werden bei Kabinettsentscheidungen wohl mehr als bisher eingebunden werden. Vielleicht ist auch eine sorgfältigere Abstimmung der Gesetzesvorlagen möglich und vielleicht kann auch manche innenpolitische „Reform“ verzögert werden. Doch große Möglichkeiten bestehen nicht mehr, wird die Regierung doch von der Morgenluft witternden CDU/CSU-Opposition und von den Medien gejagt. Der Zwang, die sozialen Systeme vor dem völligen Absturz zu bewahren, läßt jeder Regierung wenig Spielraum. Auch stehen fast alle Kommunen vor der Pleite. Daher rührt wohl auch die Forderung von Heide Simonis, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Entgeht man doch damit wieder der Pflicht zur paritätischen Teilhabe, ganz im Sinne der Unternehmerverbände. Die Mehrwertsteuer ist eine Massensteuer, noch dazu die unsozialste, die es gibt, da sie Niedrigverdiener, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger im selben Ausmaße schröpft wie Millionäre. Aber man sieht, Schröder hat noch viele seinesgleichen in der SPD. So auch einen DGB-Vorsitzenden Sommer, der angeblich für die Gewerkschaften spricht, und eine Mehrwertsteuererhöhung befürwortet. Wie weit diese Politiker schon vom Puls des Volkes entfernt sind, zeigen Eichels Pläne, im Zuge der Bekämpfung der Schwarzarbeit Nachbarschaftshilfe und Putzfrauenarbeit zu kriminalisieren und ihr verschärft nachzustellen. Nachdem der allgemeine Aufschrei entsprechend war, macht man aus Straftaten flugs wieder Ordnungswidrigkeiten.

Selbst wenn die Koalitionsregierung – in der die Grünen die sozial rücksichtsloseren sind – wollte, so ist eine Rücknahme der Konter-Reformen oder eine Änderung des Kurses schon deshalb nicht möglich, da sie dazu die Zustimmung von Union und FDP im Bundesrat nicht erhal-

ten würden. Zudem stehen der Regierung weitere harte Brocken bevor. Da ist die drohende Pleite der Pflegeversicherung und die Tatsache, daß sich die Rentenerwartungen der heutigen Beitragszahler im freien Fall befinden. Für die heutigen Rentner, denen man einst weisgemacht hatte, es handele sich um eine ordentliche Versicherung, droht eine künftige Auszahlung je nach Kassenlage des Bundes. Gerade hat der SPD-Finanzsenator von Berlin, Sarrazin, wieder Öl ins Feuer gegossen. Die Pensionen der Beamten seien mit 70 % „sehr viel“, „auf die Dauer zu viel“. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mittels der Hartz-Gesetze wird ebenfalls scheitern. Damit bekämpft man nur die Arbeitslosen. Die großtönig angekündigten Personal-Service-Agenturen weiten sich zu einem Fiasko aus. Die deutsche Tochter von MAATWERK ist gerade pleite gegangen. 10.000 Menschen müssen nun wieder in die Arbeitslosenstatistik zurückgebucht werden.



Der Name ist Programm...



Alles in allem schlechte Aussichten für eine SPD, der das Wasser am Halse steht. So gibt es nur wenige Felder, auf denen die SPD-Spitze ihre Wähler und Mitglieder besänftigen könnte. Nicht einmal die so lange umkämpfte Steuerreform per ersten Januar hat der Regierung die ach so erhofften Pluspunkte gebracht. Auffällig ist, daß fast niemand mehr davon spricht. Die Reichen, die den größten Batzen erhielten, genießen und schweigen. Die Masse der Arbeiter und Angestellten muß erleben, wie die kleine Steuerersparnis durch neue Belastungen verschiedenster Art weggefressen wird, nicht nur durch die Gesundheits- und Renten„reform“. Längst ist der Euro zum Teuro geworden. Die Zahlen der

Preiserhöhungsstatistik von 1,2 % sind unter diesen Bedingungen für Normalverdiener einfach lächerlich.

Sollte es nach weiteren verlorenen Wahlen im Willy-Brandt-Haus brennen, dürfte wohl ein Jonglieren mit der Erbschaftssteuer das Äußerste sein, was zu erwarten wäre. Schien es noch Anfang Februar so, als würde sich die SPD wenigstens zu einer Ausbildungsabgabe aufraffen, weicht sie nun schon wieder vor dem Medientrommelfeuer zugunsten der Konzerne zurück. Superminister Clement legt sich gegen alle Maßnahmen quer, die nur im geringsten den Reibach der Kapitalisten schmälern könnten und droht mit dem Rücktritt vom stellvertretenden Parteivorsitz.

Die Partei zersetzt, bei Wahlen im Sinkflug

Das ist das Ergebnis von fünf-einhalb Jahren neoliberaler Schröder-Politik, dem Genossen der Bosse. Mit dem Erheben der Praxisgebühr, den höheren Arzneykosten und dem Bekanntwerden der Dreifachbelastung der Rentner in diesem Jahr erreichte die Parteikrise der SPD ihren Höhepunkt. Ministerin Ulla Schmidt – in ihrer Jugend im Umfeld des KBW aktiv – hatte den Pharmakonzernen und Apothekern zuviel durchgehen lassen. Das Gesundheitsministerium wurde mit Bergen von Protestbriefen überhäuft: Allein im Januar sollen 10.000 SPD-Mitglieder ausgetreten sein. Wahlwerber in Hamburg mußten sich von Arbeitern beschimpfen lassen; in anderen Bundesländern ist es ähnlich. Auf dem Marktplatz von Ratingen (NRW) wurden die Genossen am SPD-Stand von wütenden Rentnern bedrängt. Von 800 Mitgliedern haben dort mehr als 200 ihr Parteibuch zurückgegeben. Kölner Funktionäre sprechen von Auflösungserscheinungen. Viele Ortsvereinsvorstände haben keinen Mumm mehr, Veranstaltungen durchzuführen (wie aus Bayern berichtet wird), oder sie fürchten sich vor Vorwürfen ihrer eigenen Mitglieder. Für die Kommunalwahlen lassen sich immer weniger Kandidaten finden. Der Nürnberger SPD-Chef Christian Vogel: „Mir graut schon immer vor dem Montag. Am Wochenende haben die Mitglieder



Zeit, ihren Austritt zu formulieren. Danach liegen dann besonders viele Parteibücher bei mir auf dem Schreibtisch, besonders von älteren Genossen.“ Auch „neue Lotsen auf der Titanic“ können die innerparteiliche Krise nicht mehr stoppen. Immer mehr Mitglieder wissen nicht mehr, ob sie in der richtigen Partei sind, treten aus oder werden inaktiv. Von Wahl zu Wahl laufen der SPD – die unter ihrem traditionsbehafteten Namen das Geschäft der Rechten betreibt – die Wähler davon, bleiben enttäuschte Stammwähler zu Hause. Hoffte man in der Berliner Parteizentrale, daß der Absturz der SPD auf 19,6 % bei der Landtagswahl in Bayern noch ein Sonderfall war, so zeigten die Januar-Umfragen auch allgemein einen neuen Tiefpunkt an. Wären da Bundestagswahlen gewesen, hätte die SPD nur noch 24 % der Stimmen erzielt. (Die Union 50 %, die FDP 8 %, die Grünen 6,9 % und die PDS 5 %) Und selbst unter diesen 24 % wären viele gewesen, die nur zähneknirschend ihre Stimme der SPD gegeben hätten, um „Schlimmeres zu verhindern“, wie eine Unionsregierung mit ihren Kopfgeldplänen und dem Eintreten für eine Kriegsbeteiligung im Irak. (Die Schröder-Fischer-Kriegsbeteiligung gegen Jugoslawien oder in Afghanistan scheint seltsam weit entfernt vom Bewußtsein der deutschen Konsumbürger...) Auch in Hamburg, das ein halbes Jahrhundert eine Hochburg der SPD war, ist die Partei nun auf 30,5 % abgestürzt. Das Ablenkungsmanöver der SPD-Spitze ging offensichtlich ins Leere. Eigentlich war das Hamburger Ergebnis für die SPD noch schlimmer als bei vorhergehenden Wahlen woanders, wo die alten SPD-Wähler zu Hause blieben. In Hamburg aber gingen sie in Massen zur CDU über. So konnte die Partei des Freiherrn von Beust 47 % der Arbeiterwähler für sich gewinnen und außerdem noch viele Arbeitslose. Nur ein Teil davon stammte aus dem Anteil der zugrunde gegangenen Schill-Partei. Der SPD verblieben nur noch 32 % der Arbeiterwähler. Die Wahlbeteiligung erreichte mit 68,7 % fast frühere Werte.

Inzwischen wird der Rückgang der Mitgliederzahl für die SPD dramatisch: 1990 hatte die Partei noch

919.000 Mitglieder. Die Zahl sank 1997 auf 776.000 und liegt jetzt bei etwa 640.000. Allein im Jahre 2003 soll die Partei 60.000 Mitglieder verloren haben. Außerdem ging bei den Neuzugängen der Anteil der Jüngeren zurück. Besonders traditionsorientierte Landesverbände, wie z.B. das Saarland, hatten unter den Verlusten zu leiden. Am schlimmsten war es in NRW, dem alten Stammland der SPD, wo die CDU nun die SPD in der Mitgliederzahl überflügelte. 13.000 Mitglieder gingen im alten Milieu an Rhein und Ruhr verloren, während



nur 3500 neu gewonnen werden konnten. Der Aderlaß ist kein Wunder, ermittelte doch Forsa, daß 60 % der Mitglieder die Politik der eigenen Regierung „für sozial völlig unausgewogen“ halten. Beim fortwährenden Verrat der eigenen Grundsätze und der Programmversprechen könne kein Elan, keine Begeisterung mehr aufkommen. Viele verbliebene Mitglieder resignieren. Nur noch 26 % glauben an den eigenen Wahlsieg im Jahre 2006. Da schreckt selbst Wolfgang Thierse auf und mahnt Schröder, er dürfe „nicht vergessen für wen und wofür er gewählt wurde“.

Der Niedergang der SPD beschert der Partei auch eine Finanzkrise. Etwa eine Million Euro fehlt 2004 in der Parteikasse, da die Hälfte der Einnahmen aus Beiträgen und Spenden stammt. Die staatsfinanzierten Zuschüsse richten sich nach den Wahlergebnissen und Eigenmitteln der Parteien. Da beißt sich also auch hier die Katze in den Schwanz: weniger Erfolg – weniger Geld. Da weni-

ger Geld vorhanden, müssen die Wahlkampfmittel gekürzt werden, muß die Organisationsstruktur verdünnt werden. Das Ergebnis liegt auf der Hand. Da brauchen nur noch weitere „Elektroschocks aus Berlin“ dazwischen kommen, wie es der Ministerpräsident von NRW befürchtet, und 2005 verliert dort die bisherige Koalition von SPD und Grünen die Mehrheit. Heutige Umfragen in der SPD-„Herzkammer“ liegen beim historischen Tief von 33 %. Aus heutiger Sicht ist nicht erkennbar, wie Schröder und Steinbrück die Landtagswahlen erfolgreich bestehen wollen. Doch wenn sie Nordrhein-Westfalen verlieren, dann ist auch die Schröder-Regierung in Berlin erledigt. Dann hat die Rechtsopposition im Bundesrat die Zweidrittelmehrheit und kann auch die bisher nicht zustimmungspflichtigen Gesetzesvorlagen scheitern lassen. Schröder wird also alles tun, um das zu verhindern; vielleicht auch mit bisher nicht vorstellbaren Kopfständen. Nach wie vor setzt die Regierung auf einen Wirtschaftsaufschwung, vielleicht auch auf ein Wunder aus den USA oder auch so etwas ähnliches wie den Wettergott...

Es gibt kein Zurück mehr!

Die Niedergangsentwicklung seiner Partei zwang Schröder zum Auswechseln der Parteispitze. Da er politisch kein Jota nachzugeben bereit ist, erhofft er sich dadurch wohl eine Atempause. Das wesentliche daran ist, von wem er zu diesem Ablenkungsmanöver gedrängt wurde. Es war nicht der gesammelte Unwille der Basis, den ignoriert er schon seit Jahren hartnäckig – lieber ließ er zehntausende enttäuschter Mitglieder einfach ziehen. Schröder wurde aber auch nicht von seinen willigen Paladinen zu diesem Ablenkungsmanöver veranlaßt; nicht vom Parteivorstand, nicht von der Bundestagsfraktion und nicht von Delegiertenversammlungen. Gegen den neoliberalen Kurs der Umverteilung von unten nach oben wurde zwar hinter vorgehaltener Hand öfter gemurrt, doch stieß er in den eigenen Reihen nirgends auf ernsthaften Widerstand. Die Fraktion folgte ihm stets nahezu einstimmig. (Ein paar Quertreiber



beschimpfte man dann auch als „charakterlose Gesellen“) Auf dem Sonderparteitag errang der Kanzler sogar 90 % der Delegiertenstimmen.

Es ist bezeichnend, wie weit die Degenerierung der Partei bereits fortgeschritten ist, daß dem Druck, dem Schröder nun weichen musste, kein Aufstand von unten zugrunde lag. Seit das Mitgliederbegehren kläglich gescheitert war, gab es kein organisiertes Aufbegehren von unten mehr. Die gewerkschaftlichen Aktionen wurden abgebrochen, nachdem bei der zentralen Demonstration gegen die Agenda 2010 nur etwa 1,2 % der Gewerkschaftsmitglieder bereit waren, mitzumachen.

Der Druck auf Schröder kam vielmehr vom Heer der Parteichargen aus den Bundesländern. Der Wähler einbruch hat sie entsetzt. Eigentlich sind sie diejenigen, die dem Rechtskurs Schröders am nächsten stehen, die aber nun allen Grund haben, um ihre Karriere und ihre Posten fürchten zu müssen. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer, die Minister, die Abgeordneten der Landtage, die Kreisräte, die Bürgermeister, die Stadträte, die SPD-Hauptamtlichen, die Aufsichtsratsmitglieder in den Unternehmen und wer sonst noch alles der Partei einen der meist einträglichen Posten verdankt; sie alle zittern nun vor den Folgen des sozialen „Verrats“ ihrer Partei. Um die Wählergunst wieder zu erlangen, könnten sie eines Tages zu viel weitergehenden Schritten bereit sein. Vielleicht schicken sie Schröder 2005 – nach der verlorenen Landtagswahl in NRW – auch als Kanzlerkandidaten in die Rumpelkammer der Partei. Nützen wird es ihnen nicht viel.

Kann es nach der tiefen Entfremdung zwischen der SPD und ihren Anhängern und den traditionsorientierten Mitgliedern für die Partei wieder aufwärts gehen? Die SPD wird weiterbestehen, sie wird aber nie mehr die alte sein. Ihre Glaubwürdigkeit ist ein für alle mal zerstört. Anfang Februar stellte der ehemalige Parteivorsitzende und Bundesfinanzminister Lafontaine richtigerweise fest, die bisherige Politik der SPD sei nichts anderes gewesen als „Neoliberalismus verpackt in rote Watte“. Im „Handelsblatt“ forderte er: „Eine

neue Politik muß her!“ Manche, die trotz allem Frust in der SPD verblieben, hoffen auch darauf. Tatsache ist jedoch, daß diese „neue Politik“ im Wesentlichen der der alten SPD gleichkäme, doch sind dafür die Voraussetzungen weggebrochen. Angesichts der Globalisierung und des Finanzdesasters auf allen Gebieten gibt es keine Möglichkeiten für die traditionelle SPD-Politik mehr. Dazu kommen Machtveränderungen in der besitzbürgerlichen Gesellschaft, in der bürgerliche Freiheiten nur noch eine Schimäre sind. Medienmonopole in den Händen des großen Geldes machen die Meinung, Die Mächtigkeit der Politiker und Regierungen schmilzt dahin wie Butter in der Sonne. Die herrschende Klasse braucht immer weniger die Vermittlung und Zwischenschaltung von Politikern. Die Masse der Lohnabhängigen ist ohne Klassenbewußtsein, begnügt sich mit Brot und Spielen (Karriere und Konsum) und wird damit zum Spielball der Mächtigen. Immerhin beachtlich, daß die Mehrzahl der Deutschen zumindest die Machtverhältnisse richtig einschätzt. Dem Satz „letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik“ würden laut Umfrage über 71 % zustimmen (46 % voll, 35 % eher). Selbst SPD-Vordenker Erhard Eppler hat kürzlich der TAZ gegenüber zugegeben, daß Politiker „in bestimmten Fragen ohnmächtig“ sind. Es gebe nur einen sehr kleinen Spielraum für Politik, da „das Kapital den Nationalstaat erpressen

Epigon: Menschen werden wenig befragt „Immer weniger Menschen werden/ immer weniger gebraucht./ lohnlos in sinnentleerten/ Existenzen abgetaucht, / verlieren sie ihre Identität;/ mit dem Markt- auch den Eigenwert: / Leichter austauschbar als jedes Gerät – / wie Kippen weggekehrt.“ aus: Rolf Hochhut, „Mc Kinsey kommt“

kann“. Wenn die SPD aber diesen kleinen Spielraum kaum mehr nutzt, so liegt es auch an der Strukturveränderung in der Partei, die dadurch auch ihren politischen Charakter verändert hat. So betrug der Arbeiteranteil in der SPD 1959 noch 55 %, sank 1972 auf 27 % - und heute? Gerade noch 51 % der Gewerkschaftsmitglieder wählten bei der letzten Bundestagswahl SPD. Die

Entwicklung in der Gesellschaft insgesamt war in den letzten Jahren von einer fortlaufenden Rechtsentwicklung geprägt. Eine SPD, die sich immer nur anpasst, verliert ihre Existenzberechtigung als linke Partei. Zu diesem Niedergang schrieb Paul Neumann im „Freitag“: „Zum ersten Mal in der Geschichte hat die SPD im Westen weniger Mitglieder als die CDU – und letztere hat keineswegs welche gewonnen. Es fliehen keine Ränder der Sozialdemokratie, es flieht der Kern und macht die SPD von innen hohl. Sie bringt noch nicht einmal mehr die Kraft zum Streit auf. Sie entschlüft fast sanft unter verbreiteter gesellschaftlicher Gleichgültigkeit. Das ist kein umfragenkonjunktureller, sondern ein historischer Vorgang.“

Der Präsident des BDI, Michael Rogowski, möchte schlauerweise weder Neuwahlen, noch einen Kanzlersturz, da er auf eine Fortsetzung der Konterreformen durch die SPD setzt. So könne man einen Stillstand der „Reform“-politik vermeiden. Im Stillen reiben sich wohl die Kapitalisten die Hände: Die SPD soll sich nur verbrauchen, umso größer wird dann ein Wahlerfolg der Rechtskräfte ausfallen, die dann noch mehr aufräumen mit Gewerkschaftsrechten und in der Sozialgesetzgebung endlich aufs Ganze gehen könnten.

Auf dem Landesparteitag in Bochum hätte man glauben können, Schröder habe jeden Realitätssinn verloren, als er ausrief: „In einer Zäsur deutscher Geschichte kommt es wieder einmal auf die deutschen Sozialdemokraten an!“ Geschichtskundige werden da peinlich berührt, wird man doch durch solche Sprüche an das wiederholte „Versagen“ der SPD im vorigen Jahrhundert erinnert: An die Zustimmung für den I. Weltkrieg 1914, an die blutige Unterdrückung der Arbeiterbewegung mit Hilfe der Freikorps in der Weimarer Republik, an das Überlaufen der SPD-geführten Gewerkschaften zu den Nazis am 1. Mai 1933 und an vieles andere mehr. Das alles war natürlich kein „Versagen“, sondern entstand aus dem politischen Dilemma einer damals reformistischen Partei, die ihre staatstragende Rolle in dem von ihr bejahten kapitalistischen System auch in





der Krise bis zum bitteren Ende spielen mußte.

Der Absturz der SPD wäre eigentlich die Stunde der PDS. Wenn sie nach Umfragen ihren Anteil von 4 % auf 5 % erhöht hat, klingt das wie ein Treppenwitz. Leider kann man darüber als Linker gar nicht lachen. Die PDS hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie nicht einmal einen Teil der abtrünnigen SPD-Wähler gewinnen kann. Ihre Politik der Regierungsbeteiligung, besonders in Berlin, hat sie zutiefst diskreditiert, hat sie mitverantwortlich gemacht für die herrschende antisoziale Politik. Die auf Um-

fragen beruhenden Prozentzahlen für sie täuschen, da sie die niedrigere Wahlbeteiligung nicht berücksichtigen. Denn statt mehr, stehen nun an Zahl weniger Menschen hinter der PDS. In den neuen Bundesländern haben in Wirklichkeit große Wählerscharen der PDS den Rücken gekehrt. Ein verheerendes Zeugnis für ihre Politik und ihre Strategie!

Die Reste der sozialistischen Linken und die noch klassenbewußteren Teile der Gewerkschaftsbewegung müssen in einer schweren Zeit standhaft bleiben. Es ist jedoch auch eine Zeit, in der grundlegende Klärungsprozesse vertieft werden, wo das Wesen des Kapita-

lismus und die Rolle der Sozialdemokratie durchschaubarer werden.

(Zur Vertiefung dieses Themas verweisen wir auf den Artikel „Die alte Sozialdemokratie ist tot“ in der Arbeiterstimme 140)

Der bayerische Bundestagsabgeordnete Johannes Singhammer (CSU) ist gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch Steuermittel. Jedes geborene Kind sei „ein Konsument – erst von Pampers, später von Autos. Und wir brauchen Konsumenten“. aus einblick

Kurzbetrachtung zur Europawahl

Als Linker kann man dazu verschiedene Positionen einnehmen. Zum einen ist diese Wahl nicht von der Wichtigkeit einer Bundestagswahl. Zum anderen wird, gerade in der jetzigen Situation des Anwachsens der Union, die Europawahl schon zu einer bundesweiten Testwahl, die den einzelnen Parteien Auftrieb gibt oder sie deprimiert. Eine übermächtige Rechtspartei können wir nicht wollen.

Wir wissen, daß durch Wahlen in einer bürgerlichen Demokratie nichts Grundlegendes geändert werden kann. Alle etablierten Parteien sind der herrschenden Kapitalistenklasse letztlich verpflichtet. Aber es

gibt genügend zweitrangige Entscheidungen, die dennoch Bedeutung für die Arbeiterklasse und für den Spielraum der Linken haben.

Zur Europawahl schälen sich nun folgende Einstellungen der Linken heraus:

1. Keine Wahlbeteiligung – wir spielen das nutzlose Spiel nicht mit.
2. Wahl der DKP. Da die PDS von ihr nichts wissen wollte, kandidiert sie diesmal selbst.

Sie ist ohne jede Aussicht auf Erfolg. Es geht ihr dabei vor allem um die Verbreitung ihrer politischen Ansichten.

3. Wahl der PDS. Trotz zunehmender Rechtstendenzen vereint sie

immer noch die größte Anzahl von Sozialisten in ihren Reihen. Sie ist die einzige linke Partei, die Aussicht hat, die 5 % Hürde zu überwinden. Gelingt ihr das, so kommen mindestens die ersten fünf Kandidaten ins Europaparlament. Unter diesen befinden sich mit Sahra Wagenknecht, einer Marxistin und Tobias Pflüger, einem parteilosen Friedensaktivisten, aber zwei durchaus wählbare Kandidaten. Kämen sie durch, könnten sie das Parlament zur Tribüne ihrer linken Einstellungen machen, vielleicht auch mal was anstoßen.

Wir werden deshalb, trotz aller Bedenken, PDS wählen.



4. Tobias Pflüger

** 1965, Politikwissenschaftler, Publizist, Aktivist der Friedensbewegung, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisation in Tübingen. Parteilos.*

»Derzeit überziehen insbesondere die rot-grüne Bundesregierung – aber auch Bundesländer – die Republik mit massivem Sozialabbau. Zugleich gibt es in der Europäischen Union den Versuch, noch vor den EU-Wahlen eine Verfassung zu verabschieden. Mit ihr sollen eine Aufrüstungsverpflichtung, EU-Kampfeinsätze und das neoliberale Wirtschaftsmodell festgeschrieben werden. Machen wir die EU-Wahlen auch zu einer Abstimmung gegen den Sozialabbau im Innern und die Militarisierung der EU. Der 13. Juni könnte sich einreihen in die Aktionstage am 20. März gegen Krieg und Besatzung, am 2. und 3. April gegen Sozialabbau und am 9. Mai gegen die EU-Verfassung.«



5. Sahra Wagenknecht

** 1969, Studium der Philosophie und Neueren Deutschen Literatur, zur Zeit Doktorandin. Seit 1991 Mitglied der Leitung der Kommunistischen Plattform der PDS, Mitglied des PDS-Parteivorstandes.*

»Die rot-grüne Koalition, angefeuert von den Arbeitgeberverbänden und assistiert von der CDU, forciert einen in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen sozialen Crash-Kurs. Deutschland ist damit zugleich einer der Motoren europaweiten Sozialabbaus. Zugleich wird die Militarisierung und Aufrüstung des europäischen Kontinents vorangetrieben, um künftig wirtschaftliche Interessen auch eigenständig militärisch vertreten zu können. Eine hochgefährliche Entwicklung, gegen die auf den Straßen und im EU-Parlament der Widerstand fortgeführt und gestärkt werden muss.«

Tarifabschluß bei der ME-Industrie

Ein Rückzug mit Landgewinnen für das Unternehmerlager



Am frühen Morgen des 12. Februar diesen Jahres einigten sich die Tarifvertragsparteien überraschend auf einen Abschluss, der für die diesjährigen Tarifrunden Pilotcharakter hatte. Der Abschluss kam wirklich überraschend und in der letzten Minute zustande. Eigentlich glaubte auf Seiten der IG Metall niemand mehr an eine Einigung ohne Streik. Zu groß waren die unterschiedlichen Positionen zwischen den Unternehmern und der Metallgewerkschaft. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte der BRD war ein Unternehmerverband mit einer so frechen und weitgehenden Forderung nach Absenkung der Tarife in eine Tarifausinandersetzung gegangen. Im Kern wollten die Kapitalisten der ME-Branche die Revision der 35-Stunden. Sie witterten nach ihrem strategischen Sieg über die IG Metall im letzten Jahr und der darauffolgenden Führungskrise in der Organisation Morgenluft. Dass sie sich für ihren Angriff aber ausgerechnet die 35-Stunden-Woche ausgesucht haben, verwundert schon. Es lässt nur den Rückschluss zu, dass die Kapitalisten einschätzten, dass nach den zurück-

liegenden Wirrnissen innerhalb der IG Metall diese inzwischen völlig handlungsunfähig sei. Die Forderung nach der Revision der 35-Stunden-Woche war damit eine Provokation, mit der man die IG Metall zur Kapitulation oder zu Handlungen, die in einer Niederlage enden sollten, zwingen wollte.

Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ist für die IG Metall das Herzstück ihrer tarifpolitischen Erfolge der zurückliegenden 25 Jahre. Keine Forderung der Gewerkschaft in der Vergangenheit benötigte mehr Kraft zur Durchsetzung als eben diese Arbeitszeitverkürzung. Eine Aufgabe dieser Errungenschaft „35“ wäre deshalb einer Selbstaufgabe der Organisation nahegekommen. Ein Streik wäre aus diesem Grunde, ungeachtet der momentanen Stärke oder Schwäche der IG Metall, unvermeidbar gewesen.

Eine zusätzliche Angriffsflanke beinhaltete das Forderungspaket der Unternehmerverbände außerdem. Die Entscheidung über die Verlängerung der betriebliche Arbeitszeit auf bis zu 40 Stunden in der Woche sollte nach Auffassung von Gesamtmetall und der Einzelverbände in die Hände der Betriebsparteien gegeben werden. Auch das war für die IG Metall unannehmbar. Zum einen hätte das bedeutet, dass sich kein Betriebsrat dem Erpressungsdruck einer Geschäftsführung bei der Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit hätte entziehen können, zum anderen hätten die Kapitalisten, wäre die Gewerkschaft darauf eingegangen, einen weiteren Schritt zur Eindämmung von gewerkschaftlichem Einfluss in den Betrieben gemacht. Schon seit Jahren erheben sie die Forderung nach Öffnungsklauseln in den Kernbereichen der Tarifverträge. Sie wollen, dass die Lohnhöhe, Sonderzahlungen und die Arbeitszeit zwischen den Betriebsparteien verhandelt wird. Die Tarifvertragsparteien sollen nach ihren Vorstellungen nur noch für allgemeine, relativ unverbindliche

Rahmenverträge zuständig sein. Solch weitgehende Öffnungsklauseln wurden bis jetzt von der IG Metall erfolgreich verhindert, da sie die Konsequenz hätten, dass sich in den Betrieben die Arbeitsbedingungen verschlechtern und die Löhne und Gehälter abgebaut würden. Eine Gewerkschaft kann so etwas nicht zulassen. Schon alleine deshalb nicht, weil das eine Existenzfrage für jede Gewerkschaft ist.

An der Frage der Einführung einer Öffnungsklausel in die Tarifverträge kann festgestellt werden, dass die Kapitalisten eine Doppelstrategie führen. Ihre Forderung zielte erneut auf die Beseitigung oder zumindest Einschränkung der Tarifautonomie. Da sie sich im Dezember letzten Jahres bei der Bundesregierung in der Frage (noch) nicht durchgesetzt haben, wurde sie von ihnen in dieser Tarifrunde wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Konfliktvermeidung war angesagt

Die IG Metall forderte in allen Tarifgebieten einheitlich 4 Prozent mehr Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung, bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Weitere Forderungen gab es nicht. Damit war eine Forderung gestellt, die mehr als moderat war und bei der bereits bei der Aufstellung feststand, dass ein Abschluss nicht weltbewegend sein würde. Und so ist es auch gekommen. Dieses Jahr gibt es eine Erhöhung von 2,2 Prozent und im Jahr 2005 nochmals von 2,7 Prozent. Das bedeutet, dass die Netto-Einkommenserhöhung bei den meisten Werktätigen nicht einmal die offizielle Preissteigerungen der Lebenshaltungskosten ausgleicht. Von den zusätzlichen Belastungen, die die Schröder-Regierung durch ihre „Reformpolitik“ den abhängig Beschäftigten auferlegt, ganz zu schweigen.

Die niedrige Forderung widerspricht deshalb auch der eigenen IGM-Argumentation. Diese stellt ja richtigerweise fest, dass das Haupt-



problem der bundesdeutschen Ökonomie die schrumpfende Binnenkaufkraft ist. Durch niedrige Lohnabschlüsse der zurückliegenden Jahre, wachsende Arbeitslosigkeit, zahlungsunfähige Kommunen, und nicht zuletzt durch die neoliberale Regierungspolitik, ist schlichtweg bei den Werkträgigen kein Geld da, den privaten Konsum zu steigern. Deshalb war und ist die volkswirtschaftliche Argumentation der IG Metall und der anderen Gewerkschaften immer, dass man kräftige Lohnerhöhungen brauche, um die Binnennachfrage zu steigern.

Warum orientierte man sich dann aber nicht an der eigenen Argumentation? Der Hauptgrund ist wohl in der momentanen Verfasstheit der IG Metall zu suchen. Die Streikniederlage im Osten und noch mehr das Führungsgezerre danach hat der IG Metall sehr geschadet und sie organisatorisch und politisch geschwächt. Zigtausend Mitglieder kündigten die Mitgliedschaft auf. Noch mehr Werkträgige sind verunsichert und desorientiert und offen für Argumente der neoliberalen Gewerkschaftsgegner. Die örtlichen Funktionäre stellen fest, dass die Stimmung in der Mitgliedschaft und in den Belegschaften so schlecht ist wie selten zuvor. Dafür ist hauptsächlich die eigene Politik die Ursache, andererseits aber auch der Sozialkahlschlag der Bundesregierung. Und auch der fällt den Gewerkschaften auf die Füße. Waren es doch sie, die bei der Bundestagswahl die SPD offen unterstützt haben und nach wie vor ihre Verbundenheit mit der ehemaligen Arbeiterpartei, trotz deren Wahlbetrugs, aufrechterhalten.

Aus diesen Gründen war man wohl in der Frankfurter IGM-Zentrale der Auffassung, möglichst eine Tarifrunde ohne große Konflikte zu fahren. Eine Forderung von 4 Prozent mit einem entsprechend geringen

Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI): „Ich wünsche mir manchmal ein großes Lagerfeuer, um das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge hineinzuzerfen.“

Ergebnis entsprach ungefähr dem was bürgerliche Ökonomen öffentlich empfahlen. Mit großem Widerstand aus der Mitgliedschaft und den betrieblichen Funktionärskörpern war ebenfalls nicht zu rechnen. Denn die wirtschaftliche Lage der Betriebe war und ist durchaus unterschiedlich. Besonders in den Industriebereichen, die nicht ausgeprägt für den Export tätig sind, stehen mangelnde Auslastung und geplanter Personalabbau auf der Tagesordnung. Meist sind das kleinere und mittlere Unternehmen. Dort geht ebenfalls, wie im Osten auch, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes um. Kräftig geschürt wird diese durch die Kapitalisten mit der „Keule“ der EU-Osterweiterung und der Androhung, bei weiteren Kostensteigerungen, die Produktion nach dort zu verlagern. Solche Krisenängste halten die Forderungen nach mehr Lohn in Grenzen. Es gab deshalb auch in den einzelnen Tarifkommissionen zur Höhe der Forderung im Grunde keine kontroversen Diskussionen und Kampfabstimmungen.

Die Offensive der Unternehmer und die Antwort der MetallerInnen

Die eigentliche Brisanz erhielt deshalb die diesjährige ME-Tarifrunde alleine durch das Vorpreschen der Kapitalisten in der Arbeitszeitfrage. Ihre Forderung nach dem Zurück zur 40-Stunden-Woche stieß auf die einhellige Ablehnung der Werkträgigen in Westdeutschland. Die Argumentationskette, länger Arbeiten, weniger Kosten, mehr Arbeitsplätze, war zu dümmlich, um selbst von verunsicherten und desorientierten Belegschaften geglaubt zu werden. Vielmehr fand die gewerkschaftliche Agitation Akzeptanz, die an betrieblichen Beispielen aufzeigte, wie viele Entlassungen anstünden, würde die Arbeitszeit wieder auf 40 Stunden in der Woche zurückgedreht. Unterstützt wurde diese Agitation durch Beispiele bei Opel, Transnet und anderswo, wo kürzlich die Arbeitszeit auf 30 Stunden in der Woche reduziert wurde, um Entlassungen zu verhindern. Daneben ist die 35-Stunden-Woche bei den Werkträgigen inzwischen eine soziale Errungenschaft, auf die man

nicht mehr verzichten möchte. Die Forderungen der Unternehmer erzeugten bei den Werkträgigen eine nicht geringe Wut. Deshalb wurden, als sich bei den Tarifverhandlungen am Verhandlungstisch nichts bewegte, die Warnstreikaufrufe der IG Metall weitgehend befolgt. Die IG Metall konnte insgesamt rund 500.000 Kolleginnen und Kollegen in Warnstreikaktionen einbeziehen – eine Zahl, die sie in zurückliegenden Warnstreiks bislang noch nicht erreicht hat. Aus den Verwaltungsstellen wurde berichtet, dass sich in diesem Jahr deutlich mehr Angestellte bei den Aktionen beteiligt haben. Neben der Quantität also auch (ein bisschen) mehr Qualität. Mit einer derart hohen Streikbereitschaft hatten die Kapitalisten auf jeden Fall nicht gerechnet – und die IGM-Spitze offensichtlich auch nicht. Der Verhandlungsführer des Verbandes der ME-Industrie in Baden-Württemberg, Ottmar Zwiebelhofer, zeigte sich enttäuscht und bezeichnete die Warnstreiks bereits als Erzwingungsstreiks.

Das Ergebnis

Offensichtlich hat die in den Warnstreiks gezeigte Kampfbereitschaft der Belegschaften die Unternehmer überzeugt, den Rückzug anzutreten. Allerdings war es kein vollständiger Rückzug, sondern ein Rückzug mit nicht unerheblichen Landgewinnen an der materiellen und ideologischen Front.

Neben den sehr niedrig ausgefallenen Entgelterhöhungen für die Jahre 2004 und 2005 ist gerade die über zweijährige Laufzeit des Tarifvertrages eine Schwäche des Abschlusses und ein Risiko für die Werkträgigen. Das gilt um so mehr für den Fall, dass tatsächlich eine deutliche Konjunkturerholung vor der Weltökonomie liegt.





Nicht durchgesetzt hat sich Gesamtmetall mit der Absicht, die 35-Stunden-Woche generell auszuhebeln und die Entscheidung über die Verlängerung der Arbeitszeit auf die Betriebsparteien herunterzubrechen. Auch wenn die Bildzeitung triumphierend berichtete, dass die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt wird, stimmt das nicht. Zugestanden wurde allerdings, dass in bestimmten Betrieben für die Hälfte der Belegschaft die Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche verlängert werden kann. Voraussetzung für diese Maßnahme ist, dass mindestens die Hälfte der Belegschaft in den Gehaltsgruppen 5, 6 und mehr eingruppiert ist. Das sind in der ME-Industrie hoch- und höchstqualifizierte Beschäftigte mit hohen Gehältern, also Menschen, die beispielsweise in Entwicklungs- und Forschungszentren arbeiten. Die Möglichkeit, die Arbeitszeit unter diesen Voraussetzungen zu verlängern, trifft in Baden-Württemberg gerade einmal auf 12 Betriebe zu. Wahrscheinlich ist für die Beschäftigten in diesen Bereichen die neue Regelung sogar noch von persönlichem Vorteil. In der Regel wird dort sowieso länger als 35 Stunden in der Woche gearbeitet. Jetzt bekommen diese Werkstätigen die geleistete Mehrarbeit wenigstens zum Teil bezahlt.

Die Einschätzung des Abschlusses durch die Kapitalisten war deshalb auch nicht euphorisch. Von Kannegießer wird berichtet, dass er auf den Stuttgarter Verband einwirkte, in der Nacht zum 12. Februar nicht abzuschließen. Gesamtmetall wollte offensichtlich den Konflikt. Da die Unternehmer im Südwesten von einem Arbeitskampf unmittelbar betroffen gewesen wären, hörte an dem Punkt ihre Klassenkumpanei auf. Sie ließen Kannegießer Kannegießer sein und schlossen den Tarifvertrag ab. Prompt jammerte die FAZ in einem Kommentar von einem tarifpolitischen Waterloo und stellte fest „die Niederlage der Arbeitgeber ist vernichtend“.

Es wäre eine Freude, könnte man der Einschätzung des „Zentralorgans des Kapitals“ zustimmen. Leider sieht die Welt anders aus. Dem Unternehmerlager ist es gelungen,

von der IG Metall grundsätzliche Zugeständnisse in Richtung Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit zu bekommen. Bereits vorher war es für Teile der Belegschaften (bis zu 18 Prozent) schon möglich die Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche zu verlängern. Diese Regelung stand schon seit langem in der Kritik innerhalb der IG Metall und sie wollte eigentlich diese Regelung wieder beseitigt haben. Durch die jetzt vereinbarte zusätzliche Option zur Verlängerung der Arbeitszeit wird der Druck in den Betrieben auf die 35-Stunden-Woche in der Zukunft nicht geringer sondern größer. Es ist deshalb davon auszugehen, dass schon in naher Zukunft ein weiterer Angriff der Kapitalisten auf die 35 erfolgen wird. Und er wird wieder begründet werden mit der mangelhaften Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Es wird dann sehr schwer sein für die Metallgewerkschaft, argumentativ dagegenzuhalten, zumal ein Weiteres tariflich vereinbart wurde, das in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurde. In dem Abschluss von Pforzheim wurde in der Tarifvertragspräambel ein Bekenntnis zur Verbesserung der Wettbewerbs- und Investitionsbedingungen niedergeschrieben, ähnlich wie man es aus gemeinsamen Erklärungen der Tarifvertragsparteien der Chemieindustrie kennt. Von diesem Bekenntnis abgeleitet hat man dann auch die Öffnungsklauseln für verlängerte Arbeitszeiten im Tarifvertrag begründet. Ungeachtet der Frage, wie sich ein solch tariflich vereinbartes Bekenntnis mit dem Anspruch der internationalen Solidarität einer Gewerkschaft vereinbaren lässt, wird dieses „Zugeständnis“ der IG Metall in Zukunft auf die Füße fallen. In der betrieblichen Praxis werden die Unternehmer nicht davon abgehen zu versuchen, die Arbeitszeit zu verlängern. Begründen werden sie es immer mit der erforderlichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Stützen können sie sich nun auf das Bekenntnis der IG Metall, die mit einem Tarifvertrag anerkennt, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestärkt werden muss. Mit Sicherheit werden sie genügend willige Betriebsräte finden, die bereit sind, mitzuwirken, die „eigene Firma“ konkurrenzfähig zu machen. So gesehen

kann man mitnichten von einem „Waterloo“ der Kapitalisten sprechen.

Die Metaller haben durch ihre gezeigte Kampfkraft und Solidarität erfolgreich verhindert, dass ihre Arbeitszeit verlängert wird und dadurch zusätzliche Arbeitslosigkeit entsteht. Sicherlich ist nach dem Desaster im vergangenen Jahr auch wieder das Selbstbewusstsein der Mitglieder gewachsen. Das gilt besonders für die gewerkschaftliche Gemütslage im Osten. Trotzdem werden die kommenden zwei Jahre den Werkstätigen keine Ruhe verschaffen. Die Kapitalisten mussten sich zwar taktisch zurückziehen, ihre Ausgangslage für einen neuen Angriff ist aber besser geworden als zuvor.

CSU-Vorsitzender Edmund Stoiber hat die Metallarbeitgeber scharf kritisiert. Sie hätten einem „zu hohem Abschluß“ zugestimmt. Dieselben Arbeitgeber würden anschließend Arbeitsplätze ins Ausland verlagern und der Politik Vorwürfe über zu hohe Lohnkosten machen. aus einblick 4/04

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In der akt. Ausgabe (2/04) u.a.:

- ◆ Martin Dieckmann: »Vom Mondschein und anderen Tarifen« - zur Tarifaueinandersetzung der Journalisten
 - ◆ Tom Adler/Matthias Fritz: »Im Konsens baden gegangen« - Kommentar z. Metallabschluss
 - ◆ Stellungnahmen zur Metall-Tarifrunde von Betriebsräten und Vertrauensleuten
 - ◆ Heiner Dribbusch: »Einsicht in Notwendigkeit(en)« - über eine Studie der Otto Brenner Stiftung zum Krisenbewusstsein unter Betriebsräten
 - ◆ »It's a long way to...« - Ali Osman Basegmez über innergewerkschaftliche Konflikte und die Situation der Beschäftigten bei Metro-Türkei
 - ◆ Ligia Giovanella: »Segmentiert vs. Integriert« - Modelle der Gesundheitsreform in Lateinamerika
- Ich möchte ein Probeexemplar
 Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62 - 63020 OFFENBACH
 Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
 Email: express-afp@t-online.de

Weiter auf der schiefen Ebene: Eine Zwischenbilanz des Sozialabbaus

„Im globalen Wettbewerb sieht Personalvorstand Jürgen Radomski aber nicht nur unser Unternehmen, sondern auch den Standort Deutschland. Während der Betriebsräteversammlung in Leipzig mahnte er hierbei vor allem längst fällige Reformen der Sozialsysteme sowie innovative Wege beim Schaffen von Arbeitsplätzen an: Andernfalls laufe unser Land Gefahr, international den Anschluß zu verlieren - 'nicht weil wir so viel schlechter geworden sind, sondern weil andere Länder um so viel besser geworden sind.“

SiemensWelt (Firmen-Zeitschrift)
Januar 2004, S. 2

Vor den nächsten sozialen Kürzungen

Die „Reformen“ einseitig zu Lasten der Arbeiterklasse und zugunsten des Kapitals haben bereits bedeutende Lücken in den Konsumtionsfonds der Masse der Bevölkerung gerissen. Unerfüllt blieben dagegen die Versprechungen: Weder ein nennenswerter Wirtschaftsaufschwung noch eine deutlich geringere Arbeitslosigkeit wurden realisiert.

Ist damit ein Ende des Sozialabbaus erreicht? Nicht nur die Beteuerungen des Kanzlers, der Mehrheit der SPD, der anderen bürgerlichen Parteien und der Medien, nicht nur die Forderungen des Kapitals sprechen dagegen. Die Ausgestaltung des bisherigen Sozialabbaus wird weitere Maßnahmen in derselben Richtung erzwingen.

Gesundheitswesen

Die Gesundheitsreform sieht keinerlei Einsparungen bei den Kosten vor. Die Preise für Medikamente liegen an 2. Stelle unter den Industrieländern (nach den USA). Daran wird nichts geändert. Eine Positivlis-

te, die Arzneimittel tendenziell verbilligen könnte, hat die Pharmalobby wieder mal abgeschmettert. Die medizintechnische Industrie wird ihre Produkte weiter in die Arztpraxen und Krankenhäuser pressen, obwohl Deutschland schon jetzt den internationalen Rekord an Röntgenaufnahmen/Einwohner hält. Die Ärztekammern (eingeführt 1937) können weiter ungestört Standespolitik betreiben und die Privilegien ihrer Mitglieder verteidigen.

Diese „Reform“ hat lediglich bisherige Versicherungsleistungen auf die Versicherten abgewälzt. Die versprochene Senkung der Beiträge (wenn sie vielleicht bei einigen Kassen kommen sollte) wird die zusätzlichen Kosten für die Patienten bei weitem nicht aufwiegen.

Die Kostensteigerungen (vgl. Bild 1) werden also weitergehen. Die Proteste gegen die Überwälzung von Kosten auf die Kranken waren gering. Die Sozialverbände rufen meist nur zum Protest mit dem Stimmzettel auf. Sie erschöpfen sich also in



Bild 1

Wahlenthaltung, die natürlich hauptsächlich zu Lasten der SPD geht. Diese scheint nach wie vor fest entschlossen zum politischen Selbstmord. Kein Grund also, die nächste Stufe des Abbaus der gesetzlichen Krankenversicherung anders zu machen als die letzte - also durch Abwälzung von Kostenblöcken auf die Versicherten die Unternehmer von Beiträgen zu entlasten.

Die Auseinandersetzung um Kopfprämien (CDU) oder Bürgerversicherung (SPD) scheint zur Zeit blockiert. Keines dieser Systeme wird durch Bundestag und Bundesrat kommen. Auf längere Sicht, also über 2006 hinaus, kann sich das ändern.

Rentenversicherung

Die Renten werden in diesem Jahr zum ersten mal in der Geschichte der Bundesrepublik **offen** gekürzt. Rentenanpassung entfällt, dafür wird die Pflegeversicherung voll den Rentner/innen aufgebürdet, und die Betriebsrenten werden stärker belastet. Das wird nicht reichen, um die Beiträge und damit den „Arbeitgeber“-Beitrag stabil zu halten bzw. zu senken, weil die Ausgaben wegen u. a. höherer Lebenserwartung weiter steigen werden. Beitragssenkung ist aber – unter dem Etikett Senkung der Lohnnebenkosten, d. h. Lohnsenkung, weiter erklärtes Ziel der bürgerlichen Parteien und Forderung der Unternehmer.

Ein „Nachhaltigkeitsfaktor“ (unter der Kohl-Regierung demographischer Faktor genannt) soll zu weiteren Kürzungen führen. Die Einführung wird voraussichtlich die nächste Rentenreform“. Dazu kommt die höhere Besteuerung der gesetzlichen Rente sowie der Auszahlungssummen von Lebensversicherungen und der Betriebsrenten.

„Die Pläne der Regierung zur Reform der Rentenbesteuerung führen nach Ansicht der Rentenversicherungsträger dazu, daß das Niveau der Alterseinkünfte spürbar sinken wird. 'Die Neuregelung hätte faktisch ein nach unten offenes Rentenniveau zur Folge', kritisiert die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)...“ (Süddeutsche Zeitung v. 28. 1. 04). Mittlerweile wird von einer Absenkung des Rentenniveaus bis 2030 auf bis unter 40 % der Nettolöhne gesprochen. Kollegin

Engelen-Kefer (DGB) fordert die Festlegung einer Mindestrente, die wenigstens diese 40 % absichern soll. Auch wenn die Rentenkürzungen in kleinen Schritten erfolgen werden, zeigt diese Vorschau die Richtung an und die „Forderung“ nach Mindestrente deutet an, daß der DGB sich damit abfindet.

Pflegeversicherung

Die Pflege für Alte und Kranke wurde für Privatfirmen weiter geöffnet. Nach herrschender Ideologie verheiße das höhere Effizienz. Höher stiegen aber nur die Kosten und damit auch das Defizit der Pflegeversicherung. Zwar gibt es noch rd. 4 Mrd. Euro Rücklagen, doch diese werden bei einem weiteren Kostenanstieg bzw. Überwälzung von Kosten von der Kranken- zur Pflegeversicherung schnell verbraucht sein. Die Klagen über Vernachlässigung, Zwangsmaßnahmen und Reduzierung der Pflege auf „satt und sauber“ (fast schon

heutiger Idealfall) nehmen rasant zu. Eine Erhöhung der Beiträge wird vom Kapital abgelehnt, weil damit nach jetziger Rechtslage auch ein Anstieg der „Arbeitgeberbeiträge“ verbunden wäre. Daß bei Einführung der Pflegeversicherung den Unternehmen durch die Abschaffung eines gesetzlichen Feiertags (Buß- und Betttag) ein (ungefähres) Äquivalent für ihren Beitrag gegeben wurde, wird nicht mehr erwähnt. Es wird also wieder zu einseitig die Pflegebedürftigen und ihre Familien belastenden Beitragserhöhungen, zu Zuzahlungen und/oder zu erweiterten Regreßmöglichkeiten auf Angehörige kommen. Die Löhne und Arbeitsbedingungen der in dieser Branche Beschäftigten werden weiter gedrückt (Beispiel siehe Kasten auf dieser Seite).

Inwieweit die Kürzungen im Gesundheitswesen die Kosten der Pflegeversicherung noch zusätzlich steigern werden, bleibt abzuwarten. Schon jetzt streiten Pflegeheime und andere Träger mit den Krankenversicherungen.

2004 gegenüber Januar 2003 ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß Arbeitslose in Fortbildung nicht mehr in die Statistik aufgenommen werden. Der Abbau der Arbeitslosigkeit durch Änderung der statistischen Methode wird weitergeführt: „Nach europäischer Definition gilt ...jeder als erwerbstätig, der mehr als eine Stunde pro Woche eine bezahlte Arbeit verrichtet. ...Experten gehen davon aus, daß die Arbeitslosigkeit nach der neuen Definition um rund zehn Prozent niedriger liegen wird.“ (Süddeutsche Zeitung v. 19. 2. 2004) Welch schöner Erfolg!

Von den leeren Versprechungen der Vergangenheit (vgl. Bild 2) ist nichts übrig geblieben. Die Kosten der Arbeitslosenversicherung (d. h. ohne Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe) werden weiterhin durch Zwangsmaßnahmen wie Leistungskürzungen und -streichungen sowie durch Zwang zur Aufnahme jeder Arbeit verringert werden (vgl. Bild 3). Davon erhofft sich die Bundesregierung eine Senkung ihrer Zuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit (BA).

Umschulungen, ABM, Fortbildung scheinen ja auch entbehrlich zu sein, wenn weiterhin durch eine hohe Massenarbeitslosigkeit auch gut qualifizierte Lohnarbeiter/innen zur Verfügung stehen. Arbeitsvermittlung - früher Hauptaufgabe der Arbeitsämter - soll zunehmend privatisiert werden. Die privaten Agenturen wollen (und müssen) Profit machen und werden sich daher auf die relativ leicht zu vermittelnden jungen und qualifizierten oder sehr billigen Lohn-

Sanierungsarbeiten sollen die Beschäftigten bezahlen

Der städtische Altenheimträger Münchenstift verlangt von ver.di Zustimmung zu einem Haustarif, dessen Lohnhöhe um bis zu 30 % unter BAT liegen sollen, da die Personalkosten „ohnehin nicht von den genehmigten Pflegesätzen gedeckt würden.“ (Münchenstift-Chef Gerd Peter lt. SZ v. 27. 2. 04)

Die Stadt München als Eigentümer kann kein Kapital für notwendige Sanierungsarbeiten an den Gebäuden zuschießen. Dafür müssen Kredite aufgenommen werden. Zins und Tilgung müssen aus dem laufenden Betrieb erwirtschaftet werden.

ver.di lehnt bisher einen Haustarif ab. Es laufen bundesweit Verhandlungen über ein neues Tarifwerk mit speziellen Regelungen für Krankenhäuser und Altenheime. Deren Ergebnis will ver.di München nicht vorgreifen.

Es scheint nur noch darum zu gehen, ob die Löhne nach dem neuen Tarif oder einem Haustarif gesenkt werden, oder ob notwendige Sanierungsarbeiten an den Heimen nicht gemacht werden können.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit bleibt trotz Einführung der Hartz-Gesetze I bis IV bestenfalls auf dem jetzigen Niveau. Selbst wenn sich die Hoffnungen der Unternehmer auf ein leichtes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts erfüllen sollten, wird sich das auf die Arbeitslosenquote kaum positiv auswirken. Selbst neoliberal eingestellte Blätter rücken von ihrem früher vertretenen unbegründeten Optimismus teilweise ab, ohne allerdings generell auf die Unterstützung der Kapitalforderungen zu verzichten: „...wird die deutsche Wirtschaft 2004 um 1,4 % wachsen. ...Doch die Zahlen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Aufschwung in Deutschland an den meisten Arbeitslosen wohl vorbeirauschen wird...“ (Spiegel 2/2004, S. 19). Die Arbeitslosenzahlen des Januar 2004 bestätigen das. Die relative Verringerung im Januar

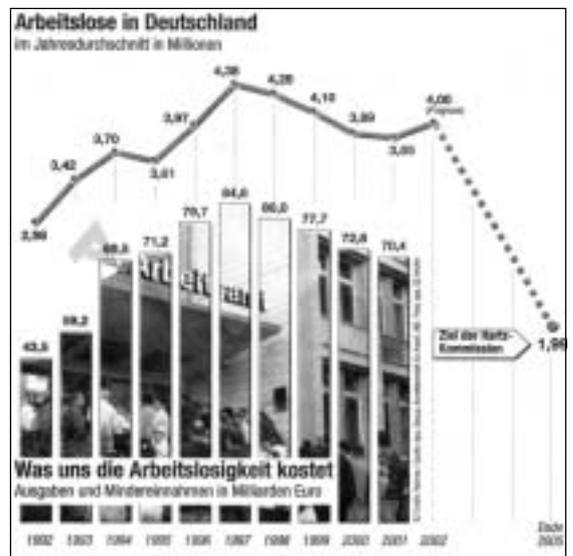


Bild 2



Bild 3

arbeiter spezialisieren. Der Rest fällt durch den Rost.

Die Forderung der FDP (und von einigen Politikern der Union) nach Auflösung der BA erscheint vor diesem Hintergrund folgerichtig. Zur Auszahlung des Arbeitslosengeldes als Versicherungsleistung genügen örtliche Agenturen und die „Verwaltung“ der Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II (früher Arbeitslosenhilfe) sollen ohnehin die Sozialämter der Gemeinden übernehmen. Durch Aufgabe der beruflichen Förderung, stark eingeschränkter Vermittlung, Mobbing gegen schwer Vermittelbare läßt sich die Forderung der Unternehmerverbände nach Herabsetzung des Beitrags (sie sehen natürlich den „Arbeitgeber“ anteil) sowie der Druck der Regierung nach Entlastung von den Zuschüssen an die BA erfüllen.

Das Kapital rechnet (berechtigt) mit einer Steigerung des Niedriglohnbereichs insbesondere durch eine Senkung des Anteils der noch relativ gut bezahlten Stammebelegschaften durch Erhöhung der Zahl der prekär Beschäftigten (z. B. Leiharbeit, befristete Tätige, Scheinselbständige). Genau in diese Richtung zielen die Hartz-Gesetze.

Empfängern von Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe werden die ohnehin geringen Bezüge gekürzt. Hier wird die Abwälzung der Unterbringungskosten auf die Gemeinden auch ohne gesetzliche Regelung für „Einsparungen“ in der Zukunft sorgen, denn die

durch die Steuerreform geschöpften Kommunen werden diese Leistungen nicht mehr im jetzigen Maße erbringen können (selbst wenn sie es wollten).

Wechselwirkung zwischen den einzelnen „Reformen“

Um das Ausmaß des bisherigen Sozialabbaus zu ermessen, genügt es nicht, die einzelnen Kürzungen zu addieren. Die Wechselwirkung zwischen den Maßnahmen verstärkt vielfach den Effekt; sie trägt zu den „Sachzwängen“ für weitere Leistungsverringerungen bei.

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors, begünstigt durch die segensreiche Anwendung der Hartz-Rezepte, führt zu weiterer Senkung der Einnahmen der Sozialversicherungssysteme. Die künftigen Defizite sind damit programmiert. Das Rentenniveau der Zukunft wird u. a. auch dadurch sinken - entsprechend wird die Zahl derjenigen steigen, die im Rentenalter ergänzende Sozialhilfe brauchen werden - falls es die dann noch gibt. Egal wer künftig welchen Anteil an Sozialhilfe tragen soll - Bund, Länder oder Gemeinden - die Kosten auch wegen der jetzigen und kommenden „Reformen“ werden steigen. Entsprechend steigt der „Sachzwang“ zu weiteren Kürzungen zu Lasten der Arbeiterklasse.

Gleiche Konsequenzen gibt es für die zunehmende Anzahl von Menschen, die in die „stille Reserve“ der Erwerbslosen eingehen. Sie müssen sich entweder durch Gelegen-

heitsarbeiten über Wasser halten - meistens schwarz, was den Sozialversicherungen weitere Einnahmerückgänge beschert, oder sie werden Sozialhilfeempfänger oder beides. Auch dadurch sinken tendenziell die künftigen Renten dieser „stillen Reserve“, weil die BA für diese faktisch Arbeitslosen keine Beiträge mehr bezahlt.

Die Arbeitslosigkeit wird durch die „Reformen“ keineswegs real sondern nur durch kosmetische Bearbeitung der Statistik verringert. „Weniger Jobs und genauso viele Arbeitslose? Dafür gibt es mehrere Gründe: Nach jahrelanger Suche resignieren immer mehr Menschen und verabschieden sich in die so genannte stille Reserve. So fallen viele nicht zuletzt wegen der Hartz-Gesetze durch die offizielle Statistik der Nürnberger Bundesanstalt.“ (Spiegel 2/2004, S. 19) Warum sollen sich auch Menschen von den Agenturen schikanieren lassen, wenn sie als ältere oder Langzeitarbeitslose (vgl. Bild 4) sowieso keine oder höchstens minimale Chancen auf eine Vermittlung haben?

Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierung

Die Rationalisierung, d. h. der Ersatz lebendiger Arbeit durch Maschinerie geht unverdrossen weiter. Qualifizierte und niedrig bezahlte Arbeit sind gleichermaßen betroffen. Auch hier nur ein Beispiel: Der Metro-Konzern führt verbesserte scanner-bestückte Kassen ein, an denen die Kunden selbst ihre Einkäufe einscannen. Die ersten Pilot-Einsätze seien zufriedenstellend. Wenn dies



Bild 4

zutritt, werden die Arbeitsplätze von hunderttausenden (schlecht bezahlten) Kassiererinnen gefährdet sein.

Selbst wenn der höchst unwahrscheinliche Fall eines deutlichen Wirtschaftswachstums eintreten sollte, wird das nur in sehr unterschiedlicher Weise Auswirkungen auf die Arbeitslosenzahlen haben. Ältere und Langzeitarbeitslose - also insgesamt 2,59 Millionen (siehe Bild 4) - würden selbst unter günstigen Bedingungen wenig Chancen haben.

Der letzte Tarifvertrag für das verarbeitende Gewerbe der IGM konnte zwar die völlige Aufhebung der Tarifbindung zugunsten betrieblicher Vereinbarungen noch einmal abwehren; doch die schlechende Erosion der Tarifverträge durch immer mehr Öffnungsklauseln, mehr Zeitkonten, mehr Flexibilisierung geht weiter. Auch Flexibilisierung spart dem Kapital Arbeitskraft, weil die beschäftigten Lohnarbeiter/innen intensiver ausgebeutet werden können.

Gemeinden

Die jetzt schon schwierige Haushaltslage der meisten Kommunen wird durch höhere Aufwendungen weiter verschlechtert. Um Sparmaßnahmen, wenn auch in unterschiedlicher Höhe und Art, wird kaum eine Gemeinde vorbeikommen. Gespart wird an kulturellen aber auch vor allem an sozialen Ausgaben. In München (nur ein Beispiel für viele) wird an den streetworkern, d. h. an der Betreuung sozial schwacher, zumeist arbeitsloser Jugendlicher, die in Gefahr stehen in Kleinkriminalität abzugleiten, gespart. So wurde die Zahl von 3 streetworkern für das Westend (rd. 26.000 Einwohner) keineswegs verringert - die 2 sehr engagierten Kollegen (und 1 Kollegin) erhielten „nur“ 2 weitere Stadtteile (rd. 60.000 Einwohner) als Be-

treuungsgebiet dazu. Offenbar will man lieber Gefängniswärter beschäftigen als streetworker und andere Angestellte im sozialen Dienst.

Erwünschte Nebenwirkung für das Kapital wird die höhere Bereitschaft der Gemeinden sein, sich durch Verkauf von kommunalen Betrieben kurzfristig finanzielle Spielräume zu verschaffen. Das nach profitabler Anlage suchende Kapital in einer Phase der Unterakkumulation

internationale Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland genannt. Die Lohnkosten (einschließlich der Lohnnebenkosten) wären zu hoch. Während bisher überwiegend einfache Tätigkeiten in ausländische (bisher vor allem osteuropäische) Länder verlegt wurden, sollen nun auch qualifizierte Arbeiten wie z. B. Software-Produktion in Osteuropa oder Indien erbracht werden und dadurch die Produktionskosten der jeweiligen Kapitale senken.

Diese Argumentation ist nicht unbegründet (wir haben die Problematik in Arbeiterstimme Nr. 142, S. 26/27 ausführlicher dargestellt und ersparen der Leserschaft eine Wiederholung). Die Konsequenz der internationalen Konkurrenz bedeutet für die Lohnabhängigen beständige Verringerung ihrer Arbeitsentgelte tendenziell bis auf das Niveau mittelamerikanischer, osteuropäischer oder asiatischer Arbeiterinnen und Arbeiter. Selbst das wäre noch nicht das

Ende des Trends nach unten. Auch in den uns stets als Beispiel bzw. als Konkurrenz vorgestellten Ländern lassen sich Löhne noch weiter drücken (d. h. diese Länder werden im Sinne des Siemens-Vorstands „besser“ - siehe oben), und so läßt sich die Konkurrenz der Lohnarbeiter/innen unter und gegeneinander fortsetzen.

Für die Kolleginnen und Kollegen läßt sich schwer einschätzen inwieweit die Konkurrenz-Argumentation der Unternehmer im konkreten Fall zutrifft. Lohnkosten (einschließlich Lohnnebenkosten) machen durchschnittlich nur noch knapp 20 % der gesamten Wertschöpfung in Deutschland aus. Allerdings gibt es große Abweichungen von den Durchschnittswerten je nach Branchen und Einzelbetrieben. Auch die Propaganda vom „Hochlohnland“ Deutschland ist generell nicht haltbar. „Vorbilder“ wie die USA oder Japan liegen höher (vgl. Bild 5). Löhne sind in vielen Fällen nicht der einzige Grund für Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer.



Bild 5

findet so noch mehr als jetzt schon Verwertungsmöglichkeiten in bisherigen Stadtwerken und anderen Eigenbetrieben der Gemeinden.

Resultate

Als Begründung für den sozialen Kahlschlag, der nur eine Seite des Reallohnabbaus für die Lohnabhängigen ausmacht - die andere Seite sind die Reallohnsenkungen durch moderate Tarifverträge, wird die in-

Fakten zur Tarifrunde		
Lohnstückkostenentwicklung im Vergleich		
	Veränderungsrate 2003/1996	
	Deutschland	EU
Investitionsgüter	-9,8	-2,5
Metallerzeugnisse	-10,5	+0,4
Maschinenbau	-1,8	+5,9
Büromaschinen	-57,5	-42,1
Elektrizitätsgeräte	-17,9	-4,7
Nachrichtentechnik	-26,3	-3,9
Mess-/Regeltechnik	-16,5	-6,2
Kraftwagen/Teile	-10,2	-4,3
sonst. Fahrzeugbau	-6,7	-0,3

Marktnähe, gesellschaftliche Stabilität, Nähe zu Rohstoffen spielen ebenfalls eine Rolle. Die Lohnstückkosten sind in Deutschland ohnehin beträchtlich gesunken. (vgl. Kasten)

Ausblick

Doch all diese Statistiken und Argumente helfen den Kolleginnen und Kollegen nicht viel weiter, wenn sie von „ihrem“ Unternehmer unter der Drohung einer Produktionsverlagerung in ein Billiglohnland zu Zugeständnissen bei Lohn oder Arbeitszeit genötigt werden.

Notwendig ist (wie in dieser Zeitschrift schon mehrfach dargestellt und begründet) eine tendenzielle Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen auf internationaler Ebene durch eine

intensive und klassenbewußte Zusammenarbeit der Gewerkschaften. Das wurde in der Vergangenheit völlig vernachlässigt. Zusammenhänge wie z. B. TIE (transnationaler Informationsaustausch) leisten nützliche Arbeit; sie können aber natürlich die fehlende gemeinsame Lohnpolitik nicht ersetzen.

Solange das Lohnsystem nicht global gestürzt werden kann (und dahin scheint noch ein sehr langer Weg zu sein) bleiben m. E. nur 2 Möglichkeiten Lohn- und Sozialabbau zu bekämpfen:

1. Auf nationaler Ebene durch Widerstand gegen jede Kürzung so weit eben möglich - und ohne sich durch die im Einzelfall fast nie überprüfbare Propaganda des Kapitals und seiner Achtgroschenjungs (und -mädchen) in den Medien und Parteien beirren zu lassen.

2. Auf internationaler Ebene durch bessere Zusammenarbeit zur Verringerung der Konkurrenz der Lohnarbeiter/innen untereinander vor allem durch Gewerkschaften und soziale Bewegungen.

Das ist leichter gesagt als getan, doch einen leichteren Weg hat bisher niemand gefunden. Unterwerfung unter die Standortkonkurrenz würde nicht nur den Lohn- und Sozialabbau noch beschleunigen; sie würde Lohnarbeiter/innen, Menschen, vollständig zu Objekten der Kapitalverwertung erniedrigen. Ist das eine Alternative?

Vielleicht können die gemeinsamen Proteste am 3. April 2004 in verschiedenen europäischen Ländern ein (kleiner) Schritt in die richtige Richtung sein.

Stand: 28. 2. 2004

Streiks im Wintersemester

Studenten sind eine Minderheit junger Menschen, die vielfach spontan, zunehmend auch organisiert in Aktion zu treten pflegt, oft für progressive Ziele und als erste. Zum Teil heute noch im Geist der Aufklärung erzogen, erweisen sich manche von ihnen als für Ungerechtigkeiten und Unwahrheiten sensibel und leicht zum Protest bereit. Entsprechende Rebellionen gab es in beiden deutschen Staaten. Die erste, fast vergessene, ereignete sich in der DDR nach dem XX. KPdSU-Parteitag im Februar 1956. Bürgerlich orientierte Studenten nahmen damals die Abrechnung Chruschtschows mit Stalin zum Anlass, durch Forderungen nach „Freiheit“, Abschaffung des obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen und Russisch-Unterrichts Grundlagen des UdSSR-abhängigen Staates zu attackieren. Sozialistisch gesinnte Studierende und Assistenten vornehmlich in Jena und Berlin verlangten hingegen, dass von Stalinmethoden abgehend der Weg zu einem demokratischen Sozialismus beschritten und so die DDR gestärkt wird. Sie mahnten wahrheitsgetreue Berichterstattung und Geschichtsschreibung, einen unverfälschten Marxismus, Mit- und Selbstbestimmung der Massen an. Eben darin sah

die herrschende Bürokratie die Gefahr. Sie unterdrückte den Aufruhr, sobald ihr die zweite sowjetische Intervention in Ungarn Anfang November 1956 das ermöglichte.

Die Studentenunruhen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in der BRD und Westberlin sind allgemein bekannt. Parallel zu Rebellionen in Frankreich und der Tschechoslowakei hatten sie ihren Höhepunkt 1968. Sie richteten sich gegen den schmutzigen Vietnamkrieg der USA, gegen blinden Antikommunismus, Springers Medienmacht, Notstandsgesetze, das Totschweigen der braunen Vergangenheit, gegen reaktionäre Strukturen im eigenen Land einschließlich seiner hohen Schulen. Die Bewegung stieß z. T. auf erbitterten Widerstand, war aber in vielem erfolgreich. Auch im Interesse der herrschenden Klasse wurden das Bildungs- und Hochschulwesen verbessert und z. T. demokratisiert. Es war wieder möglich, sich als Dozent zur Lehre von Marx zu bekennen, ohne diskreditiert zu werden. Die Regierung Brandt-Scheel trug maßgeblich dazu bei, den kalten Krieg gegen die Sowjetunion und deren Verbündete einschließlich DDR zu beenden.

Unruhen zum Jahreswechsel 1988/89 in Westberlin waren vor allem

auf die Freie Universität begrenzt. Sie galten der Abwehr sozialreaktionärer Maßnahmen zu Lasten der Studenten sowie des Plans, die FU konservativ umzumodeln. In besetzten Instituten wurden autonome Seminare veranstaltet. Angehende Historiker benannten ihr Institut in „Klaus Störtebeker“, künftige Juristen das ihre in „Karl Liebknecht“ um. Neben den Aufschriften „besetzt“ und „Streik“ prangte der schwarze Stern der Anarchisten. Die ideologische Verworrenheit der Akteure war groß. Der Senat setzte erneut Polizei ein, die aber relativ moderat vorging. Noch vor Ende des Semesters versandete der Ausstand - auch deshalb, weil bei der Abgeordnetenhauswahl am 29. 1. 1989 vermeintliche Verbündete, SPD und Alternative Liste, erfolgreich waren.

Demokratiebestrebungen Ostberliner und ostdeutscher Studenten im Herbst desselben Jahres und ihr anschließender Abwehrkampf gegen altbundesdeutsche Sieger im kalten Krieg, so deren Diffamierung des ersten gewählten Rektors in der Geschichte der Humboldt-Universität Heinrich Fink und dessen Ablösung auf Weisung CDU-Wissenschaftssenator Erhardts, waren Teil der Konflikte zur Wende- und Anschlusszeit.

Die erste große Neubundesdeutsche Studentenrebellion im Wintersemester 2003/04 richtete sich gegen die Zerstörung des Sozialstaats unter neoliberaler Flagge. Mit verschärften sogenannten Sparmaßnahmen zwecks beschleunigten Umschauens von Nationaleinkommen nach oben führte der Abbau längst dazu, dass den zwei Millionen an 99 BRD-Unis Studierenden ein selbstbestimmtes Studium kaum noch möglich ist. Es fehlt an all und jedem, an Räumen ebenso wie neuen wissenschaftlichen Zeitschriften und Büchern, oft auch an versierten Dozenten und Professoren. Das Gros der Ostintelligenz wurde administrativ ausgegrenzt. Im hierarchisierten Universitätsbetrieb von heute geben vielfach staats-treue Niete den Ton an. Gleich gewöhnlichen Schulen droht mancher Hochschule der Verfall aus Geldmangel. Armes Deutschland? Es ist das reichste Land Europas und das zweitreichste der Welt. Nur werden mit Staatshilfe Einkommen noch ungleicher verteilt, als es in den Jahrzehnten zuvor der Fall war. Die jüngste Drehung an der obrigkeitlichen Schraube zum Abzocken derer da unten löste an Universitäten eine Protestwelle aus, die der rosa-grünen Bundesregierung ebenso galt, wie schwarzen, schwarz-gelben und rosablassroten Länderkabinetten. Ihren Ausgang nahm die Welle von der Demonstration der 100 000 am 1. 11. 2003 in Berlin, an der Tausende Studenten teilnahmen.

Als erste beschlossen die der Frankfurter Goethe-Universität am 4. 11. den Streik. Am 5. 11. folgte die Berliner Technische Universität. Die Humboldt-Uni war zwei Wochen lang dagegen, entschied sich aber am 19. 11. mit überwältigender Mehrheit dafür. Tags darauf trat die Freie Universität in den Ausstand. Studenten aller drei großen wie auch anderer Hochschulen der Hauptstadt wirkten fortan oft zusammen. Sachsen-Anhalt erlebte die bisher größte Studentendemo seiner Geschichte. In Bayern zogen 40 000, davon die Hälfte in München, auf die Straße. Am 3. 12. schlossen sich die Studierenden Halles und Bremens, am 10. 12. die der Weimarer Bauhaus-Uni, am 7. bzw. 13. 1. 2004 die der Leipziger und Hamburger Universität dem Streik an. Die Zahl der an Manifestationen

beteiligten deutschen Hochschulen war erheblich größer.

Niemand konnte missverstehen, wem der Protest galt; ebenso wenig, wer in den Augen streikender Studenten Bundesgenossen waren: alle Opferkategorien von Schröders Agenda 2010 und der sie exekutierenden Parteien.

In Marburg besetzten Kommilitonen zusammen mit Attac die CDU-Geschäftsstelle. In Frankfurt blockierten sie am 24. 11. 2003 eine geplante Veranstaltung mit Hessens Ministerpräsident Koch (CDU), der das Treffen daraufhin absagte. In Berlin wurden ab 25. 11. nacheinander die Amtsräume von PDS-Wissenschaftssenator Flierl, dem eifrigsten Verfechter als „Studienkonten“ getarnter Studiengebühren, die Zentrale der PDS, die ihr nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung, das Büro von SPD-Finanzsenator Sarrazin, die SPD-Landeszentrale, zweimal das Willy-Brandt-Haus besetzt. Studenten agierten bisweilen zusammen mit Behinderten. Während der SPD-Apparat Polizei zu ihrer Austreibung einsetzte, wagte Flierl es nicht, die schon herbeigerufene Ordnungsmacht loszulassen, zumal 300 Kommilitonen auf der Straße den Besetzern den Rücken stärkten. Im Karl-Liebknecht-Haus wurden die anfangs 500, am Ende noch 50 Studenten zu „Gästen auf unbefristete Zeit“ ernannt und in ergebnislose Diskussionen verwickelt. Auf Widersprüche zwischen Wort und Tat bei der PDS verweisend, bezeichneten sie sich als „Parteiprogramm-Überwachungskommission“. Sie warfen der Partei vor, als Teil der Koalition für die „desaströse Sparpolitik des rot-roten Senats“ mitverantwortlich zu sein.

Berliner Studenten veranstalteten Aufmärsche, deren einer zeitweilig die Innenstadt lahm legte, eine Fahrraddemonstration, ein Schauschwimmen in der Spree unter dem Motto „Bildung geht baden“ und eine Flitzer-Aktion, eine Betteldemo mit Vertretern von Sozialbewegungen, Obdachlosen-, Erwerbslosen- und Behinderteninitiativen. Am 13. 12. 2003 beteiligten sie sich am Sozialen Protesttag, der gleichzeitig in Leipzig und Frankfurt, ähnlich in Wien und Paris begangen wurde. Studierende sammelten zahlreiche Unterschriften für die „Initiative Berliner Banken-

skandal“. Beim PDS-Landesparteitag am 6. 12. brachten sie einigen Delegierten das Fürchten, allerdings nur wenigen das Nachdenken darüber bei, worauf ihr Tun als Hiwi der SPD-Führung hinausläuft. Studenten erschienen zu einer Europa-Filmpremiere im Sony-Center und hätten auch die Unternahmerverbandsprominenz gern besucht, hätte man sie in den Saal gelassen. Am 15. 1. 2004 belagerten sie gemeinsam mit Eltern von Kita-Kindern, Sozialhilfeempfängern, Erwerbs- und Obdachlosen sowie Gewerkschaftern das zur ersten Lesung über das Doppelbudget 2004/05 zusammengetretene Abgeordnetenhaus. Das Budget schreibt neben anderen sozialen und bildungsfeindlichen Grausamkeiten Kürzungen der Universitätsetats um 75 Mill. Euro fest. Demonstranten, die trotz polizeilicher Absperrung ins Haus gelangten, polemisierten per Transparent gegen die „neoliberale Einheitspartei“. Bei anderer Gelegenheit bekundeten Kommilitonen Solidarität mit im Warnstreik befindlichen Metallarbeitern, diskutierten in der Arbeitsagentur Mitte mit Erwerbslosen über die Agenda 2010 und begrüßten zur Eröffnung der Berlinale am 5. 2. den Regierenden Bürgermeister Wowereit (SPD) mit lautem Pfeifkonzert.

In Weimar waren unterdes am 6. 1. Studenten der Bauhaus-Uni vors Hotel „Elephant“ gezogen, in dem weiland Goethe zugange war. Nun tagte dort der SPD-Bundesvorstand, um „Weimarer Leitlinien Innovation“ zu beschließen, die wahrlich nicht vom humanen Geist des größten deutschen Dichters erfüllt sind. Außer unernsten Versprechungen, etwas für die Bildung zu tun, enthalten sie die großkotzige Glanzidee, zehn Eliteuniversitäten à la Harvard, Cambridge und Oxford aus den dahingetierenden deutschen Hochschulen heraus zu entwickeln. Leipziger Studenten nahmen am 8. 1. die Unterzeichnung von Bewerbungsschreiben für Olympische Spiele in der Messestadt durch Schröder zum Anlass, ihm unter der Losung „Erst Bildung, dann Spiele“ den Marsch zu blasen. Der Kanzler zog sich ins abgeschirmte Renaissance-Hotel zurück, wo die SPD-Bundestagsfraktion zu Beratungen über die vom Vorstand gewollte „Innovationsoffensive“ beieinandersaß. Der Schaffung von Elite-Unis für

Großkopfete stand mindestens in dieser Situation auch manch Sozialdemokrat kritisch gegenüber, so Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Simonis. PDS-Senator Flierl dagegen sprach sich für den Vorschlag eines innerdeutschen Wettbewerbs um solche Bildungsinstitutionen aus, auch wenn das zu Lasten der Hochschul- und Forschungsförderung gehe.

In Rostock, Greifswald und Neubrandenburg demonstrierten im „Monat des Widerstandes“ Januar Studierende gegen Sparpläne der mecklenburgischen SPD-PDS-Regierung zuungunsten des Volkes und seiner Bildung. In Erfurt fanden erstmals Vertreter aller Thüringer Studenten zusammen. Sie stimmten einem Forderungskatalog aus der Bauhaus-Universität zur Demokratisierung der Hochschulen, für finanziell tragbare Studienbedingungen und gegen Eliteuniversitäten zu. Gleich ihren Wiener Kommilitonen lehnten in Hamburg und Frankfurt Streikende die rasch voranschreitende sogenannte Ökonomisierung ab. Sie läuft darauf hinaus, Studiengänge generell den Anforderungen der Wirtschaft anzupassen und an die Spitze der Universitäten überall Räte zu setzen, in denen Konzernvertreter und Politiker dominieren.

Die Protestierenden konnten meist nicht hinter Licht geführt werden. Bei einer Kundgebung am 14. 1. 2004 in Erfurt buhten Thüringer Studenten Wissenschaftsministerin Schimpanski wegen ihres – für CDU-Obere typischen – Versuchs aus, allein die jetzt amtierende Bundesregierung für die Hochschulmisere verantwortlich zu machen, die Union aber davon auszunehmen. Schimpanskis sächsischer Kollege Rößler (gleichfalls CDU) wurde am 16. 1. im Dresdner Landtag durch Beifall, rhythmisches Klatschen und Rufe wie „Du bist der Größte“ zum Schweigen gebracht. Die Landesregierung und fast die gesamte Fraktion verließen den Saal. Danach erstattete Landtagspräsident Ilgner (CDU) Anzeige wegen Hausfriedensbruchs gegen die Studenten, während die Staatsanwaltschaft wegen „Störung eines Gesetzgebungsorgans“ gegen sie ermittelt. Stören soll verbrecherisch sein, auch wenn besagtes Organ gegen Verfassungsgebote, so das des Sozialstaats BRD, verstößt. Der säch-

sische PDS-Fraktionschef Porsche versicherte, seine Fraktion unterstütze alle studentischen Forderungen. Auf die ganz anders geartete Praxis seiner Genossen in Berlin und Schwerin verschwendete er keinen Blick.

Anders als 1988/89 und in den 60er Jahren sympathisierten große Teile der Bevölkerung mit den aufsässigen Studenten. Während Ostberliner Presseorgane sachlich über deren Aktionen berichteten, hüllten westlich dirigierte Medien sich überwiegend in Schweigen. Sie hielten Distanz, ohne jedoch, wie 1967/68 die Springer-Presse, in Hetztiraden zu verfallen. Bis in den Kreis der PDS-Sympathisanten hinein gab es aber staatsreue Dumpfbacken, die sich in Leserbriefen wie folgt ausließen: „Eine mir bekannte Studentin... will auf kürzestem Wege (wie sie es aus der DDR kennt) ihr Studium absolvieren. Doch daran wird sie seit Wochen von Studenten-Funktionären, Langzeit-Studenten, die vom Geldbeutel der Eltern leben, und anderen gehindert, die sich einen Streik leisten können und teilweise nur ihr Problem, aber nicht das aller Betroffenen sehen (wollen)..., die nie oder zumindest nicht in absehbarer Zeit eine Chance haben, gut bezahlte Jobs zu bekommen.“ Ein anderes pseudo-linkes Kirchenlicht nahm PDS-Teilhaber an asozialer Politik mit der Begründung in Schutz: „Natürlich hätte die PDS eine Regierungsbeteiligung... ablehnen können. Aber wann wollen wir dann anfangen, Verantwortung zu übernehmen?... An der Haushaltssanierung inklusive der Sparmaßnahmen geht kein Weg vorbei. Aber wenn die bürgerlichen Parteien dies allein geschafft haben, werden sie sich die zurückgewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten nicht mit der PDS teilen.“ Gott behüte uns davor, dass diese Partei daran gehindert wird, bei Schweinereien tapfer mitzumachen!

Ein die Studierenden unterstützender Berliner Professor, der aus der SPD ausgetretene Fritz Vilmar, verwies im „Neuen Deutschland“ vom 13./14. 1. 2004 auf reale Möglichkeiten zur Eindämmung der politischen verursachten Bildungs- und Sozialmisere: „Unser Staat müsste nicht arm sein, wenn er endlich von einer großen Minderheit protestierender Studenten und Wissenschaftler und

Lehrer und Arbeitsloser und Kindergärtner dazu gezwungen würde, sich von den – teilweise astronomischen – Gewinnen der Wohlhabenden und des großen Kapitals die Steuermittel zu beschaffen, die er diesen jetzt schenkt.“ Politologieprofessor Peter Grottian äußerte im Interview mit der „jungen Welt“ vom 15. 1. zur Bewegung in Berlin, dass sie sich von einer anfänglich rein studentischen „zu einer sozialen Protestbewegung weiterentwickelt hat. Inzwischen stehen Forderungen nach besseren Studienbedingungen und gegen Hochschulkürzungen auf einer Höhe mit gesellschafts- und stadtpolitischen Forderungen – Stichwort Bankenskandal. Das Mobilisierungspotential hat sich deutlich vergrößert, seit Studierende, Gewerkschafter und Mitarbeiter sozialer Projekte sich kurzschließen. Ein Anfang ist gemacht, und vieles hängt jetzt davon ab, wie weit sich die Berliner Bewegung dynamisiert und inwieweit sie sich mit der globalisierungskritischen Bewegung... verbindet.“

Der Zwang, der eigenen Weiterentwicklung bei dünnem Geldbeutel wegen zum regulären Studium zurückkehren zu müssen, hat dazu geführt, dass die Proteste abflauten. In gleicher Richtung wirkten Drohungen wie die des Hamburger Hochschulleiters Lüthje, Streikenden die Leistungsnachweise zu verweigern, was den Verlust eines ganzen Semesters zur Folge haben würde. Die Streiks wurden beendet. Studentenvertreter versicherten, dass an den erhobenen Forderungen festgehalten wird. Der Kampf werde fortgesetzt – u. a. durch Agitation, Überzeugungsarbeit in PDS-Gremien, Teilnahme an den von Globalisierungsgegnern und Gewerkschaftern für März/April geplanten Protesttagen. Mit Rücksicht auf die SPD-Spitze sind manche Instanzen des DGB nur an einem sozialen Alibi für sich, nicht aber an hohen Teilnehmerzahlen interessiert.

Nachdem zuvor bereits acht Bundesländer Studiengebühren einführten, beschloss am 24. 2. 2004 der Berliner Senat handstreichartig eine „Kalkulationsgrundlage“, nach der als „Übergangsregelung für ein Studienkontenmodell“, dessen bisher nicht vorhandene Existenz schlicht vorausgesetzt wird, Langzeitstudenten ab 15. 9. 2005 jeweils 500 Euro

Gebühr, insgesamt rund 10 Mill. Euro, abgezockt werden sollen. Die Vorlage hierzu hatte PDS-Wissenschaftssenator Flierl nach Abstimmung mit Finanzsenator Sarrazin (SPD) eingereicht. Beide – und mit ihnen der Senat – verstießen derart gegen Wahlversprechungen und Koalitionsvereinbarung. Sie stellten zugleich die PDS vor vollendete Tatsachen, die eben festgelegt hatte, sich bei einem Landesparteitag am 4. April über ihre Haltung zu sogenann-

ten Studienkonten klar zu werden. Die Flierlschen „Konten“ ebenso wie die vorab zu entrichtende Gebühr treffen jene zwei Drittel der Studierenden, die ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit und Jobben finanzieren müssen. Nach übereinstimmendem Urteil von Berlins Studentenvertretungen ist der überraschende Beschluss ein Schlag ins Gesicht derer, die dieser Mehrheit angehören und gerade gestreikt haben. PDS und SPD zeigten, dass ihre Bildungspoli-

tik von den Modellen der CDU nicht mehr zu unterscheiden ist. Der Wissenschaftssenator und PDS-Landeschef Liebich bestritten zunächst mit eiserner Stirn die Ernsthaftigkeit des asozial-neoliberalen Senatsbeschlusses. Nun soll dieser vom Abgeordnetenhaus abgenickt werden. Voraussichtlich am 18. März, dem Jahrestag der Berliner Barrikadenkämpfe 1848 und der Pariser Kommune 1871.

Manfred Behrend

PDS im politischen Wechselbad

Angehörige jener Gattung Bediensteter der Herrschenden, die oft und falsch „die politische Klasse“ genannt wird, sind hochgradig an Wahlen interessiert. Weniger weil sie von Lohn oder Unterstützung abhängige Wähler bzw. die der Mittelschichten sachkundig vertreten wollen, als weil gute Ergebnisse Mandate, Ämter und Pfründen garantieren. 2004 wird in der BRD für das Europaparlament, vier Landtage und acht Kommunen kandidiert. Die gesellschaftliche und politische Gesamtlage indessen stimmt Wähler unfroh. Zwar boomen weiter die Konzernprofite, doch steigt zugleich die Zahl der Arbeitslosen und der Insolvenzen kleiner und mittlerer Betriebe an. Die Wirtschaft schrumpfte 2003 auch im Westen des Landes. Verstärktes brutales Vorgehen der Obrigkeit gegen Erwerbslose, Herabsetzung des Arbeitslosengelds auf Sozialhilfeniveau, fortgesetztes Drängen auf Arbeitszeitverlängerung noch in Lohn und Brot Befindlicher, schamloses Abzocken von Patienten per „Gesundheitsreform“, neuerlich erhöhte Verkehrstarife usw. dürften den Trend beschleunigen. Gleichzeitig häufen sich politische Pleiten, Pannen und Skandale. Zum Teil sind sie wie im Falle Toll-Collect-Maut von geldgierigen Garanten deutscher Wertarbeit gemeinsam mit hochgestellten Polit-Nieten verursacht worden. Bereicherung, Korruption und Vernichtung einst

hoch bezahlter Güter nehmen parallel zur allgemeinen Unsicherheit zu. Abenteuerliche Umrüstungs- und Militäreinsatzpläne, erneute Annäherung an den US-Imperialismus, lebensgefährliche Projekte wie das Angebot einer stillgelegten Plutoniumanlage an China rufen Besorgnis und Angst hervor. Die Möglichkeit für Staatsbürger, sich legal zu wehren, wird im Zeichen des „Kampfes gegen den Terror“ immer mehr eingeschränkt.

Für die Ideologieentwicklung derer „da oben“, ihren Kleingeist und ihre Großspurigkeit sind einerseits der am 1. 11. 2003 im Bundestag gefasste endgültige Beschluss, den Palast der Republik abzureißen, weil es sich dabei um ein Erbstück aus der DDR handelt, andererseits der am 15. 1. 2004 von SPD, CDU und EKD-Rat abgegebene Startschuss zum Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche charakteristisch, für den sich zuvor auch Gregor Gysi aussprach. Die Kirche verkörperte von Anfang an, nicht erst seit Hindenburgs und Hitlers „Tag von Potsdam“, preußisch-militaristische und deutsch-imperialistische Traditionen. In Berlin steht als Palast-Nachfolger weiter das wiederzuerichtende Stadtschloss der Hohenzollern zur Debatte. Glücklicherweise fehlt derzeit das nötige Geld dafür.

Die Aussichten der konkurrierenden Parteien im Land sind unterschiedlich. CDU/CSU, FDP und Grü-

ne behaupten sich oder legen zu. Die SPD als wichtigster Träger der Schröder-Politik erleidet schwerste Verluste. Ihr Wähleranteil liegt bei 24 Prozent. An Mitgliedern hat sie allein im Januar 2004 rund 10 000 verloren. Um den Trend nach unten zu stoppen, gab der Kanzler am 27. 1. die Parole „Keine zusätzlichen Belastungen!“ aus. Sein Generalsekretär erklärte die „Sozialreformen“ für abgeschlossen. Gleichwohl sollen die „Reformen“ weitergehen. Infolge anhaltenden Drucks räumte Schröder das Amt des Parteivorsitzenden für einen treuen Gefolgsmann, den Chef der Bundestagsfraktion Müntefering. Generalsekretär Scholz wurde durch Klaus-Uwe Benneter ersetzt. Führende Parteikreise erörtern inzwischen die Quadratur des Kreises: wie man wieder Stimmen gewinnen und doch das Großkapital voll bedienen kann.

Zwischen Liebedienerei nach oben und Ansätzen zu oppositioneller Politik

Die PDS hat von Ende 1993 bis Ende 2002 über 46 Prozent ihrer Mitglieder verloren und schrumpft weiter. Momentan genießt sie aber noch den Vorteil, nicht überall als aus dem gleichen Holz wie die ganze „politische Klasse“ geschnitzt auszusehen. Des SPD-Niedergangs wegen beträgt ihr Wähleranteil wieder fünf Prozent. Vorsitzender Bisky aber trat noch am 8. 12. 2003 für Stärkung der SPD durch die demokratischen Sozialisten ein. Es wäre „falsch, jetzt nur an die eigene Partei zu denken“, ohne SPD könne man die CDU nicht schlagen.

Brandenburgs Landesvorsitzender Christoffers hieb in dieselbe Kerbe, indem er allein gegen die Union zu Felde zog. Ein anderer Parteirechter, der Schweriner Arbeitsminister Holter, beschwerte sich inzwischen jedoch darüber, dass der SPD-Kanzler im Jahr 2000 versprochene Gegenleistungen für Mecklenburgs Zustimmung zur neoliberalen „Steuerreform“ nicht erbracht hat und weiter „in Richtung Manchesterkapitalismus“ steuert. Der Parteitag der PDS Mecklenburg-Vorpommerns am 17. 1. 2004 in Starnberg kippte die Koalitionsvereinbarung zur drastischen Verminderung der Landkreise und hätte beinahe auch den nächsten Haushalt abgelehnt. Beim Thüringer Parteitag in Sömmerda attackierte Ministerpräsidentenkandidat Rame-low nur die CDU. Landesvorsitzender Hausold aber nahm die bundesdeutschen „Altparteien“ insgesamt aufs Korn. Sie lieferten sich einen Überbietungswettbewerb im Sozialabbau, der in der Schröder-Merkel-Agenda gipfle. Die PDS werde Alternativen liefern. Das nötige Geld lasse sich durch eine Steuerpolitik beschaffen, die bei Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen die Banken, Konzerne, Versicherungen und Reichen angemessen oder erstmals zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzieht.

Ende Januar gab selbst Bisky die Nibelungentreue gegenüber der SPD auf. Obwohl sich der sozialdemokratische Kurs um keinen Deut geändert hat, zeigte er plötzlich „Entsetzen und Erschrecken“ über ihn und forderte per Autobahn-Plakat „Gerhard, haste Mut? Belaste die Reichen!“ Eine Konferenz von Spitzenvertretern der Landtagsfraktionen kam am 20. 2. überein, in allen Länderparlamenten in Sachen „Gesundheitsreform“ für Abschaffung der Praxisgebühr und Befreiung der Sozialhilfeempfänger von Zuzahlungspflicht einzutreten.

Die rosa-blassrote Politik in Berlin ging wie bisher weiter. Begüterte wurden gefördert, so beim Verkauf der Versicherungsgesellschaft Feuersozietät/Öffent-

liche Leben Berlin-Brandenburg am 6. 1. 2004. Generös verzichteten die beiden überschuldeten Länder auf 34,5 Mill. der 40 Mill. Euro betragenden Kaufsumme zugunsten der Anlage von Rücklagen für das Unternehmen. Zusätzlich übernahmen sie die Risikohaftung im Rückversicherungsgeschäft, in welchem die Gesell-



*Frühere Kritik vergessen?
PDS- Wahlplakat*

schaft durch waghalsige Abschlüsse – so im Fall des New Yorker World Trade Centers – enorme, von Berlin und Brandenburg schon einmal beglichene Schulden gemacht hatte. Künftig, meinte Finanzsenator Sarrazin, könnten weitere 100-150 Mill.

Euro fällig werden. „Da hilft nur noch Hoffen und Beten.“ Gleichwohl erklärte er, über den Verkauf sehr froh zu sein, „denn er bietet dem Unternehmen eine klare Existenzperspektive“. Zwar hätten die 433 Mitarbeiter keine Beschäftigungsgarantie, doch wäre das dem Käufer „auch nicht zumutbar gewesen“.

Mit geringen Ausnahmen nutzten SPD und PDS jede Gelegenheit, um auf Kosten von Arbeitern, Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern, öffentlich Bediensteten und Studenten, durch Steigerung der Kindertagesstättengebühr, Halbierung der Blindengelder, Streichung der Sozialtarife im Nahverkehr und Kürzung der Mittel für die Universitäten den Doppelhaushalt 2004/05 auszugleichen. PDS-Landes- und Fraktionschef Liebich nannte das ein „linkes Projekt“. Die Erstauflage des Haushalts hatte das Berliner Verfassungsgericht zurückgewiesen. Danach zogen die Koalitierten die asozialen Daumenschrauben stärker an. Sie gebärdeten sich als treue Schüler Bundesfinanzminister Eichels in seinen besten Tagen und hofften, als Lohn für halbwegs gelungene Budgetkonsolidierung ganz auf Kosten finanziell Minderbetuchter einige Milliarden Euro von Bund und Ländern zur Minderung der Schuldenlast Berlins zugeteilt zu bekommen bzw. mit gerichtlicher Hilfe erzwingen zu können. Professor Peter Grottian, Initiator der Initiative Berliner Bankenskandal, brachte die naive Spekulation auf die Formel: „Alles über Einsparen regeln und beten, dass die Karlsruher Verfassungsrichter die Unterstützung von Bund und Ländern per Gerichtsurteil anmahnen. Diese Strategie wird dazu führen, dass das Gemeinwesen in seinen wichtigsten Bauelementen an die Wand gefahren wird.“ Der PDS bescheinigte er, sie habe zwar bei bestimmten Punkten das Schlimmste zu verhindern versucht, „aber bei den zentralen Problemen ist sie sehr phantasie- und ideenlos und vor allem nicht konfliktfähig“. Die Bundesregierung antwortete auf das Ersuchen des Senats um Zuschüsse mit Hohn: Berlin

Anzeige



**BRD
DRITTE WELT**

58

Afghanistan

**Was will die
Bundeswehr in
Afghanistan?
Was verteidigt
Minister Struck
am Hindukusch?**

Das Heft zeichnet die letzten hundert Jahre deutsch-afghanischer Beziehungen bis zum „Anti-Terror-Krieg“ 2001 und der Stationierung der ISAF-Truppe 2002 (Kabul) und 2003 (Kunduz) nach. Es stellt darüber hinaus die Frage, welches Interesse die Bundesrepublik Deutschland zu diesem weit entfernten und teuren Militärengagement bewegt.

Reinhard Pohl: Afghanistan
Broschüre, November 2003, 48 Seiten, 2 Euro
 Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Fax: 0431 / 570 98 82

befinde sich nicht in extremer Haushaltslage; die Überschuldung gehe auf selbst verursachte, zu hohe konsumtive Ausgaben zurück. Es solle nur fleißig weiter gespart werden. Gleichmaßen geringe Aussichten hat ein ebenfalls PDS-unterstütztes Ersuchen des Regierenden Bürgermeisters Wowereit, eine Hauptstadtklausel ins Grundgesetz aufzunehmen, um Geld von außen zu erlangen. Ein Parteifreund Wowereits, der brandenburgische Ministerpräsident Platzeck, stellte die vom Regierenden ersehnte Länderfusion Berlin-Brandenburg in Frage, bis das Schuldenproblem gelöst sei.

Die Zweitfassung des Berliner Doppelhaushalts wurde am 15. 1. 2004 erstmals im Abgeordnetenhaus behandelt. In der Debatte agierte die Koalition wieder heuchlerisch, die Opposition demagogisch. Wichtiger war, dass der ehemalige Preußische Landtag einer belagerten Festung gleich. Zu den Belagerern gehörten verschiedene Opferkategorien neoliberaler Senatspolitik, von Behinderten über Studenten bis zu Gewerkschaftern und Kita-Eltern, weit überwiegend Vertreter der bisherigen Wählerschaft von PDS und SPD. Die DGB-Gewerkschaften Berlins und Brandenburgs gingen am 27. 2. mit dem Appell „Für eine andere Politik – die Zukunftsfähigkeit Berlins sichern“ an die Öffentlichkeit. Sie schlugen die Rücknahme der geplanten und ins Werk gesetzten asozialen Maßnahmen vor und verwiesen darauf, dass die Einkommen in der Bundeshauptstadt als einzigem BRD-Land schon seit 1991 rückläufig sind, die Verdienste um 30 Prozent unter denen in Hamburg liegen, die Zahl der Sozialhilfeempfänger mit 250 000 überdurchschnittlich hoch ist und die der Arbeitslosen fast 300 000 ausmacht. Die Jugenderwerbslosigkeit liege bei 19,2 Prozent, bei Kindern und Minderjährigen grassiere die Armut. „Berlin ist der soziale Brennpunkt Deutschlands.“

Der Skandal um die Berliner Bankgesellschaft (BGB) dauert inzwischen an. 2003 wies das Landgericht Klagen zu dem Zweck ab, Verantwortliche zu belangen. Die „Initiative Berliner Bankenskandal“ und ihre Helfer sammelten 34 504 gültige Unterschriften, fast 10000 mehr als erforderlich, für ein Volksbegehren. Ziel sind

die Rücknahme der Landesgarantie für Risiken aus dem Immobilienleistungsgeschäft, was den Haushalt der Stadt entlasten würde, die Auflösung der BGB, Überführung ihrer skandalträchtigen Bestandteile in die Insolvenz und Wiederherstellung von Sparkasse und Investitionsbank als Anstalten öffentlichen Rechts. Von der weiter notwendigen Verfolgung von Straftaten abgesehen hätte das die Affäre beendet. Der Senat aber erklärte am 3. 2. 2004 das Volksbegehren für unzulässig, weil laut Artikel 62 der Landesverfassung kein sich auf den Haushalt auswirkendes Begehren möglich sei. „Neues Deutschland“ ergriff für den Senatsentscheid Partei. Die Bürgerinitiative verwies darauf, dass Gerichte in ähnlichen Fällen meist zugunsten von Volksbegehren urteilten. Sie setzt den Kampf auf juristischem Wege mit dem zusätzlichen Ziel fort, Art. 26 im demokratischen Sinne zu ändern. Gleichzeitig entstand auf ihr Betreiben eine Initiative „Bürger gegen den Berliner Bankenskandal“. Der Abdruck einer von ihr stammenden Anzeige wurde am 13. 2. von den auflagenstärksten Hauptstadtblättern „Berliner Zeitung“ und „Tagespiegel“ mit der fadenscheinigen Begründung abgelehnt, dass darin die Namen und Pensionsansprüche ehemals führender BGB-Manager, die am Skandal schuldig sind, genannt werden.

Ansätze zu leichter Kurskorrektur der PDS und weiteres Vorgehen gegen links

Der Tatbestand zunehmenden SPD-Verfalls als Folge der Regierungspolitik wirkte sich allmählich auch auf den Kurs der PDS aus. Während Liebich sich am 31. 1. bei Eröffnung des Europaparteitags noch ausbedang, nicht erneut darüber zu debattieren, „ob Mitregieren gut oder schlecht für uns ist“, äußerte Bisky immerhin: „Ein Mitregieren um jeden Preis wird es für die PDS nicht geben... Ich habe überhaupt kein Problem damit, dann aus Regierungen auszusteigen.“ Allerdings äußerte er das in einem nicht verlesenen Abschnitt seines Referats. Der gewiefteste Taktiker der Partei, Bundeswahlkampfleiter André Brie, gab beim Parteitag und in Interviews Erklärungen ab, die auf eine vor-

sichtige Korrektur des bisherigen Kurses hinausliefen, würde ihnen gefolgt. Zum letzten Bundestagswahlkampf bemerkte er: „Wir waren 2002 unfähig und z. T. auch unwillig, die eigenständige Funktion der PDS deutlich zu machen, und das... ist unser politischer Platz als demokratisch-sozialistische Partei, nicht unsere Funktion als Stoiber-Verhinderungspartei, nicht unsere Funktion als Mehrheitsbeschafferin für die SPD.“ Die Macht sozialistischer Parteien sei letztlich immer „aus ihrer Verbindung zu den Bürgerinnen und Bürgern erwachsen, aus der Fähigkeit, ihren Hoffnungen, Erwartungen, ihrer Kritik und ihren Forderungen Ausdruck und Gehör zu verschaffen.“ Durch Protest und konstruktive Alternativen müsse sich die PDS dem Neoliberalismus widersetzen. Die Idee könnte Verteidigung und Neuentwicklung des europäischen Sozialstaats lauten.

Reichlich spät ging auch Liebich auf Distanz zum Koalitionspartner SPD und dessen starkem Mann, dem Landesvorsitzenden und Senator für Stadtentwicklung Strieder. In einem Interview mit der „taz“ vom 14. 2. nahm er sekundäre Konflikte um die Finanzierung des Kreuzberger Tempodroms und nicht deklarierte Spenden für die Landes-SPD zum Anlass, um einen sozialdemokratischen „Mentalitätswandel“ anzumahnen, der die Grundvoraussetzung für weitere Regierungsteilhabe der PDS sei. Im Tempodrom-Untersuchungsausschuss des Abgeordnetenhauses soll diese Liebich und MdB Löttsch zufolge „ohne falsche Toleranz“ vorgehen und der SPD „keine Freundschaftsdienste“ leisten.

Einer als Projekt während des Studentenstreiks unternommenen Umfrage zufolge sind inzwischen 86 Prozent der Berliner mit der Senatspolitik „grundsätzlich unzufrieden“. 84,4 Prozent halten Sparmaßnahmen im Bildungs- und Sozialbereich für falsch, 40 Prozent solche in Politik und Verwaltung für richtig. Für die Haushalts- und Schuldenmisere machen 58 Prozent die jetzige Koalition ebenso wie das vorangegangene CDU-SPD-Bündnis verantwortlich. 59 Prozent wollen eine andere Partei oder nicht mehr wählen.

Die innerparteiliche Linke der PDS hat es weder vor noch nach dem Chemnitzer Parteitag gewagt, prinzipiell der Führung zu opponieren. Kommunistische Plattform, Geraer

Dialog/Sozialistischer Dialog und Marxistisches Forum, ebenso der Sprecher von „Künstlerinnen und Künstlern für den Frieden“, Diether Dehm, gaben zur Jahreswende 2003/04 Stellungnahmen ab, in denen sie den Streit um programmatische Fragen für beendet erklärten und Teile des neuen, nichtsozialistischen Programms als für die weitere Oppositionsarbeit im Land nützlich einstufen. Sie fanden sich mit der durch Putsch und Vorstandsneuwahl veränderten innerparteilichen Lage ab und teilten mit, in der PDS bleiben zu wollen, weil – so Uwe-Jens Heuer fürs MF – viele Mitglieder „einen Austritt nicht verstehen würden“. Die Linksgruppen verzichteten darauf, sich zur Strömung oder Fraktion zusammenzuschließen. Winfried Wolf zog daraus die Konsequenz, weiteres Engagement seinerseits im PDS-Rahmen habe keine Perspektive. In der Kölner „Sozialistischen Zeitung“ (SoZ) Nr. 2/2004 bezeichnete er die heutige PDS als „vage linke Partei mit besonderer Verankerung in den neuen Bundesländern, in denen sie teilweise eine ähnliche Funktion wie die SPD im Westen einnimmt, eine Partei mit offenen Anleihen an SED-Traditionen hinsichtlich ihrer Verachtung für Demokratie und in ihrer politischen Praxis mit neoliberalen Ansätzen – teilweise sogar mit Vorreiterpositionen“. Inhaltlich korrespondiert hiermit die Äußerung Grotians in der „jungen Welt“ vom 15. 1.: „Mein Hauptvorwurf an die PDS ist ihre blinde Vasallentreue gegenüber der SPD, ihr eigener Sozialdemokratismus, der dem Neoliberalismus nicht mehr sehr fern ist, und ihre durch und durch staatstragende Rolle, mit der sie ihren Anspruch, eine sozialistische Kraft zu sein, vollends verwirkt hat.“

Die PDS-Spitze setzte ihren Feldzug gegen die innerparteiliche Linke fort. Seit November 2003 wirkte sie – wie schon einmal 1995 – darauf hin, Plattformen und ähnliche Zusammenschlüsse von der bislang im Zeichen des Pluralismus geltenden statuarischen Regelung auszunehmen, wonach ihnen Parteitagsmandate, Mittel aus dem Finanzplan, bei

Bedarf kostenlos Räume im Karl-Liebknecht-Haus zustehen. Die nach Ansicht der Führung weiter zu fördernden Vereinigungen, Arbeits- und Interessengemeinschaften müssten sich am „einheitlichen Erscheinungsbild der PDS“ orientieren.

Am 12. 1. 2004 legte Bisky eine vom Bundesvorstand später abgesegete Kandidatenliste für die bevorstehende Europawahl vor, nach der alle sechs ersten – die wohl einzig aussichtsreichen – Plätze „Reformern“ vorbehalten sein sollten: den MdEP Sylvia-Yvonne Kaufmann und Helmut Markov, der Ex-Parteichefin Gabriele Zimmer, den Berliner Newcomern Benjamin Hoff und Evrim Baba und Wahlkampfleiter André Brie. Ausschlaggebend dafür, dass Baba mit vorn stand, waren laut „junge Welt“ vom 31. 1./1. 2. von ihrem Bruder gefertigte falsche Empfehlungsschreiben kurdischer Organisationen. KPF-Sprecherin Sahra Wagenknecht sollte sich auf Wunsch des Vorstands mit Platz 7, der parteilose Friedensaktivist Tobias Pflüger mit Platz 8 abfinden. Gegen diese Ausgrenztaktik, deren Erfolg die Aussicht auf gute Wahlergebnisse verringern würde, legten Prominente von Klaus Höpcke über Manfred Wekwerth bis Gerhard Zwerenz, führende Vertreter des Leipziger Stadtvorstands und die westdeutschen Landesvorsitzen-

den Protest ein. Ebenfalls auf Unwillen stieß das Faktum, dass Parteichef Bisky den Ehrenvorsitzenden MdEP Hans Modrow unter Druck gesetzt und zum Verzicht auf eine erneute Parlamentskandidatur veranlasst hatte. Wagenknecht und Pflüger lehnten die angebotenen Plätze ab, Erstgenannte kündigte eine Kandidatur gegen Zimmer beim Parteitag an.

3. Tagung des 8. Parteitags der PDS in Berlin

Der Europaparteitag, die nach amtlicher Rechenart 3. Tagung des 8. Parteitags der PDS, trat am 31. 1. und 1. 2. 2004 zusammen. Seine Parole und die des Leitantrags lautete „Friedlich! Sozial! Gerecht!“ Landesvorsitzender Liebich stellte in der Eröffnungsrede fest, seit Biskys Wahl zum Bundesvorsitzenden und der des Vorstands gehe es wieder aufwärts mit der Partei. Deren Stimmenanteil in Sachsen würde momentan 20, der in Berlin 13-15 Prozent betragen. Gemeinsam mit anderen Landeschefs unterstützte Liebich die Kandidatenliste des Vorstands, die „das Beste der PDS für Europa“ sei. Bisky nannte in seinem Referat sechs Gründe, am 13. 6. für seine Partei zu stimmen. Es waren der Protest gegen

die neoliberale Steuerung der Globalisierung, das Signal, dass es Alternativen gebe, ein Ja zur europäischen und zur deutschen Linken sowie zum bundesweiten Anspruch der PDS, schließlich deren Ostkompetenz. Kaufmann polemisierte gegen die Konzepte des modernen Kapitalismus zur Liberalisierung von Wirtschaft und Dienstleistungen. Nachdem sie im Juli 2003, wenngleich unter Bedenken, den Entwurf einer Europaverfassung mitunterzeichnet hatte, obwohl er die Militarisierung der EU vorsieht, wandte sie sich nun eindeutig gegen eine europäische Sicherheitsstrategie, die den Krieg als Mittel der Politik einschließt. Sie begrüßte Urteile europäischer Gerichtshöfe für die Erben von Bodenreformland in Ostdeutschland und die Anerken-

Anzeige

SoZ Sozialistische Hefte
für Theorie und Praxis

Sonderhefte der SoZ – Sozialistische Zeitung • 52 Seiten • 5 EUR

**Nr. 5 (Dezember 2003):
Neuer Antikapitalismus in Europa?**



François Versamman analysiert die Rückkehr der radikalen Linken in Europa

Heering Böke porträtiert Italiens Rifondazione Comunista

Bernhard Schmid über die radikale Linke in Frankreich vor den Wahlen 2004

Alex Callinicos diskutiert die Krise der Sozialdemokratie und die Möglichkeiten einer sozialistischen Neugruppierung

Klaus Dräger fragt nach den programmatischen Grundlagen einer neuen europäischen Linken

Außerdem: **Perry Anderson** über **Eric Hobsbawm**

**Nr. 4 (Juli 2003):
Marxismus und Kritische Theorie**

Géran Therborn reflektiert die Aktualität der Frankfurter Schule

Christoph Jänke über Krash und Koffer als Kritiker der Frankfurter Schule

Gopal Balakrishnan verfolgt die Wandlungen von Jürgen Habermas

Manuel Küllner erweitert die lettische Theorie um Stephen Jay Gould

Daniel Bensaid kritisiert John Holloway

Bestellung an (gegen Vorkasse)
SoZ-Verlag • Dusseldorf, 75-77 • 50674 Köln • Fax (02 21) 9 23 11 96
Fax (02 21) 9 23 11 97 • redaktion@soz-plus.de • www.soz-plus.de

nung ärztlicher Bereitschaftsdienste in Krankenhäusern als Arbeitszeit. André Brie erklärte in seiner schon zitierten Rede, die PDS müsse von den Wählern als sozialistische Opposition erlebt werden. Einem Grußwort des Vorsitzenden der Linksfraktion im Europaparlament, Francis Wurtz, schloss sich die Generaldebatte an. Dabei kamen erstmals seit langem bei einem PDS-Parteitag alle Delegierten und Gäste zu Wort, die darum gebeten hatten. Jubel über die bisherige Politik der Partei kam nicht auf. Doch hielt sich auch Kritik in engen Grenzen. Der neoliberale Kurs in Berlin blieb vollends ausgespart.

Bei wenigen Gegenstimmen, darunter der Wagenknechts, wurde das **Programm für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004** angenommen. Auf 22 eng bedruckten Seiten enthält es detaillierte Vorschläge für ein soziales Europa, zur Demokratisierung der EU, zur Gewährleistung von Freiheit, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und offenen Grenzen für Menschen in Not, zur friedlichen Lösung internationaler Probleme bei Aufhebung der Beschlüsse für eine eigene Militärmacht, einem Nein zur Nichtaufnahme der Türkei aus religiösen Gründen, dem Ja zur Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus und zu normalen Beziehungen mit Kuba, Vorschläge zur Förderung von Kultur, Kunst, Bildung, Wissenschaft und Sport. Der letzterwähnte Abschnitt wendet sich gegen die totale Vermarktung aller genannten Bereiche und der Medien. Er enthält den Satz: „Studiengebühren müssen ausgeschlossen werden, weil sie eine soziale Auslese und eine Ökonomisierung der Hochschulen und Wissenschaftsinhalte zur Folge haben.“ Die Tendenz des Programms ist demokratisch, nicht sozialistisch. Brie hat mit seiner Äußerung gegenüber dem ND vom 21./22. 2. Recht, dass es mit der Absage an den dominanten Wirtschaftsliberalismus Substanz habe, aber zu lang und seine Sprache zu kompliziert sei.

Außer dem Wahlprogramm verabschiedete der Parteitag **Beschlüsse** über den Beitritt zur Partei der Europäischen Linken (EL), zu deren Gründung am 11. 1. sozialistische und kommunistische Organisationen aus zehn EU-Ländern aufgefordert hatten; zur Solidarität im

Kampf gegen die Zerstörung des Sozialstaats, gegen den Umbau der Bundeswehr zur Angriffsarmee und gegen Krieg; Resolutionen wider den brutalen Polizeieinsatz am 31. 1. gegen Antifaschisten in Hamburg, zur Teilnahme der Gewerkschafter in der Partei an den von DGB, IG Metall und Ver.di unterstützten Aktionen am 2./3. 4., zu denen der Europäische Gewerkschaftsbund aufrief, zum Bodenreformurteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und zur Bewahrung der durch Sparmaßnahmen bedrohten Orchchesterlandschaft Berlins. Mehrheitlich abgelehnt wurde ein Zusatzantrag, die Landes-PDS möge die „Abwicklung“ der Berliner Symphoniker verhindern. Diese hatten zu Parteitagbeginn mit der Tschaikowski-Ouvertüre zu „1812“ musikalisch gegen die kulturfeindliche Senatspolitik protestiert.

Der Parteitag endete mit einer **VertreterInnenversammlung zur Wahl der Bundesliste der PDS zu den Wahlen zum Europaparlament 2004**, wie der bürokratisch schwerfällige Titel dieses Vorgangs lautete. Bei den ersten sechs Listenplätzen konnten Bisky und der Vorstand sich nur zu zwei Dritteln durchsetzen. Ihre Favoriten Kaufmann, Markov und Brie wurden mit 71, 94,7 und 80,3 Prozent auf die Plätze 1, 2 und 6 gesetzt. Im ersten Wahlgang um Platz 3 gab es ein Unentschieden zwischen Zimmer und ihrer Gegenkandidatin Wagenknecht. Im zweiten war die Exvorsitzende mit 53,2 zu 45,9 Prozent erfolgreich. Platz 4 ging an Tobias Pflüger, der mit 52,9 Prozent über Benjamin Hoff und Ilja Seifert siegte. Auf Platz 5 kam im zweiten Wahlgang Sahara Wagenknecht im Streit mit Leknas Uca, nachdem sie im ersten bei fünf Gegenkandidatinnen, darunter Evrim Baba, 47,1 Prozent errungen hatte. Zu den acht darüber hinaus gewählten Listenkandidaten gehören Uca auf Platz 7 und Seifert auf Platz 14. Erstmals bei einem Parteitag wurden acht Ersatzkandidaten aufgestellt. (Parteitag und Europawahlprogramm nach *Disput 2/Pressedienst 6/7 – 2004*, Berlin)

Manche dieser Angaben mag trocken erscheinen. Sie spiegeln indes einen Vorgang wider, der für die PDS wichtig ist. Er kann unterschiedlich, als mehr oder weniger erfreulich beurteilt werden. Infolge inner- und

außerparteilicher Umstände, so fort-dauernder genereller Schwäche der Linken bei gleichzeitig noch vorhandener Durchsetzungskraft in Details, wird die Partei offenbar länger fort-existieren, als ginge es allein nach Regeln der Logik. Momentan ist die PDS, wie rechtsstehende Mitglieder westlicher Landesverbände in einem Positionspapier konstatierten, „müde, abgeschlafft, träge, konflikt-unfähig und keineswegs kampfeslustig, innerlich zerrissen und ohne nennenswerte politische und intellektuelle Ausstrahlung“. Fortwährenden Schwankens ihrer Führung zwischen radikaler Phrase und neoliberaler opportunistischer Tat wegen stellt sie vor allem in den Augen gesellschaftskritischer Kräfte, aber auch in denen konkurrierender staatstreuer Parteien einen unsicheren Kantonisten dar. Teile der Basis hegen immer noch sozialistisch-demokratische Vorstellungen, sie sind Bundesgenossen der Friedens- und der sozialen Protestbewegung. Maßgebliche Amts- und Mandatsträger von der Bundes- bis zur Kreisebene legen ebenfalls entsprechende Bekenntnisse ab, entwickeln aber in praxi die PDS zum zusätzlichen Stützpfiler des bundesdeutschen politischen Herrschaftsystems, der im Osten vielfach als Hilfstruppe und eventueller Ersatz der SPD fungiert. Gelingt dieses Werk, ist das Ende der Partei als oppositionelle Kraft gekommen. Die Parteilinke hat sich als unfähig erwiesen, dem zu wehren, respektive sich zum Gegenpol der Führung aufzuschwingen.

B. M., Ende Februar 2004

Anzeige

WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Postfach 3255, 37022 Göttingen

Tel.: 0551 – 770 80 08 (Di. & Do. 15⁰⁰ – 20⁰⁰ Uhr)

Fax: 0551 – 770 80 09

bundesvorstand@rote-hilfe.de

www.rote-hilfe.de



Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.

Kontonummer:

19 11 00 – 462

BLZ:

440 100 46

Postbank Dortmund

Zum achtzigsten Todestag von Lenin Konferenz in Leverkusen zur Problematik der Übergangsforderungen



Seit den Ausschlüssen von Trotzlisten und Anhängern Brandlers und Thalheimers aus der KPD in den zwanziger Jahren hat es in Deutschland, soweit wir wissen, keine gemeinsame Diskussion dieser drei kommunistischen Richtungen mehr gegeben, auf jeden Fall keine, die in ei-

ner solidarischen Atmosphäre stattgefunden hat. Deshalb ist die Tatsache, dass sich in Leverkusen Ende Januar anlässlich des achtzigsten Todestages von Lenin die Vertreter dieser Traditionslinien zu einer Tagung zusammenfanden, nicht gering zu schätzen.

Die Marx-Engels-Stiftung, die als Veranstalterin das Treffen organisierte, hatte ein Thema gewählt, das für alle drei Strömungen einen wichtigen Punkt ihrer politischen Identität ausmacht, das Problem der Übergangsforderungen¹. Es spielt bei den strategischen und taktischen Fragen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eine große Rolle, findet sich im Übergangsprogramm Trotzki von 1938 wieder und bildet im Aktionsprogramm Brandlers², der Kritik Thalheimers am Programm-entwurf zum 6. Weltkongress der KP³ wie in der Plattform der KPO⁴ einen zentralen Angelpunkt für die Bestimmung von Strategie und Taktik im Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg.

Die MES hatte bereits bei der Vorbereitung Wert darauf gelegt, dass die einzelnen Positionen zur Sprache kommen konnten. Sie schaltete Anfang Januar eine mit den teilnehmenden Organisationen nicht abgesprochene Anzeige in der UZ, in der alle zu der Diskussion eingeladenen Gruppen⁵ gemeinsam als Veranstalter auftraten. Schon allein dadurch wurden gute Voraussetzungen für eine entspannte Debatte geschaffen. Dies spiegelte sich auch im Ablauf der Tagung wieder: Alle drei Strömungen übernahmen für jeweils einen der drei Themenblöcke die Leitung der Konferenz.

Historisches

Im ersten Diskussionsblock ging es um die Einschätzungen der Beschlüsse des dritten und vierten Weltkongresses zur Frage der Übergangsforderungen und zu den Lösungen der Arbeiterregierung in den Jahren 1921-1923 in Deutschland.

Dass sich bei der Bewertung des noch von Lenin geprägten KI-Kongresses Differenzen ergeben würden, war nicht zu erwarten. Dass es aber bei der Debatte über die Ereignisse von 1923 zu keinerlei Zuspitzung kam, ist bemerkenswert. Der These eines der Referenten, dass es 1923 in Deutschland keinerlei Voraussetzungen für eine revolutionäre Erhebung gegeben hat und insofern die Lagebeurteilungen von KI und KPD auf Sand gebaut waren, blieb ohne Widerspruch.

Von allen Teilnehmern wurde die Einschätzung geteilt, dass die Zeit der revolutionären Erhebungen spätestens seit den März-Kämpfen 1921 in Deutschland vorbei gewesen war und die KPD deshalb vor der Aufgabe stand, sich auf diese für sie neue Situation einzustellen. Die Auseinandersetzungen in der KPD der folgenden Jahre bis zum Ausschluss der „Rechten“ aus der KPD wurden nicht ausführlich erörtert. Bei den wenigen Bemerkungen, die zu dieser Phase geäußert wurden, war das Bemühen um eine realistische Einschätzung der politischen wie gesellschaftlichen Verhältnisse der Weimarer Republik, der Veränderungen des Selbstverständnisses der KI, die auf eine Entmündigung der Sektionen hinausliefen und der innerparteilichen Kontroversen, die sich auf diesem Hintergrund in der deutschen Partei entwickelten, erkennbar. Damit setzten sich die einzelnen Beiträge deutlich von jener Stellungnahme ab, die vor einigen Monaten zwei Vertreter der Kommunistischen Plattform (KPF) abgaben. Sie meinten anlässlich eines Artikels zum fünfundsiebzigsten Jahrestag der Wittorf-Affäre, die schließlich zum Ausschluss der „Rechten“ aus der KPD führte, dass sich die „politische Entscheidung der KPD-Mitglieder für Ernst Thälmann

(und damit gegen Heinrich Brandler und August Thalheimer) ... als richtig erwiesen“ habe⁶. Wer sich vorbehaltlos mit der Politik Thälmanns dieser Jahre identifiziert, die keinerlei Zusammenarbeit mit der SPD zuließ, und gar noch deren Aktualität behauptet, muss zunächst einmal erläutern, wie sich die Mitgliedschaft der KPF in einer Partei erklären lässt, die kritik- und kriterienlos in den Regierungsbündnissen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sich einer sozialdemokratischen Politik unterwirft, die noch nicht einmal in ideologischer Hinsicht noch etwas mit den Visionen einer reformistischen Politik zu tun haben möchte.

Im zweiten Diskussionsblock über den VII. Weltkongress und die Volksfrontpolitik waren die Positionen nicht mehr so einheitlich wie zuvor. Bei der Bewertung des KI-Kongress von 1935 bestand das Problem darin, dass bis heute sich noch niemand ein zuverlässiges Urteil über die damalige Diskussion in der KI bilden kann. Sowohl über den Kongress wie auch über die Debatten in der KI dieser Jahre gibt es bislang keine autorisierten Protokolle. Deshalb, so wurde von einem Referenten der DKP betont, ließen sich die Motive, die in der KI den Schwenk von der Einheitsfrontpolitik von unten zur Volksfrontpolitik führten, nicht genau angeben. Auf jeden Fall sei sie aber eine Antwort auf ein insbesondere in Frankreich, aber auch in Spanien bestehendes Bedürfnis der Massen nach der Einheit der Arbeiterorganisationen gewesen, um der wachsenden Gefahr einer Ausbreitung des Faschismus zu widerstehen. Kritisch wurde dazu eingewendet, dass die Volksfront im Unterschied zur Einheitsfront ja auch ein Bündnis mit bürgerlichen Kräften ein-

schließe und diese Konstellation schließlich zu einem hemmenden Faktor in den Auseinandersetzungen dieser Jahre wurde. Sowohl die Unterstützung der spanischen Republik, wie auch die der republikanischen Seite nach Ausbruch des Bürgerkriegs, erfolgte durch die französische Regierung aus Rücksicht auf die bürgerlichen Kräfte in ihr nicht in dem Maße, wie es notwendig gewesen wäre⁷. Alle Seiten erkannten an, dass die Diskussion über diese Fragen weiter geführt werden müsse, wobei man sich allein am historischen Material und an den für eine kommunistische Bewegung erforderlichen Maßstäben zu orientieren habe.

Aktuelles

Die Auseinandersetzung über die Frage, welche Schlüsse aus diesen Analysen über die Geschichte der kommunistischen Bewegung für eine Politik der Gegenwart zu ziehen seien, verlief lebendig. Hier kamen nahezu alle Punkte zur Sprache, über die in der Linken gegenwärtig diskutiert wird. Eine Aktualität der Übergangslösungen in der gegenwärtigen politischen Praxis wurde nach kurzer Diskussion von niemandem behauptet, allenfalls haben sie derzeit eine allgemein propagandistische Bedeutung. Erfahrungen der Arbeiter und Angestellten in zugespitzten Auseinandersetzungen mit Unternehmern und Staat fehlen im Nachkriegsdeutschland. Ebenso existiert keine Arbeiterklasse, in der noch sozialistische Grundüberzeugungen vorhanden sind.

In der DKP hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass das Mannheimer Programm von 1978 und die Hamburger Thesen von 1986 nach dem Untergang des realsozialistischen Lagers grundlegend überarbeitet werden müssen. Bei der programmatischen

Erneuerung soll zwar wie bisher die Arbeiterklasse im Zentrum der Überlegungen stehen, jedoch scheint die Partei eines der wesentlichen bisherigen strategischen Ziele, die Herstellung eines Bündnisses mit allen nicht-monopolistischen Schichten, nicht aufgeben zu wollen. Dies zeigte sich bei der Diskussion über die aktuellen Fragen der Politik. Hier wurde herausgestellt, dass man zukünftig verstärkt in den aktuellen Massenbewegungen wie attac und den diversen Antiglobalisierungsinitiativen aktiv sein wolle. Die Vertreter der trotzkistischen Position betonten dagegen, dass der Ausgangspunkt für eine kommunistische Politik der Gegenwart in Beispielen wie den Betriebsbesetzungen und den Hungerrevolten Lateinamerikas ebenso zu sehen sei wie in antibürokratischen Arbeiterinitiativen europäischer Länder, etwa denen Italiens. Eine Bewegung, welche die Eigentumsverhältnisse in Frage stellt, existiere nicht, stattdessen gäbe es weltweit eine Vielzahl von Aktivitäten, die demokratische Rechte in Betrieb, Gesellschaft und Politik einklagten. Wir dagegen hoben hervor, dass die Reorganisation einer kommunistischen Bewegung in Ländern wie Deutschland nur gelingen könne, wenn sich in den Betrieben und in den Gewerkschaften die Bereitschaft zu einer eigenständigen Arbeiterpolitik wieder herausbildet. Solche Ansätze politisch und ideologisch zu unterstützen, die Erfahrungen aufzuarbeiten und die von solchen Erfahrungen geprägten Kader zu organisieren, bleibe die zentrale Aufgabe. Dabei müsse man natürlich sorgfältig die in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen in der Struktur der arbeitenden Klassen berücksichtigen, etwa den Rückgang der klassischen Stammebelegschaften, die rapide Zunahme der prekären Beschäftigungsverhältnisse, etc.

Letzten Endes blieb der Eindruck haften, dass sich die Positionen nicht

grundsätzlich voneinander unterscheiden und trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen eine Vielzahl von gemeinsamen Ansatzpunkten für eine Fortsetzung der Diskussion bestehen.

Bilanziert man die Tagung, so muss vor allem festgehalten werden, dass sich in Teilen der DKP einiges bewegt. Alte Positionen, die den veränderten Verhältnissen nicht mehr Rechnung tragen, werden über Bord geworfen bzw. überprüft. Viele der Teilnehmer in Leverkusen, die der DKP angehören oder ihr nahe stehen, betonten, wie schmerzlich für sie in den letzten Jahren dieser Prozess gewesen ist. Sicher haben längst noch nicht alle Mitglieder dies in gleicher Weise nachvollzogen. Immer Mal wieder kommt der alte Hochmut zum Durchbruch. Doch diese Haltung, die heute nur noch Hilflosigkeit ausdrückt, wird bei all denen schwinden, die das Abgleiten der Partei zur Sekte verhindern wollen. In einigen Städten gibt es mit Aktiven der Partei bereits Ansatzpunkte für eine gemeinsame praktische Arbeit.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Konferenz war, daß zum ersten Mal seit der Spaltung der Gruppe Arbeiterpolitik Anfang der 70er Jahre in zwei Gruppierungen beide gemeinsam an einer Veranstaltung teilgenommen haben. Die Suche nach Differenzen in den auf der Tagung diskutierten Fragen blieb ergebnislos.

Z.G. (Arpo), E.G. (Arsti) Nachsatz: Unmittelbar vor Drucklegung des Artikels haben wir erfahren, dass Hans-Joachim Krusch verstorben ist. Er hatte auf der Tagung mit seinem Eröffnungsreferat „Zu den Diskussionen in KI und deutscher Sektion um die Lösungen der Arbeiterregierung ...“ eine gute Grundlage für eine sachliche Diskussion geschaffen und so erheblich zum Gelingen der Konferenz beigetragen

¹ Das Thema der Veranstaltung lautete: „Zur Problematik der Übergangsforderungen in der Strategie der sozialistisch-kommunistischen Bewegung. Geschichtliches und Aktuelles“

² Vgl. Heinrich Brandler: Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland, KI 1928, Heft 1, S. 32 ff.; Heinrich Brandler: Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland (Schluß), KI 1928, Heft 2, 75 ff.

³ August Thalheimer: Programmatische

Fragen, Mainz 1993, resp. S. 85-99

⁴ Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), Reprint Gruppe Arbeiterpolitik o. J., S. 38 ff

⁵ Marx-Engels-Stiftung, Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS, Geschichtskommission der DKP, Sozialistische Zeitung (SoZ), Marxistischen Blätter, junge Welt, Marxistische Forum, Gruppe Arbeiterstimme, Gruppe Arbeiterpolitik, Rotfuchs

⁶ Eberhard Czichon/ Heinz Marohn: Die Wittorf-Affäre 1928, junge Welt 27/28. September 2003.- Siehe a. die Replik, Sebastian Gerhardt: Skandalaffäre Thälmann, junge Welt, 18/19. Oktober 2003

⁷ Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens, Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1974

Manche gewinnen – viele verlieren

Einkommensverteilung in der BRD 2003: Sein und Haben

Warum sollen in einer Gesellschaft wie hierzulande, in der kapitalistische Produktionsweise herrscht, viele Leute sich keine Gedanken über den Tabellenstand ihres Bundesligafavoriten oder ihre Figurprobleme machen? An ihren Kontostand denken auf jeden Fall alle. Die meisten inzwischen mit Skepsis. Zu manchem will es nicht mehr reichen, jedenfalls momentan nicht. Woran das liegt, erklärt Franz Müntefehring aus der SPD-Führungsriege: „Fehlendes Wachstum“ (Stern 47/03). Aber stimmt das? Sind im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt abgeschwächte Wachstumsraten, zumal auf hohem Ausgangsniveau, überhaupt zutreffende Bezugsgrößen für stagnierende Realeinkommen von Lohnabhängigen und klamme Kassenlagen der staatlichen Institutionen? Die Frage, wer das jährliche Gesamtprodukt erzeugt und wer darüber deswegen verfügen sollte, sei hier nur beiläufig erwähnt. Im Hinblick auf die Bezugsgröße Volkseinkommen, bei dem zu fragen ist, wer warum wieviel davon bekommt, unterliegen nun die ermittelten Daten ebenso wie die jährliche Wachstumsrate keinesfalls der Geheimhaltung (wenn auch ein bißchen schon bei denjenigen, die über sehr hohe Einkommen verfügen). Die Einkommensverteilung jedoch öffentlich zu verschweigen macht dagegen viel „Sinn“: Nur so ist der Glaube zu fördern und aufrechtzuerhalten, „wir“ könnten „uns“ Lohnzuwächse und Sozialstaat „so“ nicht mehr „leisten“. Das dadurch eine privilegierte Minderheit „sich“ immer mehr „leisten“ kann und tatsächlich „herausnimmt“, darf nicht sein in einer „Mediengesellschaft“, deren möglichst irrelevante Themen hochdotierte journalistische Günstlinge der Medienkonzernchefs bestimmen.

Die jeweilige Novemberausgabe der WSI-Mitteilungen des DGB-nahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans Böckler Stiftung in Düsseldorf eröff-

net mit dem von Claus Schäfer alljährlich erstellten Verteilungsbericht ein Bild der Einkommenssituation der deutschen Gesellschaft, das zum Lamento über ausbleibende Produktionszuwächse nicht paßt. Gar tüchtige Zuwächse sind nach wie vor gegeben – bei den hohen und höchsten Einkommen. Denn wenn bei stagnierendem Wachstum die Bruttolohnquote im Jahr 2002 um fast ein Prozent von 72,7 (2001) auf 71,9 Prozent absinkt, ist zu fragen, wo der Rest des Volkseinkommens bleibt. Zur Definition: Bruttolohnquote meint den Anteil des gesamten Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, in den die „hälftigen“ Beiträge der Unternehmen und öffentlichen Betriebe zur Sozialversicherung buchungstechnisch korrekt als originärer Lohnbestandteil eingerechnet sind. Die folgend präsentierten Daten beziehen sich auf das Jahr 2002, weil die Entwicklung in 2003 nur für das abgelaufene Halbjahr vorläufige, tendenzielle Ergebnisse erfaßt.

Von den 1,365 Billionen Euro des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte verblieben 2002 nach Abzug der Lohnsteuer und Sozialbeiträgen als Nettolohn 43,5 Prozent auf den Konten der Lohn- und Gehaltsempfänger. Bei den Masseneinkommen ist die Nettolohnquote seit zehn Jahren damit von knapp fünfzig Prozent um sechs Prozent abgesunken, wenngleich monetäre Sozialleistungen wie Renten, Sozialhilfe, Kinder- oder Wohngeld insgesamt um etwa vier Prozent seit 1991 (26,7 Prozent 2002) anstiegen. Das effektive Arbeitseinkommen ganzjährig Vollbeschäftigter erreicht im monatlichen Durchschnitt in der Industrie 3258 Euro (70,5 % davon im Osten), weniger im Hoch- und Tiefbau mit 2800 Euro (Ost 72,7 %). Unter Einbezug der geringfügig Beschäftigten liegen Bruttolöhne und -gehälter im gesamtdeutschen Durchschnitt bei monatlich 2198 Euro. Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben bleiben davon 1433 Euro netto zur

Bestreitung der Lebenshaltungskosten übrig. Zwischen West- (2277 Euro brutto) und Ostdeutschland (1762 Euro brutto) klafft demnach ein Abstand von 515 Euro. Daran hat sich seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nichts mehr geändert. Eine Angleichung zugunsten des ostdeutschen Lohngefüges kann angesichts des desolaten Arbeitsplatzangebotes nur als frommer Wunsch gelten.

Der Anteil der Netto-Gewinn- und Vermögenseinkommen (private Einkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen) am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sank 2002 auf 29,4 Prozent ab, nachdem 2001 noch 30,5 Prozent erreicht wurden (1993 26,4 Prozent). Die Dreißigprozentstufe blieb fünf Jahre lang seit 1997 überschritten und mußte nun trotz steuerlicher Entlastung diesen konjunkturell bewirkten Rückgang hinnehmen. Denn die vor drei Jahren eintretende konjunkturelle Flaute setzte sich in den Bruttoanlageinvestitionen fort. Dafür machten die Unternehmen 2002 nur noch mit 207,1 Mrd. Euro ganze 2,3 Milliarden mehr locker als 1997. Nachdem 1999 hier 221,6 Mrd. Euro angelegt wurden, erfolgte noch 2000 eine Steigerung auf 235,7 Mrd. Dieser bisherige Scheitelpunkt war 2001 mit der Abwärtsbewegung auf 223,7 Mrd. überschritten. Wir dürfen gespannt sein, ob trotz aller positiven Stimmungsmache hierin der Eintritt in eine langwährende generelle Stagnation des Kapitalismus Ausdruck gewinnt.

Den Bruttounternehmensgewinnen der Kapitalgesellschaften (ohne Wohnungswirtschaft, Banken u. Versicherungen) schadete das nicht: Noch 2002 erfolgte eine Zunahme um fünf Prozent auf 314,42 Mrd. Euro, ebenso wie 2001 auf 299,31 Mrd. und ähnlich 2000 mit 285,11 Mrd. Euro. Wurden in jenem Jahr noch 34,59 Mrd. Euro direkte Steuern entrichtet, drosselte die Schröderregierung 2001 generös die Zufuhr auf 12,25 Mrd./12,49 Mrd. Euro 2002.

Verzicht auf angemessene Unternehmensbesteuerung, Lohndrückerei durch Leistungsreduktion bei Renten und Gesundheit per „Beitragsstabilisierung“ – alles um die „Ertragslage“ der Unternehmen zu verbessern. Die damit ihre Eigenfinanzierungsquote bei dennoch rückläufigen Investitionen allein von 2001 von 47,1 Prozent auf 71,6 Prozent in 2002 erhöhen konnten. „Der Konjunktur entsprechend ging die Verwendung der gewonnenen Liquidität zugunsten von Brutto- und Netto-Sachanlagen deutlich zurück. Die überschüssige Liquidität von rund 90 Milliarden Euro floß wie vor 2002 in die Geldvermögensbildung – und darin vor allem in Direktinvestitionen bzw. Käufe anderer Unternehmen oder Unternehmensteile in einem dem Vorjahr vergleichbaren Umfang. Dahingestellt

bleibt, ob diese Engagements als strategische Investments angesehen werden können oder als eine Form des Geldparkens für bessere konjunkturelle Zeiten oder sogar als Verlegenheits-Geldinvestition. Denn viele alternative Geldanlage-Möglichkeiten versprachen schon in 2002 geringe Realzinsen und/oder hohe reale Risiken – oder waren wie Staatsanleihen angesichts restriktiver Verschuldungspolitik der öffentlichen Haushalte nicht in ausreichendem Volumen verfügbar.“

Erstmals konnte in den WSI-Verteilungsbericht eine Sondererhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zu Einkommensstarken Haushalten Eingang finden. Die Befragung von mehr als tausend Haushalten mit einem Netto-Monatseinkommen ab

3835 Euro (7500 DM) ergab, daß hochgerechnet „7,3 Prozent aller privaten Haushalte in Deutschland und darin 9,3 Prozent aller Personen in Deutschland ab 16 Jahren“ mit starker Spreizung nach oben (ca. 6 Mio.) zu dieser Gruppe gehören. Wahrscheinlich bezieht hiervon eine Spitzengruppe von über 120 000 Haushalten in Deutschland ein Netto-Monatseinkommen von mehr als 17 895 Euro (35 000 DM). Die Hälfte dieser Haushalte bezieht ihr hohes Einkommen nicht überwiegend aus Erwerbstätigkeit, „sondern in Form von Zinsen und Ähnlichem aus Vermögen.“ Noch deutlicher: 90,7 Prozent aller privaten Haushalte in Deutschland mit 58,5 Millionen Angehörigen ab 16 Jahren beziehen monatlich ein Haushalts-Nettoeinkommen unter 3 835 Euro (und weniger). 3,8 Prozent

Gesellschaftswissenschaftler und Sozialist

Hansgeorg Conert in Bremen verstorben

Als vor neun Monaten aus Anlaß des siebzigsten Geburtstages von Hansgeorg Conert eine Tagung über neuere Entwicklungen der Weltpolitik in Hustedt bei Celle stattfand, hegten die Beteiligten die Erwartung, so etwas mit ihm bei zukünftiger Gelegenheit fortzusetzen (*Bericht auf Seite 27*). Im Rückblick ist es für die meisten nun doch ein Abschiedstreffen geworden. Völlig unerwartet verstarb nach einer geplanten und erfolgreich durchgeführten Operation der emeritierte Hochschullehrer Hansgeorg Conert am 6. Januar in einer Bremer Klinik. Die Angehörigen seiner Familie und alle, die ihn näher kannten, verlieren eine Menschen, dem sie eine verdient hohe Wert-schätzung entgegenbrachten und dessen Arbeit als marxistisch geprägter Wissenschaftler auch für die Zukunft konstruktiv fortwirkt. Dem gesellschaftswissenschaftlichen Studium vor etwa fünfzig Jahren in Wilhelmshaven folgten Lehraufträge in der Erwachsenenbildung und im Hochschulbereich, davon die überwiegende Zeit seit 1975 als Professor an der Universität Bremen. Neben den Veröffentlichungen zu historischen wie aktuellen

Entwicklungen der Arbeiterbewegung in Deutschland, der politischen Ökonomie des Kapitalismus und inzwischen verfallener sozialistischer Gesellschaften (vornehmlich UdSSR u. Jugoslawien), sowie Fragen der Didaktik der Erwachsenen- und Arbeiterbildung dürfte insbesondere nicht nur vom Umfang her sein auf mehr als fünfhundert Seiten angewachsenes Buchprojekt „Vom Handelskapital zur Globalisierung“ (1998/2002 erste u. zweite erweiterte Auflage) als Hauptwerk gelten und seinen vorrangigen Stellenwert als umfassend angelegte historisch-materialistische Analyse des modernen Kapitalismus behaupten. All diejenigen, die den Erkenntnisgehalt der publizistischen Arbeiten von Hansgeorg Conert aufzunehmen und politisch anzuwenden wußten, werden in Zukunft erwartbar gewesene Stellungnahmen und Positionsbestimmungen von ihm vermissen. Ein unabhängiger Sozialist wie Conert, der keinen Anlaß sah, „die kapitalistische Ökonomie und Gesellschaft resignierend für alternativlos zu erklären,“ ist auf dem langen Marsch zu einer Gesellschaft, in der die Menschen die Belange ihrer Reproduktion rational und gemeinschaftlich regeln, zurückgeblieben. Doch um Ziel und Richtung dahin

bestimmen zu können, ist es möglich, weiterhin seine kritischen Einsichten über kapitalistische wie sozialistische Gesellschaften zu nutzen, durch die er uns gegenwärtig bleibt.

Hubert Zaremba

Wichtigste Veröffentlichungen:

Gewerkschaften heute – Ordnungsfaktor oder Gegenmacht?
Offenbach 1972

Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem I. Weltkrieg, Offenbach 1973

Einführung in die politische Ökonomie der Bundesrepublik, Ffm. 1972 (EVA)

Einführung in die politische Ökonomie der Bundesrepublik II – Konjunktur und Krise – Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik, Ffm. 1974 (EVA)

Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow, Münster 1990 (Westf. Dampfboot)

Vom Handelskapital zur Globalisierung – Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie (1998) 544 S., 2. Auflage Münster 2002 (Westf. Dampfboot)

(2,442 Mio.) kommen auf ein Nettoeinkommen zwischen 4 090 bis 5 113 Euro. 0,5 Prozent (Haushalte mit ca. 300 000 Personen) verfügen ab 10 000 Euro aufwärts...

Claus Schäfer kann feststellen, „dass die Rot-Grünen Reformen zur Einkommenssteuer 1998 bis 2005 (...) die oberen Einkommen entgegen dem regierungsamtlich vermittelten Eindruck massiv begünstigen und damit quasi öffentliche Vermögensbildung durch Steuerentlastung zugunsten von Beziehern hoher Einkommen bzw. Eigentümern großer Vermögen leisten.“ Diese Steuer- und Verteilungspolitik steht in der Kontinuität einer Krisenbewältigungspolitik wechselnder Bündnisse prokapitalistischer Parlamentsparteien seit mehr als einem Vierteljahrhundert. Deren Ergebnis lieferte stets neuen Ansporn, als Konjunkturstimulanti- en wohlschmeckende Medizin für Unternehmen und Vermögende zu verabreichen. Es waren deren Steu-

ergesetze und nicht die „internationale Wettbewerbssituation“, die den deutschen Fiskus zwang, „die Steuereinnahmen aus Gewinn und Vermögen auf das niedrigste relative Niveau in der EU zu führen und etwa in diesem Rahmen auf die bei ausländischen Wettbewerbern selbstverständliche Vermögensbesteuerung zu verzichten.“ Nochmals sei darauf verwiesen: „Im Langfristvergleich von 1960 bis 2002 (...) machen sich ständige Steuerlastverschiebungen in Deutschland geradezu dramatisch aus. Danach haben Steuern im Wesentlichen aus der Entstehung und Verwendung von Lohneinkommen, d.h. Lohnsteuer sowie Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer und andere wichtige Verbrauchssteuern, im Jahre 1960 rund 37,5 Prozent zum gesamten öffentlichen Steueraufkommen beigetragen, in 2002 dagegen schon 79,2 Prozent. Diametral anders verlief die Entwicklung bei den Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, nicht

veranlagte Steuern vom Dividenden- ertrag, Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer, Zinsabschlagsteuer): Ihr Anteil sank kontinuierlich von 34,7 Prozent in 1960 auf nur noch 12,2 Prozent in 2002.“

Diese Politik wurde jedoch immer wieder von Wählern in der Masse bestätigt, die nicht in die Kategorie der absoluten Profiteure dieser Politik gehören. Der Ruf nach einer neuen außerparlamentarischen Opposition wird inzwischen lauter. Die schwärmerisch fetischisierte Zahl der Demonstranten auf der Straße täuscht jedoch über den Umstand hinweg, daß Veränderungen der Steuer- und Sozialpolitik bundesgesetzgeberischer Grundlage bedürfen und solange ihre bisherige Wirkung zeigen oder erst neu entfalten, bevor nicht andere Parlamentarier dafür die Hand heben. Offensichtlich hat Verteilungspolitik etwas mit der verkehrten Verteilung von Abgeordneten des „Volkes“ im deutschen Bundestag zu tun.

Hansgeorg Conert zum Siebzigsten

Vom Niedergang der Sowjetunion zur globalen Hegemonie der USA? Eine Tagung aus Anlaß des 70sten Geburtstages von Hansgeorg Conert in der Heimvolkshochschule Hustedt

Wenn Lebensabschnitte manchmal fast zeitgleich mit neuen politischen Entwicklungen einhergehen, trifft dies auf den Lebenslauf von Hansgeorg Conert besonders zu. Aufgewachsen in Thüringen, vor bald fünfzig Jahren Student der Soziologie und Politik an der in Wilhelmshaven neugegründeten Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft, erfolgte der Berufsstart 1959 als Dozent in Hustedt am dort eingerichteten Seminar für Gesamtdeutsche Fragen, umbenannt später in Ost-West-Seminar. Die Entwicklung sozialistischer Gesellschaften, vorrangig der Sowjetunion und Jugoslawien, bildete dann weiterhin den Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit. Durch Publikationen zu Fragen der deutschen Arbeiterbewegung, Einführungen in die Politische Ökonomie der westdeutschen Gesellschaft und Überlegungen zu jeweils aktuellen Konzepten

der Arbeiterbildung förderte er jedoch auch die kritische Sicht hiesiger Verhältnisse. In den zwanzig Jahren bis zum Erreichen der Altersgrenze als Professor an der Universität Bremen führten ihn mehrmals Studienaufenthalte in die Sowjetunion, als deren Frucht neben etlichen Aufsätzen vom Standpunkt einer „sozialistischen Grundüberzeugung“ aus eine umfassende kritische Studie über Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter dem Titel „Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus“ 1990 erschien. Dieser thematisch unumgänglichen, inzwischen leider vergriffenen Analyse der staatssozialistischen Produktionsweise bis Gorbatschow folgte ein noch ambitionierteres Buchprojekt. Mit dem so ergiebig wie dickleibigen Titel „Vom Handelskapital zur Globalisierung“ (2. ergänzte Auflage 2002 mit 550 engbedruckten großformatigen Seiten) liegt eine umfassende Darstellung der kapitalistischen Ökonomie von den

Anfängen bis zur Gegenwart vor. Ihr ist unbedingt mehr Beachtung zu wünschen, denn nichts braucht „die Linke“ in diesem Land mehr als materialistisch fundierte Orientierung.

Anlaß genug für Weggefährten und politische Freunde von Hansgeorg Conert, kurz nach seinem siebzigsten Geburtstag am ersten Wochenende im April 2003 eine Sichtung der Lage vorzunehmen, mit der wir seit dem Verfall der Sowjetunion vor über zehn Jahren in stets neuen Zuspitzungen seitens der verbliebenen Weltmacht USA zu rechnen haben. In seinem Eingangsreferat zu Aufbau, Entwicklung und Verfall der Sowjetgesellschaft stellte Hansgeorg Conert die unstrittigen Erfolge der ersten Jahrzehnte nachholender Entwicklung in der SU bei allen negativen Begleiterscheinungen des Stalinschen Systems heraus. Die geschaffenen Grundlagen boten Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung, zu der jedoch die Führung nach Stalin nicht

fähig war. In einer Mischung aus Dogmatismus, Pragmatismus und laissez-faire war schließlich die KPdSU nicht mehr imstande, Beschlüsse zum „Umsteuern“ konsequent umzusetzen und auf den untergeordneten Ebenen zu kontrollieren. Die Kompensation ausbleibender Produktionsfortschritte durch Rohstoffexporte, um gewachsene Konsumtionsansprüche und Belastungen durch den aufgezwungenen Rüstungswettlauf abzudecken, änderte nichts an der wachsenden Abkehr der Bevölkerung von den propagierten gesellschaftlichen Zielen. Inwieweit subjektive Faktoren innerhalb objektiver Bedingungen wirksam werden, bleibt hier die offene Frage. Nach 1991 machte man bei extrem zugenommener sozialer Spaltung mit der Politik des Raubbaus an der Natur weiter wie vorher, wenn auch zur Eindämmung der Korruption in den Regionen die Zügel durch Putin stär-

ker angezogen wurden. Jens Uwe Heuer bestätigte die Ignoranz gegenüber neuen effizienteren Wirtschaftsformen, die nach 1960 in der DDR kurzfristig zum Zuge kamen (NÖSPL). Trotz ihrer Befürwortung und Empfehlung durch Walter Ulbricht fanden sie gerade bei den Genossen in Moskau wenig Gehör.

Arno Klönne sieht in der US-Politik einen neuen Imperialismus, dessen militärische Potenz bei aller maßlosen Selbstüberschätzung dennoch ungehindert kurzfristige Interventionen ermöglicht, ohne beständige Kolonialregime errichten zu wollen. Dauerhaften imperialen Einfluß garantieren eher Finanzinstitutionen wie IWF, Weltbank und WTO. Wo Helmut Fleischer als Philosoph fragt, wie aus imperialen Gesellschaften egalitäre, befriedete weltgeschichtliche Fortschrittsperspektiven zu gewinnen wären, vermag er der „proletarischen Bewegung“ der her-

kömmlichen Arbeiterbewegung keine zielstrebige historische Rolle mehr zubilligen. Ihn läßt der Zivilisationsprozeß als solcher hoffen. Im internationalen Aufeinanderwirken der USA und anderen heranwachsenden Machtzentren der Weltpolitik geben aller Erfahrung nach für Hansgeorg Conert selbst im Rahmen einer akzeptierten UNO „letzten Endes die Gewaltpotentiale den Ausschlag“. Ob Arno Klönne's Mahnung, Interessenpolitik mit militärischen Mitteln sei „immer der falsche Weg“, als politisches Konzept gegebene ordinäre ökonomische Interessen beeinflussen kann, ist jedoch fraglich. Der Weg zukünftiger europäischer Innen- und Außenpolitik ist damit als ein Thema für sich aufgeworfen. Das Treffen in Hustedt bewies und konnte deswegen nur ermuntern, diese Debatte breiter und forcierter anzugehen.

Für eine wahlpolitische Alternative! Aber welche?



Stellungnahme des „Projekts Arbeiterpartei“ zum Artikel „Eine neue Linkspartei“ in *Arbeiterstimme*, Winter 2003

Die Anmerkungen der Redaktion der „Arbeiterstimme“ in der letzten Ausgabe der Zeitschrift vom Dezember letzten Jahres zum wahlpolitischen Konzept des „Projekts Arbeiterpartei“ verfehlen den zugrunde liegenden Ansatz und verkennen zudem deshalb die Realisierungschancen. So kann es erstens schon gar nicht um die Formierung einer „Gewerkschaftsliste“ gehen. Gewerkschaften sind Organisationen, die Interessen von Lohnabhängigen gleich welchen weltanschaulichen Stand-

punkts oder parteipolitischer Zuordnung auf dem Grundgedanken der Aufhebung der Lohnkonkurrenz gegenüber den Unternehmern oder dem Kapital organisieren und zusammenfassen. Sofern es sich formal um Einheitsgewerkschaften wie hier bei uns in Deutschland handelt, müßte oder dürfte eine „Gewerkschaftsliste“ dann auch nur die gängige programmatische Position zum Ausdruck bringen, die jedes Mitglied einer DGB-Gewerkschaft (es gibt auch andere Gewerkschaften) per Beitritt anerkennt. Trotz aller behaupteten „Entfremdung“ ist die Anlehnung, ja Orientierung im DGB an sozialdemokratischem Gedankengut ungebrochen. Neuestes Beispiel die Ausfüh-

rungen in der nicht nur deswegen äußerst interessanten 56-seitigen Broschüre „Reformanstöße des DGB für Wachstum und Beschäftigung, Bildung und Innovation“. Sie zu lesen, wird verdeutlichen, unter welchen wohlgemerkt „programmatischen“ Voraussetzungen DGB-Gewerkschaften am ideologischen Schlepptau der SPD weiter im Kielwasser der SPD/Grünen-Regierungspolitik „schippern“ könnten. Nicht weil sie überwiegend das SPD-Parteibuch immer noch in der Tasche haben, sondern weil ihr Weltbild, wenn überhaupt, nur wenig von dem der SPD-Führungsriege abweicht, wird ein konsequent eigenständiger Weg des gegenwärtigen Gewerkschaftsapparates

ausbleiben. Denn ein Wille der Mitgliedschaft zu konfliktträchtigerer Gewerkschaftspolitik ist auch in der Masse nicht zu erkennen. Wir sollten Wunsch und Wirklichkeit auseinanderhalten. Sowohl vom Prinzip der Einheits-gewerkschaft, aber auch dem der real existierenden sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften hier und heute, dürfen und könnten die Gewerkschaftsführungen keine „Gewerkschaftsliste“ zulassen. Und nebenbei, bei dem niedrigen Ansehen der Gewerkschaften in der Bevölkerung (nur 24 % der Bevölkerung „vertrauen“ ihnen noch [ist das der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder?]), würde solch ein Bezug nicht gerade die Wahlchancen einer so benannten Liste verbessern.

Eine „Gewerkschafterliste“, formiert aus kritischen Aktivisten, die Gewerkschaftsmitglieder sind oder doch wenigstens existenzielle Interessen und Belange der lohnabhängigen Bevölkerung für politisch zentral halten, verkörpert eine andere Herangehensweise. So schubkräftig ein Sprung von „null“ über die Fünfprozenthürde in die gesetzgebende Versammlung wäre, käme es in erster Linie doch auf die Herausbildung einer orientierenden Kraft an. Ihre Aufgabe: Für einsichtige Auswege aus der gesellschaftlichen Misere einzutreten, die für die lohnabhängige Bevölkerung (und nicht nur sie!) wieder bessere Perspektiven bietet und Mut macht, darum zu kämpfen und einzustehen. Der Wahlakt als solcher ist nur die Zustimmung zu einem aktiv umzusetzenden Programm, an dessen erster Stelle die gesetzliche Einführung des Sechsturentages im EU-Raum zu stehen hat, um das anfallende gesellschaftliche Arbeitsaufkommen individuell nach gegebener Qualifikation umzuverteilen. Die damit einhergehende Stabilisierung sozialstaatlicher Umverteilungsmechanismen sind der notwendige Abwehrriegel, der den hohlen Schwung der neoliberalen Offensive endlich bricht. Was die gesetzliche Fixierung eines neuen Normalarbeitstages und die Unterbindung von Überstunden-schinderei anbelangt, können wir uns durchaus auf den Standpunkt von Karl Marx berufen: „Was das Fabrikgesetz betrifft - (...) so fordere ich es von Staats wegen, als Zwangsgesetz, nicht nur gegen Fabrikanten, sondern

auch gegen die Arbeiter selbst“ (Marx an Kugelmann, 17. März 1868).

Daß eben ein seit Jahren unterlassener Kampf der „Linken“ für tägliche Arbeitszeitverkürzung unter der Hand mit das Klima schuf, indem der Kampf der Metaller im Osten sich so schwierig gestaltete, ist nun gerade kein Grund, nicht für dieses zentrale Anliegen dauerhaft einzustehen. Wann begreifen wir die eingetretene Situation endlich als Aufforderung, diese Sache umso entschiedener und selbstbewußter anzugehen? Daß nun die „Arbeiterstimme“ den Streikabbruch der IG Metallführung im Osten zu ihrem „Argument“ macht, es bei gestrichenen Segeln zu belassen, verweist eher auf ihre kleinstmütige Grundeinstellung und stellt, gelinde gesagt, die weitsichtigere Option des „Projekts Arbeiterpartei“ in Abrede durch schlichte Verdrehung von Ursache und Wirkung. Der Verweis auf all die gescheiterten Nullkommannichts-Wahlunternehmen „linker“ Gruppierungen ist ebenso kein Beleg gegen die Notwendigkeit einer konsequent systemkritischen Wahlliste, die vorhandene breite Interessenlagen artikuliert und öffentlich macht. Momentan sind dies reelle Arbeitsbedingungen in Bezug auf Arbeitszeit und Bezahlung, unversperrte Schul- und Berufsaussichten für den lohnabhängigen Nachwuchs, und eine sicher basierte öffentlich verwaltete Daseinsfürsorge. Wir müssen um den Erhalt erreichter sozialstaatlicher Standards stärker kämpfen, um vorerst aus der Defensive Ausgangspunkte für weitergehende Ziele zu erhalten und nicht politische Bekenntnisse abfordern, die kaum jemand ablegen will. Deswegen finden doch die politischen „Bergpredigten“ gewisser Parteien oder „Regenbogen“-Wahllisten, wie Ende Februar in Hamburg (1,1 %), keine Zustimmung. Deren Botschaft geht an der modernen Klassenstruktur dieser Gesellschaft vorbei und verfehlt Interessen wie Adressaten, weil man diese in ihrem klassenpolitischen Gewicht gar nicht bestimmen will oder kann.

Dem „Projekt Arbeiterpartei“ geht es also um praktischen Materialismus, der gegebene Umstände zur Kenntnis nimmt, wie erschwerlich oder umwegig sie auch anzugehen sind. Welch purer Idealismus leitet

die Redaktion der Arbeiterstimme, wenn sie darauf hofft, „daß die Verhältnisse selbst der sozialistischen Idee wieder soweit entgegenkommen, daß unser Wirken wieder einen fruchtbaren Sinn bekommt?“ Doch wer oder was konstituiert die „Verhältnisse“? Werden sie vom Weltgeist oder realen gesellschaftlichen Kräften gelenkt? Das „Projekt Arbeiterpartei“ hält eine Bestandsaufnahme für angebracht: „Die Voraussetzungen, mit denen wir beginnen, sind keine willkürlichen, keine Dogmen, es sind wirkliche Voraussetzungen, von denen man nur in der Einbildung abstrahieren kann. Es sind die wirklichen Individuen, ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie durch ihre eigene Aktion erzeugten. Die Voraussetzungen sind also auf rein empirischem Wege konstatierbar“ (Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 20). Wer seinen Weg so bestimmen und ausrichten will, bleibt auf sicherem Grund. Solange die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung ihre Belange ob „richtig“ oder „falsch“ allein wahlpolitisch artikuliert, wobei Wahlenthaltung auch eine Äußerung ist, darf das nicht durch teilnahmslose Betrachtung ignoriert werden. Diejenigen, die eine triftige Wahlplattform artikulieren können, müssen das tun, weil es von woanders her nicht kommen kann.

Anzeige

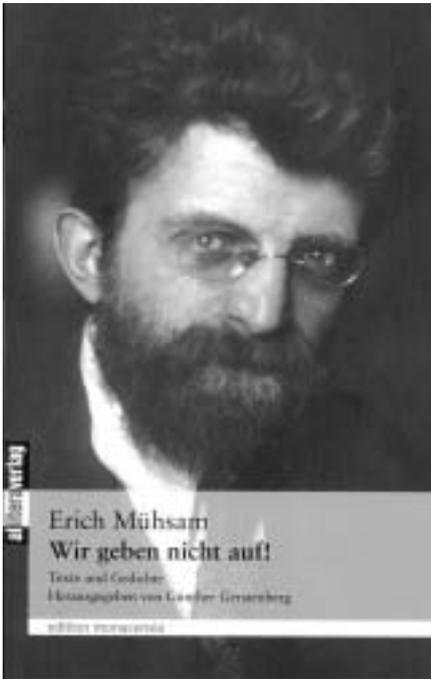
ARBEITERWELT

**INFORMATIONSORGAN
DES PROJEKTS
ARBEITERPARTEI**

Probeausgaben gegen 1 Euro
Rückporto anfordern unter:

**Projekt Arbeiterpartei e.V.
Postfach 3023
37020 Göttingen**

Erich Mühsam – Dichter, Revolutionär, Anarchist



Als Schwabinger Bohemien, Dichter, Kabarettist, der auch in der Revolution 1918/19 dilettierte, ist Erich Mühsam den meisten bekannt. Auch als ernst zu nehmenden Politiker stellt ihn Günther Gerstenberg kritisch und liebevoll vor.

Nach Ausbruch des 1. Weltkriegs stellte Mühsam seine Monatszeitschrift „Kain, Zeitschrift für Menschlichkeit“ „während der Dauer des Kriegszustandes“ ein: „Nachher werde ich wieder auf dem Plan sein, um die Wege zu Frieden und Glück suchen zu helfen. Möge es bald sein!“ (S. 109)

Leidenschaftlich begrüßte Mühsam die Revolution am 7. November 1918 in München: „Wir Vorderen, die wir uns stets als Schrittmacher der Zukunft zwischen unwegsamem Geröll, im Stich gelassen von der Welt, die wir liebten, ein wenig lächerlich wussten vor den Weisen und Abgeklärten, deren Herz nie tut, was nicht der Kopf erwogen hat...“ (S. 113). Weise und abgeklärt war Mühsam nicht. Besonders wenig in der Zeit der Münchner Räterepublik. Deren Ausrufung am 6./7. April 1919 unterstützte Mühsam ohne daß sein Kopf erwogen hatte, wie isoliert die Münchner Revolutionäre in Bayern und im Reich waren, wie unterlegen gegenüber den Kräften der Konterrevolution.

Die Mehrheits-Sozialdemokraten, die in München die Ausrufung der Räterepublik ebenfalls forderten, liefen zur Regierung Hoffmann über.

An ihrer Spitze Ernst Schneppenhorst, Kriegsminister dieser Regierung. In den anderen bayrischen Großstädten blieb es im wesentlichen ruhig. Nur einige kleinere Orte in Oberbayern wie Rosenheim, Kolbermoor, Endorf folgten dem Beispiel Münchens. Doch militärische Unterstützung konnte von dort nicht kommen. Die bayrische Landes- und die Reichsregierung sammelten Truppen, teilweise Freikorps, zur Einschließung Münchens und zum Sturm in den ersten Maitagen. Die Rote Armee war unterlegen an Zahl, schweren Waffen und Munition. Trotz zähen Widerstands vor allem in den Arbeitervierteln wurde die Revolution blutig niedergeschlagen. Im anschließenden Gemetzel der siegreichen „Weißen“ wurden rund 1000 Revolutionäre (und solche die dafür gehalten wurden) niedergemacht.

Mühsam war schon bei einem konterrevolutionären Putsch am 13. April 1919 gefangen genommen worden. Was er später als „ein(en) verfrühter Akt ohne ausreichende Vorbereitung“ (S. 51) erkennt, büßte er bis Ende 1924 in Festungshaft. Erst als die bayrische Regierung den Putschisten Adolf Hitler nach rund 1 Jahr frei ließ, wurde auch Mühsam entlassen. So ausgewogen verhielten sich bayrische Staatsregierungen schon damals

Politische Analyse war Mühsams Stärke nicht. Er war wohl mehr Moralist als Politiker. Doch dies war er konsequent, leidenschaftlich und ohne jede Rücksicht auf seine Person; häufig mit Gespür für richtige Entscheidungen. Nach seiner Entlassung engagierte sich Mühsam nicht nur in der „Anarchistischen Vereinigung“ (aus der er später ausgeschlossen wurde) sondern auch und vor allem in der Roten Hilfe. In vielen Redereisen setzte er sich für die Freilassung

politischer Gefangener wie z. B. von Max Hoelz ein.

Gegen die Nazis, deren Gefährlichkeit er früh erkannte, vertrat er eine Einheitsfrontpolitik mit Kommunisten und Sozialisten, was ihm von vielen in der „Anarchistischen Vereinigung“ verübelt wurde.

Auch in der Roten Hilfe setzte sich Mühsam (bis zu seinem Ausschluß) für Überparteilichkeit und gegen die Spaltertätigkeit der Thälmann-KPD ein: „Die Rote Hilfe ist und muß sein eine Klassenkampforganisation ohne bestimmte politische Programmbildung. (...) so haben die Richtungskämpfe des klassenbewußten Teils des Proletariats keinen Raum in der Solidaritäts-Organisation der revolutionären Arbeiterschaft.“ (S. 165)

Hier teilte Mühsam Positionen der KPD-O doch ohne ihr je anzugehören. Er war zwar 1919 in die KPD eingetreten, doch nach wenigen Wochen verließ er sie wieder. Es war wohl das beste für beide Teile.

Nach dem Reichstagsbrand wurde Mühsam verhaftet. Die Nazis schleppten ihn durch mehrere Gefängnisse und Lager und ermordeten ihn nach unsäglichen Mißhandlungen am 10. Juni 1934 im KZ Oranienburg.

Die deutsche Arbeiterbewegung verlor einen ihrer mutigsten und konsequentesten Vorkämpfer. Die Erinnerung an ihn wach zu halten, ist ein Verdienst des Buches:

Erich Mühsam, Wir geben nicht auf!
Texte und Gedichte, Herausgegeben von Günther Gerstenberg
Edition monacensia im Alliteraverlag,
Juni 2003, ISBN 3-8330-8007-8
14,90 Euro
Die Seitenangaben in obigem Text beziehen sich auf diese Ausgabe.

Der unbeirrbar Realist

Eine aufschlußreiche Autobiographie von Willi Sitte

Umfangreiche Selbstdarstellungen zeitgenössischer Künstler besitzen Seltenheitswert. Umso bemerkenswerter erscheint die von Gisela Schirmer herausgegebene Autobiographie von Willi Sitte, einem Künstler, der zu den herausragendsten Vertretern des gegenwärtigen Realismus zählt.

Der 1921 im nordböhmischen Kratzau geborene Willi Sitte wuchs in bescheidenen Verhältnissen als fünftes von sechs Kindern auf. Sein Vater, gelernter Zimmermann, gründete einen Gartenbaubetrieb. Das Zeichentalent seines Sohnes fiel bereits in der Schule auf, obwohl er keine besonders guten Zeugnisse erhielt. Ein Teppichfabrikant förderte ihn und übernahm die Kosten der künstlerischen Ausbildung. So konnte er eine private Kunstschule in Reichenberg besuchen. Entscheidende Eindrücke fand er bei Albrecht Dürer.

Doch zunächst macht der Krieg einen Strich durch alle Pläne. Als Infanterist wurde er am Donezbecken schwer verwundet und erkrankte mehrfach. In Italien schlug sich der Kriegsgegner auf die Seite der Partisanen. In Mailand stellte eine Galerie erstmals Zeichnungen von ihm aus. Nach Deutschland zurückgekehrt, ließ sich Sitte in Halle nieder, wo er als Zeichenlehrer an der Kunsthochschule von Burg Giebichenstein wirkte. Er setzte sich mit der gegenstandslosen Kunst auseinander, sah aber sei-

ne eigene Zukunft im Realismus. Zu seinen Vorbildern zählten Max Ernst, Max Beckmann und Otto Dix. Die gegenständlichen Phasen im Werk von Pablo Picasso hatten es Sitte besonders angetan.

Auf Burg Giebichenstein bemühte er sich um die Zusammenarbeit unterschiedlicher Disziplinen. So kam es zur Gründung mehrerer Werkstätten für Kunsthandwerker. Obwohl er sich im Kunstbetrieb der DDR erfolgreich durchsetzte, wurde er als angeblicher Formalist getadelt. Sitte erhielt Parteistrafen und Rügen. Trotzdem kam es 1974 zur Wahl als Präsident des Verbandes der bildenden Künstler in der DDR, zu dem 4.000 Mitglieder zählten. Sitte setzte freie Wahlen für die Verbandsleitungen und die Selbstverwaltung der Organisationen durch. Da er tatkräftig die Interessen von Kollegen und Studenten wahrnahm, kam es zu Konflikten mit den Spitzenfunktionären der SED.

Gisela Schirmer setzt sich ausführlich mit den Schwierigkeiten auseinander, die auf Sitte zukamen. Doch für gewisse, selbsternannte Bürgerrechtler und Wendehälse zählte das nach 1989 nicht mehr. Wer Spitzenämter eingenommen hatte verfiel der Reichsacht. Ausführlich beschäftigt sich Gisela Schirmer auch mit der großen Nürnberger Ausstellung, die leider von erzkonservativen Kräften verhindert wurde. Der FAZ-Kritiker

Eduard Beaucamp hat die Kampagne gegen Sitte mit Recht als „schwersten Skandal“ von Kunstzensurmaßnahmen in der Geschichte der BRD bezeichnet.

Im Anhang der Biographie sind wichtige Dokumente aufgelistet, darunter auch negative Protokolle des Stasiapparates über Sitte. Dies und andere Belege zeigen die Konflikte mit der Obrigkeit überdeutlich. Kurz nach Erscheinen der Autobiographie ist übrigens eine „Willi-Sitte-Stiftung für realistische Kunst“ gegründet worden. Maßgeblicher Initiator ist Jürgen Weißbach, Landesvorsitzender des DGB in Sachsen-Anhalt. Die Sammlung umfasst 245 Gemälde, 180 Druckgrafiken und 1.050 Handzeichnungen. Sitz der Stiftung ist Merseburg, wo sich die Beschwörungsformeln der Merseburger Zaubersprüche befinden. Die Eröffnung der Sitte-Stiftung ist für Ende 2005 vorgesehen. Es wäre noch anzumerken, dass in der alten Bundesrepublik mehrere Ausstellungen seit der Wende stattfanden und seinen Ruf als großen Realisten auch im Westen bestätigten.

Horst Hartmann

Gisela Schirmer: „Willi Sitte – Farben und Formen“.
Eine Autobiographie, 497 Seiten,
gebunden,
29,70 Euro. Verlag Faber & Faber,
Leipzig.

Die Schätze heben

Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Ein Sammelband zu Ehren von Jörg Wollenberg

Eine Bewegung, die sich ihrer sozialen Erfahrungen berauben, ihres sozialen Gedächtnisses enteignen und sich die Deutungen ihrer eigenen Geschichte diktieren läßt, rutscht auf der schiefen Ebene der Selbstpreisgabe

Dem will ein Sammelband entgegenwirken, der jetzt zu Ehren von Jörg Wollenberg erschien, der mit dem Ende des Sommersemesters 2002 an der Universität Bremen emeritiert wurde. Er hat in Jahrzehnten als Leiter von Instituten der Erwachsenenbildung, als Referent der Gewerkschaft-

ten und als Professor für Geschichte der Arbeiterbewegung dafür gewirkt, verschüttete Hoffnungen und aufschlußreiche Erfahrungen aus der Arbeitergeschichte in die Erinnerung zurückzuholen, unbequeme historische Tatsachen ans Licht zu bringen und der manipulierten Geschichtsver-

bergab. Im sozialen Gedächtnis der Arbeiterbewegung hat sich seit dem Untergang des staatlichen Sozialismus eine Erinnerungsschwäche ausgebreitet, die von der neoliberalen Geschichtslosigkeit noch forciert wird.

gessenheit den Kampf anzusagen. Dem Band liegen die Vorträge einer von ihm initiierten Tagung »Regionalgeschichte und deutscher Faschismus« vom April 2002 zugrunde. Sie wurde von der Bremer Universität, der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, dem DGB Bremen,

der GEW und der IG Metall, der Bremer Volkshochschule und der Bildungsgemeinschaft »Arbeit und Leben« gemeinsam getragen. Das Spektrum der 22 Autoren umfaßt Historiker, Sozialwissenschaftler, Gewerkschaftsfunktionäre und Pädagogen im gewerkschaftlichen Bildungsbereich. Auch der Jubilar befindet sich unter den Autoren. Das gemeinsame Anliegen ist es, historische Erfahrungen der Arbeiterbewegung zu vergegenwärtigen.

Die Beiträge gliedern sie in vier Komplexe. Der regionale Aspekt drückt sich darin aus, daß Hamburg, Bremen und der nordwestdeutsche Raum bevorzugter Gegenstand sind, insbesondere im ersten Teil, wo es um das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Bourgeoisie zum deutschen Faschismus geht. Karl Heinz Roth skizziert hier noch einmal das praktische Verhalten der Großbourgeoisie der freien Hansestädte im Faschismus, das keineswegs der legendierten Distanz entsprach. Ludwig Eiber analysiert das Verhalten der Hamburger Arbeiter, besonders der Hafen- und Werftarbeiter, während Jörg Wollenberg die Arbeiterbewegung in den Hochburgen Bremen und Nürnberg vergleicht. Im zweiten Teil werden die Lebenswege von Arbeitern und Arbeiterdichtern nachgezeichnet. Der dritte Teil beschreibt, vorzugsweise an Beispielen aus der politischen Bildung, die Funktionsweise des sozialen Gedächtnisses im Verhältnis zur Geschichte.

Wie es mit dem sozialen Gedächtnis der Arbeiterbewegung nach 1989 steht, thematisiert der vierte Teil anhand früherer Umbrüche. Arno Klönne untersucht den Geschichtsbruch im Ersten Weltkrieg, Karl Heinz Roth den Untergang der Gewerkschaften 1933 und Frank Deppe die Befreiung vom Faschismus 1945. Zwei Beiträge wenden sich den sozialen Umbruchserfahrungen von 1989/91 zu und untersuchen als deren fatale Folge den Verlust des sozialen Gedächtnisses der Gewerkschaften.

Detlef Hensche schreibt: »Die Theologie unserer Tage duldet keine differenzierte Betrachtung!« Dem Druck und der Dogmatisierung der herrschenden Meinung könnten sich auch die Gewerkschaften nicht entziehen. Utopien »sind angeblich verbrannt, ökonomisch nicht machbar, historisch widerlegt«. Die Tabus des öko-

nomischen Mainstreams beträfen selbst innerkapitalistische Alternativen zur neoliberalen Politik.

Nicht, daß die Gewerkschaften dem Triumph der vermeintlichen Alternativlosigkeit nichts entgegenzusetzen hätten, aber dieser Druck fördere Illusionen und Furcht. Zwischen der gewerkschaftlichen Rhetorik und der Bereitschaft, die eigenen Kräfte für politische Fragen zu mobilisieren, klaffe ein Widerspruch. Hensche verweist auf die Sozialerfahrungen aus der Zeit der Prosperität. Sie ließen politische Neuordnungsvorstellungen ins Hintertreffen geraten. Aber gerade das politische Mandat der Gewerkschaften sei heute gefragt. In Frankreich, Österreich, Griechenland, Italien und Spanien fänden gewerkschaftliche Massenaktionen gegen Renten- und Sozialkürzungen statt, die partiell auch erfolgreich sind. »Um politisch überzeugungskräftig zu sein, bedarf es freilich der konzeptionellen Perspektive, d. h. der Alternative zum marktradikalen Umbau der Gesellschaft.« Nur wenn sich die Arbeiterklasse ihrer eigenen sozialen Erfahrungen in der Geschichte erinnere, werde sie ihre Bedürfnisse und Interessen auch in konkreten Alternativen artikulieren können. »Das geschichtliche Bewußtsein der Arbeiterbewegung ist prekär, man möchte sagen, fast von Natur aus, da andere die Geschichte schreiben. Das Erinnerungsvermögen ist auch nicht erst 1989 verlorengegangen ... Nunmehr weht der kalte Wind der Normalität eines Kapitalismus, der sich anschickt, alle Poren der Gesellschaft zu durchdringen.« Dem zu widerstehen erfordere Kräfte und nicht zuletzt Erkenntnisse, die in der eigenen Vergangenheit liegen.

Werner Röhr, *junge Welt* vom
13.12.2003

Arno Klönne, Karl A. Otto, Karl Heinz Roth (Hg.): *Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung.* VSA Verlag, Hamburg 2003, 316 S., 20,40 Euro. ISBN 3-89965-039-5

Anmerkung der Redaktion zum Buch *Fluchtpunkte*.

Anläßlich der Neuerscheinung des Buches lud die IG Metall zu einer Veranstaltung ins Gewerkschaftshaus. Etwa 50 Gewerkschafter, meist

linke SPDler, waren gekommen. Einige Autoren stellten ihre Beiträge vor, darunter Jörg Wollenberg sein Kapitel: »Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung«. Horst Klaus, früher 1. Bevollmächtigter der IGM in Nürnberg, stellte sein Kapitel: »Außenseiter und Repräsentanten« vor: »Auf den Spuren der Nürnberger Metallarbeiter Karl Grönsfelder und Otto Kraus«. Horst Klaus war in den fünfziger Jahren in den Triumphwerken Weggefährte von Karl Grönsfelder gewesen.

Anschließend bringen wir die Kurzbiographie unseres Genossen Karl Grönsfelder, entnommen dem Buch von Theodor Bergmann »Gegen den Strom«, Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschland Opposition (KPO).

Karl Grönsfelder

Geb. 18. Januar 1882 in Frankfurt/M., Mechaniker. Sohn eines Kut-schers, verbrachte Kindheit und Jugend in Bartenstein/Württemberg bei seinen Großeltern. Nach der Volksschule Lehre. Nach Wanderjahren blieb er in Nürnberg und begann in einer Bogenlampenfabrik als Metallarbeiter. 1908 Mitglied des DMV und der SPD, in der er bald zum linken Flügel gehörte. Im Krieg als Facharbeiter reklamiert, brauchte er nicht an die Front zu gehen. 1917 trat er der USPD bei, Ende Januar 1919 Mitbegründer der KPD in Nürnberg. 1920 wurde er zum Betriebsrat bei MAN gewählt, Februar 1920 Delegierter zum 3. Parteitag der KPD. 1921 Delegierter zum 3. Weltkongress der K1, hielt er sich mehrere Monate in der SU auf. Auf dem 8. Parteitag der KPD Anfang 1923 gehörte er zu den Anhängern Brandlers, wurde in die Gewerkschaftskommission und die Zentrale gewählt. 1921-1924 war er Vorsitzender der BL Nordbayern, 1923-1928 Abgeordneter im Landtag; 1926 wurde er Landessekretär der KPD in Bayern, 1928 Gewerkschaftssekretär der BL. Nach 1928 geriet er in Opposition zur neuen Parteilinie. Nach dem 1. Reichskongress der RGO Ende 1929 begann er, sich mit seinen Freunden der KPD(O) anzunähern, wurde Anfang 1930 mit mehreren Nürnberger Betriebsräten aus der KPD aus-

geschlossen. Die meisten von ihnen schlossen sich bald der KPO(O) an. Er war von 1930-1933 arbeitslos und übernahm die Leitung der KPD(O) in Nürnberg und Nordbayern. Trotz der Umstellung auf die Illegalität im Januar und Februar 1933 wurde die KPD(O) in Nürnberg bereits im April 1933 zerschlagen. Er wurde am 12. April 1933 verhaftet, am folgenden Tag ins KZ Dachau gebracht. Im März 1935 wurde er entlassen, bis Ende

1935 unter Polizeiaufsicht gestellt. Erst 1937 fand er Arbeit bei den Triumph-Werken. Am 1. September 1939 wurde er bei Kriegsbeginn erneut verhaftet, jedoch von der Firma reklamiert und nach einigen Tagen freigelassen. Nach 1945 arbeitete G. mit am Wiederaufbau der IG Metall, wurde 1946 Betriebsrat, behielt diese Funktion bis zur Pensionierung 1955. 1946 trat er der KPD bei, wurde 1947 Mitglied der BL Bayern. Im Septem-

ber 1949 wurde er als Brandlerianer und Titoist erneut aus der KPD ausgeschlossen. 1947/1948 hatte er enge Kontakte zur GAP aufgenommen, organisierte dann ihre Nürnberger Ortsgruppe (ca. 50 Mitglieder). Als nach 1959 Teile der GAP zur SPD übertraten, folgte er ihnen nicht, sondern versuchte, die Nürnberger Gruppe zu konsolidieren. Er starb am 20. Februar 1964.

(Grebing, 333/334)

Antifaschistische Literatur und Zensurmaßnahmen in Ostdeutschland

Themen des Buches sind nazistischer Terror, antifaschistischer Kampf, KPD-Historie, politische, literatur- und geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzungen mit diesen Komplexen. Barck befasst sich im ersten Kapitel mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und dem VVN-Verlag. Bei den Ende der 40er Jahre einsetzenden, zunächst internen Angriffen von SED-Seite auf die VVN ging es letztlich darum, die unterschiedlich zusammengesetzte, eigenständige und dem Kurs der Nationalen Front abholde Organisation durch ein der Parteispitze unterworfenen Gremium zu ersetzen, was 1953 auch geschah. Die Zentraleitung der Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer (KAW) entsprach den SED-Vorstellungen. Die Autorin stellt Veröffentlichungen des VVN-Verlages über Faschismusgegner wie Liselotte Hermann vor und beschreibt Zensurakte gegen Publikationen, in denen KZ-Zustände wahrheitsgetreu, also nicht als einmütiger, kommunistisch geführter Kampf wider die Unterdrücker geschildert wurden. Eine der Maßnahmen richtete sich gegen „Goethe in Dachau“ von Nico Rost. Sie hatte zur Folge, dass das bemerkenswerte Buch bis zum Ende der DDR nur einmal, 1948, erschien. Die Autorin legt Details des Konflikts dar, in dem die Feuilletonchefin der „Berliner Zeitung“, Susanne Kerckhoff, den holländischen Widerstandskämpfer der „Feindseligkeit gegenüber dem polnischen Volk“ bezichtigte und Stephan Hermlin ihr in der sowjetamtlichen „Täglichen Rundschau“ entgegnetrat.

(S. 45 ff.) Ebenso wenig wie in diesem Fall wird bei der Verhaftung und Ausweisung Rosts 1951 klar, wer hinter der Verfolgung stand.

Hauptgegenstand des zweiten Kapitels ist das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück (FKL). Die Verfasserin erörtert den Fall der angeblichen KZ-Kommandantin Erna Dorn, die am 17. 6. 1953 in Halle aus der Haft befreit wurde und hierauf Boykottetze gegen die DDR betrieben haben soll. Tatsächlich hatte Dorn nie eine Kommando-Funktion ausgeübt, konnte ihr auch sonst nichts nachgewiesen werden. Um den von Seiten der SED-Führung behaupteten Charakter des 17. Juni als „faschistischer Putsch“ zu belegten, wurde die geistig verwirrte Frau als NS-Verbrecherin prozessiert und hingerichtet. Es gibt Zeitgenossen, die der zurechtgezimmerten Legende heute noch Glauben schenken. Hermlin hat ihr 1954 mit seiner Erzählung „Die Kommandeuse“ leider längeren Atem verschafft. Da er zugleich ein glaubhaftes Lebensbild dieser Person entwarf, warf ihm das SED-Funktionärsorgan „Neuer Weg“ indes vor, „unserer Arbeiter- und Bauernmacht keinen guten Dienst erwiesen“ zu haben. „Was gehen uns die komplizierten Seelenkrämpfe solcher Bestien an? (Gibt es keine wirkungsvolleren Mittel, um den faschistischen Charakter des Puschversuchs zu beweisen?)“ (S. 85)

Barck gibt die Geschichte der FKL-Chronistin Erika Buchmann wieder, der die 1959-1963 in 120 000 Exemplaren aufgelegte Darstellung „Die Frauen von Ravensbrück“ zu

verdanken ist. Durch eigene Initiativen wie eine Häftlingsreise zu Kameradinnen in der UdSSR zog sich Buchmann den Zorn der sich übergeben fühlenden KAW-Zentraleitung zu. Diese bootete sie, als es um die überarbeitete Neuausgabe ihres Werkes ging, schlicht aus. Das neue Buch war teilweise phrasenhaft und stilistisch schlechter. Die Autorin geht auf die mit Buchmanns Hilfe erarbeitete „Ravensbrücker Ballade“ von Hedda Zinner 1961 und das Scheitern einer Fernsehverfilmung ein. Beim X. DDR-Schriftstellerkongress im November 1987 kam Zinner auf die zugrunde liegenden Differenzen zu sprechen. Sie warf dem Chef der Zentraleitung Otto Funke vor: „Wer *anstelle* von Kunst die dokumentarische Bestandsaufnahme oder gar die konfliktlose Heroisierung fordert - Heroisierung ist der schlimmste Feind des Heroischen! -, schadet, indem er die Interessen der Antifaschisten zu wahren vorgibt, dem Antifaschismus. Wer, gestützt auf antifaschistische Sachkompetenz, antifaschistische Kunst verhindert oder behindert..., zerstört eine der geistigen und gefühlsmäßigen Grundlagen, auf denen unsere Gesellschaft beruht.“ (S. 107)

Abschließend werden drei Fälle von Zensurpraxis genannt: die langjährige Unterbindung einer Zweitausgabe des Buches von Robert Merle, „Der Tod ist mein Beruf“, über Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß; die Entfernung des Vorworts von Hermann Langbein, Generalsekretär des Internationalen Aus-

chwitz-Komitees, aus der tschechischen Darstellung „Die Todesfabrik“, weil er konstatiert hatte: „Es gibt leider noch immer in verschiedenen Ländern Konzentrationslager“ (S. 112); die Verhinderung der Neuauflage einer wissenschaftlichen Arbeit „Zur Psychologie des deutschen Faschismus“, weil psychologische Erklärungen „für die sozialistische Bewusstseinsbildung ein Hindernis“ seien. (S. 118)

Im dritten Kapitel behandelt Barck die 1946 von Ricarda Huch begonnene Materialsammlung und Publikation von Lebensbildern aktiver Nazigeegner. Nach dem Tode der Historikerin hat Günther Weisenborn ihr Material mit für sein Buch „Der lautlose Aufstand“ von 1953, die erste umfassende Arbeit über die Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung, verwendet. Darin waren alle Richtungen erfasst. Das Buch fand bei führenden DDR-Kreisen ein negatives Echo und wurde hier nicht veröffentlicht. Die Verfasserin stellt Hermlins im Auftrag von VVN, FDJ und SED erarbeitete Porträtsammlung junger Widerstandskämpfer „Die erste Reihe“ von 1951 und das Quellenwerk „Damit Deutschland lebe“ von Walter A. Schmidt 1959 vor, das wegen ungenügender Behandlung der „führenden Rolle der KPD“ auf Kritik stieß und keine Zweitaufgabe erlebte. Härter drangenommen als Schmidt wurde der prominente Buchenwald-Häftling Walter Bartel wegen seiner Darstellung der Jahre 1933-1945 im „Lehrbuch der Politischen Grundschulen der SED“, in der er ebenfalls die „führende Rolle“ ungenügend gewürdigt, Hitlers Machtübernahme als historische Niederlage der Arbeiterbewegung und Ausdruck subjektiven Versagens auch der KPD gewertet und Thälmann mangelnde theoretische Bildung nachgesagt hatte. (S. 142 f.) Wegen geringerer „Vergehen“ stieß die Arbeit eines Nachwuchs-Historikers über den Widerstandskampf in Mitteldeutschland auf Kritik. Wiederholt wurde sozialistischen Geschichtsforschern angekreidet, sie hätten den durchgehend großen Einfluss des in Moskau sitzenden KPD-Zentralkomitees um Pieck und Ulbricht auf den innerdeutschen Widerstand nicht gebührend berücksichtigt. Dabei gab es über Jahre hinweg keine oder nur

geringe Verbindungen zwischen Illegalen und der Auslandsführung, was für den Kampf oft von Nutzen war. Das Verdienst der im Lande Tätigen wurde amtlich dennoch darin gesehen, dass sie brav am fernen grünen Tisch gefasste „zentrale Beschlüsse“ umgesetzt hätten. (S. 149)

„Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne“, der autobiographische Widerstandstext des Arbeiters Friedrich Schlotterbeck von 1948, war verdienstvoll. Erwähnenswert ist das Schicksal, das der Verfasser und seine Frau danach erlitten. Beide hatten ab 1946 die SED-Spitze vor dem angeblichen US-Agenten Noel H. Field „gewarnt“. Doch wurden sie später aus der Partei ausgeschlossen, zur Wismut strafversetzt und 1954 wegen „verbrecherischer Beziehungen“ zu Field zu Zuchthaus verurteilt. (S. 138 ff.)

Die Autorin erörtert Inhalt und Entstehungsgeschichte des unvollendet gebliebenen Romans „Die Patrioten“ von Bodo Uhse, der wesentlich auf authentischem Material über die Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe beruht. Sie teilt mit, dass 1945 Greta Kuckhoff Zuständigen die Bitte Harnacks übermittelte, man möge die von der sowjetischen Aufklärung verursachten „ernsten Fehler zu Beginn des Krieges“ überprüfen. Hierzu zählten unvorsichtige Funksprüche der Zentrale, die es den Nazis ermöglichen, die führenden Mitglieder der Gruppe – eines wesentlichen Teils der sogenannten „roten Kapelle“ – zu verhaften. (S. 169) Selbstverständlich wurde die Bitte nicht erhört.

Am Schluss des Kapitels berichtet Barck über Schwierigkeiten Bruno Apitz' mit seinem Buchenwald-Roman „Nackt unter Wölfen“, der später zum Bestseller avancierte, und diskriminierende Anmerkungen von rechts nach 1989 zu dem Roman. Zugleich verweist sie auf die Verhinderung von DDR-Ausgaben der Bücher Primo Levis und Fania Fenelons durch die KAW-Zentralleitung, die solche Art KZ-Literatur „politisch unzuverlässig und falsch“ fand.

Kapitel vier ist Problemen der Geschichte der Arbeiterbewegung gewidmet, zuerst den ab 1945 von der KPD-Führung geforderten Biographien über Thälmann, Pieck und Ulbricht, die auftragsgemäß sämtlich von Schriftstellern aus der sowjeti-

schen Emigration verfasst wurden. Fritz Erpenbeck stieß mit seinem Lebensbild über Wilhelm Pieck kaum auf Schwierigkeiten. Die Schrift von 1951 ist ergänzungsbedürftig, aber heute noch lesbar. Die Autorin muss dafür gerügt werden, dass sie Eduard Fuchs nur als „bekanntem sozialdemokratischen Kulturredakteur und Kunstexperten“ vorstellt, nicht auch als Kommunisten und Mitglied der KPD-Opposition. Sie hat sich die Mühe erspart, zu ergründen, warum Fuchs 1929 Pieck die Freundschaft kündigte. (S. 202 f.) Er vermochte es nicht, weiter in der vollends stalinisierten KPD zu bleiben.

Mit der Abfassung des Thälmann-Lebensbilds war Willi Bredel betraut worden. Er bekannte wiederholt, über seine Schreibbemühungen unzufrieden zu sein. Das Ganze sei „eine für unsere Verhältnisse und unsere Kräfte unlösbare Aufgabe“. Bredel hat so oft wie möglich Thälmann zitiert: „Aber es war wahrhaftig nicht leicht, die jeweils passenden und noch tragbaren Aussprüche zu finden.“ Gutachter Rudolf Lindau mokierte sich über „politische Fehler und sachliche Unrichtigkeiten“ im Manuskript. (S. 197) Während Bredels Schrift 1948-1952, auch dank vieler SED- und FDJ-Propagandisten, in 250 000 Exemplaren vertrieben wurde, scheiterte Lindau daran, eine wissenschaftliche Thälmannbiographie zustande zu bringen. Er meinte, ohne bisher fehlende Dokumente und ohne „fixierte Stellungnahme der Parteiführung“ könne die Arbeit nicht geleistet werden. (S. 198)

Nach Bredels Buch und einem von ihm und Michael Tschesno-Hell erarbeiteten Szenario drehte Kurt Maetzig die 1954 und 1955 uraufgeführten DEFA-Filme „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ resp. „Führer seiner Klasse“. Wie tief die beste deutsche Filmgesellschaft damit gesunken war, haben manche Zeitgenossen bis heute nicht begriffen. Der Autorin blieben wichtige Details unbekannt. Zwar erwähnt sie Ulbrichts Herumredigieren im Text, so die Hinzufügung einer frei erfundenen Szene über die erste Begegnung Thälmann-Stalin, einer Szene, die nach dem XX. KPdSU-Parteitag herausgeschnitten wurde. (S. 199) Doch sagt sie nichts über weit gröbere Geschichtsfälschungen.

Pechvogel unter den Lebensbildnern war Johannes R. Becher, der über Ulbricht schreiben musste. Nicht nur, dass das zu dessen 60. Geburtstag 1953 geplante Werk des 17. Junis wegen liegen blieb. Ab 1956 beim Parteichef in Unnade, fehlten dem Dichter schlichtweg zündende Worte über den Oberbürokraten der SED. Becher starb 1958. Ein Autorenkollektiv aus Lotte Ulbricht und Otto Gottsche krönte sein Opus mit einem Schlusskapitel „Die Gewissheit des Sieges“, das – wie Barck anmerkt – alle gängigen Klischees über W. Ulbricht bedient. (S. 205 f.)

Aufschlussreich ist ihr Bericht über die unter Ulbricht von hohen Parteihistorikern erarbeitete achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, die 1966 erschien. Barck behandelt Band 5 über die Zeit der Hitlerdiktatur. Auch auf ihn wirkte sich die mit unter dem Eindruck auswärtiger Kritik – so Hermann Webers – an der ursprünglich geplanten Geschichtsklitterung getroffene Entscheidung Walter Ulbrichts von 1964 aus, über Vergangenes fortan (mit Abstrichen) die Wahrheit zu sagen und die Namen früherer „Unpersonen“ zu nennen. Der voll auf stalinistische Dogmen festgelegten Rek-

torin der Parteihochschule Hanna Wolf erklärte der Erste Sekretär des ZK der SED, es bleibe nichts anderes übrig, als wissenschaftlich zu analysieren, denn „wir kämen nicht mehr so einfach weg wie bisher“. Die Verfasserin hat gleichwohl damit Recht, dass die Neuerungen in der Geschichtsschreibung keine Abrechnung mit stalinistischen Zügen in der eigenen Partei bedeuteten oder zur Folge gehabt hätten. (S. 226 f.)

Im fünften Kapitel stehen Erinnerungen Charlotte Bischoffs an ihre als Abgesandte der KPD-Spitze begonnene illegale Arbeit 1941-1945 in Berlin und hierauf basierende Abschnitte von Peter Weiss' „Ästhetik des Widerstandes“ zur Debatte. Bischoffs Erinnerungen zählen zu den insgesamt 2500 Berichten von Genossen, die für das Archiv des Marx-Engels-Lenin-Instituts (später Institut für Marxismus-Leninismus) beim ZK bestimmt waren, dort aber – zum Leidwesen Franz Dahlems (S. 232) – eingespart blieben. Sie sind bis heute nur ansatzweise erschlossen. Bischoffs Rapport und dessen literarische Aufbereitung durch Weiss vermitteln u. a. Einblicke in das Verhältnis zwischen Herbert Wehner und Karl Mewis, die beide zeitweise in

schwedischer Emigration für die illegale Arbeit in Deutschland verantwortlich waren. Nächsten anderen Genossen schickten sie Charlotte Bischoff ins Reich, ohne ihr auftragsgemäß zu folgen.

Das im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts entstandene Buch birgt erklärtermaßen Lücken und bedürfte der Fortschreibung über die 70er und 80er Jahre. Es gibt dankenswerterweise Auskunft über eine Vielzahl oft wenig bekannter Vorgänge der Geschichte wie ihrer historiographischen und literarischen Aufbereitung, ebenso über den politischen Streit in der DDR über das tatsächliche resp. amtlich gewollte Bild vom Widerstand gegen Hitler. Wäre die Auseinandersetzung zugunsten generell wahrheitsgetreuer Darstellung aller Kräfte und Facetten des Widerstandes ausgegangen, was leider nicht der Fall war, hätte das den zweiten deutschen Staat gestärkt. Die Arbeit Simone Barcks ist positiv zu werten.

Fred Wilm

Simone Barck: Antifa-Geschichte(n). Eine literarische Spurensuche in der DDR der 1950er und 1960er Jahre. Böhlau Verlag Köln-Weimar-Wien 2003, geb., 275 Seiten, 34,90 Euro

Ulbrichts Chefagitator

Beginnend 1995 mit einer Ulbricht-Biographie, ist der einstige Mitarbeiter des SED-Apparats Norbert Podewin inzwischen mit mehreren Lebensbeschreibungen maßgeblicher Parteiführer aus DDR-Zeiten hervorgetreten. Die über Albert Norden erschien erstmals 2001 und hat, was in diesem Genre selten ist, 2003 ihre Zweitaufgabe erlebt. Von anderen aus der alten KPD kommenden Spitzenpolitikern im ostdeutschen Staat unterschied sich Norden in manchem. Auch er war Parteisoldat, aber ein hochgebildeter, der in geschliffenem Deutsch zu reden und zu schreiben verstand. Kapitalistischen Gegnern rückte vehement zu-leibe. Sein Sozialismusbild war und blieb naiv.

Der Verfasser würdigt Vater Joseph Norden, der Rabbiner und ein

humanistischer Gelehrter war. Sohn Albert trat 1918 der Freien Sozialistischen Jugend, 1920 der KPD bei und wurde bald einer ihrer bekanntesten Journalisten. Später fälschte er bisweilen, wenngleich mit Maßen, die Geschichte, so indem er Thälmann 1925 durch die KPD statt durch die Komintern Parteichef werden ließ. (S. 65 ff.) Norden war als Deutschland-Berichterstatter der „Inprekorr“, Redakteur des „Ruhr-Echos“ und des KPD-Zentralorgans „Die rote Fahne“ aktiv. Er schrieb nach Hitlers Machtübernahme 1933 den letzten Leitartikel dieses Blattes. In den Emigrationsjahren redigier-te er antifaschistische Zeitschriften in Dänemark und Frankreich, war Zeuge beim Londoner Gegentribunal zum Reichstagsbrandprozess und nahm am Abstimmungskampf gegen Hitler an

der Saar teil. Mitverantwortlich für das Kominternorgan „Rundschau über Politik und Arbeiterbewegung“, fungierte er 1938/39 als Sekretär des von Heinrich Mann präsierten Aktionsausschusses Deutscher Oppositioneller, der den Hitler-Stalin-Pakt nicht überlebte. Kurz vor Kriegsbeginn verfasste Norden sein erstes Enthüllungswerk über „Die wahren Herren Deutschlands“, d. h. die maßgeblichen Großkapitalisten. In New York war der Wortgewandte bald ein bekannter, weil auch in Englisch publizierender Pressemann. Seine Tätigkeit für den 1944 mitbegründeten Council for a Democratic Germany, die Halbmonatszeitschrift „The German American“ und die in Mexiko erscheinende Monats-schrift „Freies Deutschland“ bleibt im Buche unerwähnt.

1946 mit Frau und in den USA geborenem Sohn auf beschwerlichem Wege nach Deutschland zurückgekehrt, wurde Norden 1946 Redakteur beim Zentralsekretariat der SED. 1947 bzw. 1950 veröffentlichte er zwei viel gelesene und mehrfach wiederaufgelegte Bücher, „Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker“ und „So werden Kriege gemacht“. Bei den Kontroversen mit Parteiinstanzen, auf die Podewin verweist, war Neid wegen solcher Erfolge mit im Spiel. Ende 1947 kündigte Norden seinen Posten im Apparat. Er hatte das vorher mit Ulbricht besprochen, der ihn nun in der Volkskongressbewegung einsetzte. Diese war Teil des groß angelegten Unternehmens, einen westdeutschen Staat unter USA-Patronat zu verhindern. Als das gescheitert war, die DDR aber noch nicht existierte, übernahm Norden 1948/49 beim Amt für Information, das im Gebäude des ehemaligen Goebbels-Ministeriums residierte, die Hauptabteilung Presse und die Chefredaktion von „Deutschlands Stimme“.

Podewin widmet sich den Schauprozessen Anfang der 50er Jahre im Ostblock, deren schlimmster der gegen den Generalsekretär der KPÈ, Rudolf Slánský, war. Dem hochgradig antisemitischen Verfahren fiel auch Nordens Freund André Simone (Otto Katz) zum Opfer. Er selbst kam nicht unter die Räder, sondern wurde nur niedriger eingestuft. Der Verfasser führt diese Milde auf Ulbrichts Abneigung dem Antisemitismus gegenüber zurück. Sie habe den SED-Chef bewogen, statt eines Juden das „arische“ Politbüromitglied Paul Merker als „deutschen Slánský“ auszuwählen. (S. 249 ff.) Tatsächlich sah indessen Ulbricht in Merker einen Rivalen, während Norden ihm als Propagandist und Cheffagitator nützte und keine Führungsabsichten hegte. Er wurde kurzzeitig Professor für neuere Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität und verfasste „Zwischen Berlin und Moskau“, ein Buch mit Erinnerungsberichten, in dem auch solche eines ehemaligen KPDO-Mitglieds, Hermann Grothes, vertreten waren. 1954/55 war Norden Sekretär beim Ausschuss für Deutsche Einheit.

Hier, aber auch als ZK-Sekretär für Agitation 1955-1981 und Politbüromitglied 1958-1981 oblag ihm die

Westarbeit, die anfangs ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Regierung Adenauer, für dessen Sturz und die deutsche Einheit stand. In Pressekonferenzen stellte Norden Überläufer aus der BRD vor. Publikationen und mehrere DDR-Prozesse in Abwesenheit der Angeklagten galten ehemaligen Nazis und Hitlerhelfern im Bonner Dienst, darunter Richtern, Staatsanwälten, Spitzen-Politikern bzw. -Beamten wie Oberländer und Globke. Nächste Ulbricht war Norden in der Deutschlandpolitik der wichtigste Mann. Sein Biograph hat es leider versäumt, jene aus dem Reservoir der alten KPD überkommene, nationalistisch getönte Argumentation zu analysieren, wonach Deutschland (nun die BRD) eine vornehmlich vom USA-Imperialismus geknechtete Halbkolonie war, die befreit werden musste. Komprimiert fand sich diese Argumentation in Nordens Reden und Schriften. Im Bemühen, einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Stalin und Ulbricht in der deutschen Frage zu konstruieren, bei dem es um Erhalt oder Nichterhalt der DDR gegangen sei (S. 265 u. 276), begibt der Autor sich auf den Holzweg. Zwar wollte der sowjetische Diktator tatsächlich ein neutrales Deutschland mit hohem Leistungsvermögen für Reparationslieferungen an die UdSSR und hätte dafür die DDR preisgegeben – aber nur in diesem Fall. Da seine Wiedervereinigungsinitiative 1952 am westlichen und Bonner Widerstand scheiterte, schwenkte er um und gab den Weg zum „Aufbau des Sozialismus“ stalinistischen Typs in der DDR frei. Dieser Aufbau war einerseits ein wichtiger Schritt hin zum 17. Juni, half jedoch andererseits den Fortbestand des zweiten deutschen Staates auf längere Zeit sichern.

Mit dem Mauerbau am 13. 8. 1961 stieg das Selbstvertrauen des Gemeinwesens und seiner Regenten. Norden trug hierzu mit dem Entwurf des Nationale-Front-Dokuments „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ 1962 und entsprechender Passagen im SED-Programm von 1963 bei. Sie orientierten auf Fortbestand und allmähliche Annäherung beider deutscher Staaten, um längerfristig deren Vereinigung auf „Grundlage der Demokratie und des Sozialismus“ – d. h. zu Ost-Bedin-

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 142 Winter 2003, 44 S.

- Gerster: Der neoliberales Sonnenkönig
- Zur Gründung einer neuen Linkspartei
- Gewerkschaften am Scheideweg
- Die Klassenoffensive des Sozialabbaus
- Oktober 1923: Eine Legende wird 80
- Nr. 141 Herbst 2003, 44 S.
- Die Niederlage (zum Streik im Osten)
- PDS - Triumph der „Reformlinken“
- GATS - Weltrecht des Kapitals
- Der Putsch in Chile vor 30 Jahren
- China - gestern und heute

Nr. 140 Sommer 2003, 40 S.

- Die alte Sozialdemokratie ist tot
- Steht die PDS vor dem Aus?
- Nach dem Irakkrieg
- Der bittere Weg der POUM
- Um den 17. Juni 1953

Nr. 139. 32. Jg. Frühjahr 2003, 40 S.

- Faustrecht (zum Krieg gegen den Irak)
- Verwirrung der Linken im Fall Nordkorea
- Rechte Anpassungspolitik der PDS
- Gesundheitsreform
- Tarifabschluß im öffentlichen Dienst
- Nr. 138. 31. Jg., Winter 2002, 40 S.
- Aufmarsch der USA gegen den Irak
- PDS: Wahlkampfdebakel und Parteitag
- Innenpolitik nach der Bundestagswahl
- Wohin steuern die Gewerkschaften?
- Arbeitslosigkeit – was tun?
- Georg Elsner (Rezension)

Nr. 137: 31. Jg., Herbst 2002, 40 S.

- Keine Stimme den Kriegsparteien
- Linke Anpassung an bestehende Verhältnisse
- Wege und Holzwege (Klassenkampfaspekte)
- Zur Mehdorns Bahn“reform“
- Nachdruck zum Nahostkonflikt
- Nr. 136: 31. Jg., Sommer 2002, 40 S.
- Der Streik in der Metallindustrie
- Zur Entwicklung in der PDS
- Die Linke in Deutschland
- Vom Handelskapital zur Globalisierung (Rez.)
- Interview mit dem Autor (s.o.)
- Gegenden Strom (Rezension der Neuauflage)
- Abendrothbiographie (Rezension)

Register: 1981 – 1989, 1971 - 1975, 1976 – 1981; zum Preis von je einem €

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

gungen - zu erreichen. (S. 336 f. u. 354) Ein 1966 angestrebter Redneraustausch zwischen SED und SPD und das DDR-Streben nach Vereinbarungen mit der Bonner SPD-FDP-Regierung ab 1969 sollten dem dienen. Letztgenanntes wurde zeitweise von der sowjetischen Führung gestoppt, die den Entspannungs- und Verhandlungsprozess mit der BRD voll von sich aus bestimmen wollte.

Die Publikationstätigkeit unter Nordens Regie ab 1965 würdigt der Verfasser nur am Rande. Er erwähnt das in mehreren Auflagen erschienene Braunbuch über „Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik“ und das Graubuch über „Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland“, ohne näher darauf einzugehen, obwohl sich das bei Erstgenanntem gelohnt hätte. Nordens 1978 in Moskau erschienene Broschüre zum Antikommunismus scheint ihm unbekannt geblieben zu sein, ebenso der bis zur Manuskriptvorlage gelangte Plan eines Buches über Imperialismus, Militarismus und Sozialdemokratie, der wahrscheinlich an der veränderten, auf Kooperation mit Bonn und seiner damals SPD-geführten Regierung gerichteten Westpolitik von

SED und DDR scheiterte. Verwunderlich ist, dass Podewin mit keinem Wort auf den Stuttgarter Prozess der Deutschen Bank und Abs' 1970-1972 gegen DDR-Historiker Eberhard Czichon und den Pahl-Rugenstein Verlag zu sprechen kommt, in dem es um NS- und Kriegsverbrechen des führenden BRD-Bankiers und seines Hauses ging. Mit solchen Fragen hatte sich Norden seit Jahrzehnten befasst, in der „Einheit“ 17/1951 auch unmittelbar mit Abs. Norden unterstand jene Abteilung 70 im ZK-Apparat, die einesteils über Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul auf den Prozess in Stuttgart, anderenteils unmittelbar auf die darauf bezogene Medienpropaganda Einfluss nahm. Ausgerechnet diesen Fall sollte Norden ignoriert haben? Was hinderte ihn am direkten Eingreifen? Podewin muss darüber Bescheid wissen, war er doch als Vertrauensmann von Politbüromitglied Friedrich Ebert an Beratungen und Entscheidungen der Abteilung 70 zum Stuttgarter Prozess beteiligt. In seinem Buch hat er leider auch in anderen Punkten Wichtiges weggelassen, beispielsweise Aktivitäten im Verhältnis zu Israel. So flüssig geschrieben und in vielen De-

tails interessant die Arbeit ist, lässt sie zugleich zu wünschen übrig.

An Ulbrichts Sturz 1971 war Albert Norden nicht beteiligt. Als Folge der DDR-Anerkennung durch die Bundesrepublik verlor er sein wichtigstes Betätigungsfeld – das der Auseinandersetzungen mit Westdeutschland. Es blieben ihm die allgemeine Imperialismuskritik, Arbeit für die nun auf DDR-Probleme beschränkte Nationale Front und den Weltfriedensrat, darunter Teilnahme an internationalen Konferenzen, als Aufgabengebiete. 1981 erschien sein Erinnerungsband „Ereignisse und Erlebtes“. Von Parkinson gezeichnet, bat er ein Jahr später darum, nicht mehr als Politbüromitglied und ZK-Sekretär nominiert zu werden. Honecker entsprach der Bitte, entzog dem alten Mitstreiter Ulbrichts aber außerdem die Mitgliedschaft im Zentralkomitee. Als Parteiarbeiter hochverdient, starb Norden Ende Mai 1982 in Einsamkeit.

Manfred Behrend

Norbert Podewin: Der Rabbinersohn im Politbüro. Albert Norden – Stationen eines ungewöhnlichen Lebens, edition ost, Berlin 2001, 437 S. Zweitauflage 2003, 390 S.

Ein Sisyphus juristischer Aufklärung

Zu Unrecht war Fritz Bauer (1903-1968) jahrzehntelang fast vergessen. Die Historische Kommission für Nassau und der Wiesbadener Landtag taten gut daran, Meuschs überarbeitete Dissertation von 1998 über ihn herauszubringen. Ihr Inhalt übertrifft das, was Titel und Untertitel versprechen. Es geht nicht nur um Auseinandersetzungen mit NS-Verbrechen zu der Zeit, da Bauer Generalstaatsanwalt in Frankfurt/Main war, sondern um seine Gesamtleistung als sozialer Demokrat, antifaschistischer Widerstandskämpfer und im Geist der Aufklärung wirkender Jurist. Zudem behandelt der Verfasser über die Person hinausreichende Vorgänge des Kampfes um Verfolgung und Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher in ganz Westdeutschland. Bauer und seine Mitstreiter waren leider nur zum kleineren Teil erfolgreich: Es gab keinen geraden Weg „von der Diktatur

zur Demokratie“. Wichtige Relikte aus reaktionärer Vergangenheit wirken sich bis heute aus, so in der Haltung der Justiz zum Neofaschismus.

Im ersten Teil hält der Autor biographische Stationen Bauers, des Sohns eines Stuttgarter jüdischen Textilkaufmannes, fest. Hierzu zählten das Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (Ersteres bei Gustav Radbruch), das Amtieren als jüngster deutscher Richter ab 1930 in Stuttgart, Tätigkeit in Reichsbanner und SPD, KZ-Haft und illegale Arbeit zu Beginn der Hitlerdiktatur. 1935 Übersiedlung nach Dänemark, wo Bauer unter deutscher Besatzung mehrmals verhaftet wurde, 1943 Flucht zusammen mit anderen jüdischen Emigranten und mit dänischen Juden nach Schweden, Mitwirken in der dortigen Gruppe deutscher Sozialdemokraten und im Freien Deutschen Kulturbund, Publikation polit-

ökonomischer Schriften, 1944 auch der Arbeit „Die Kriegsverbrecher vor Gericht“. Zurückgekehrt nach Deutschland, war Bauer 1949-1956 Landgerichtsdirektor bzw. Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Braunschweig. Bei großen Teilen des Establishments im rechtslastigen Niedersachsen machte er sich unbeliebt. Als Generalstaatsanwalt in Hessen, dem damals liberalsten Land der Bundesrepublik, hatte er 1956-1968 größere Freiräume.

Der zweite Buchteil ist Bauers mündlicher und schriftlicher, politischer wie juristischer Aufklärungsarbeit gewidmet. Sie zielte auf ein demokratisch-pluralistisches Rechtswesen mit entsprechender Kriminalpolitik ab, die im Gegensatz zur bisher ausgeübten nicht Sühne und Vergeltung, sondern Resozialisierung aller bezweckte, deren Taten wesentlich gesellschaftlichen Umständen ge-

schuldete waren. Eine Ausnahme machte Bauer, wie Meusch mehrfach anmerkt, bei Nazi- und Kriegsverbrechern, die ihrerseits fest in die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft integriert waren. Er trat nicht für Rache ein. Doch war sein Ziel umfassende Aufklärung und angemessene Bestrafung vornehmlich zu dem Zweck, Angehörige der jungen Generation zur Erkenntnis der Wahrheit, zu kritischen Haltungen und der Fähigkeit zum Widerstand zu erziehen, wobei sich dieser gegen Gefahren einer neuen Diktatur von rechts, aber auch gegen Unrecht von Seiten der Nachkriegsgesellschaft zu richten hatte. In der Öffentlichkeit wurde Bauer 1952 weithin durch den Prozess gegen Hitlers Generalmajor Remer bekannt, der die Männer des 20. Juli 1944 als Hoch- und vom Ausland bezahlte Landesverräter diffamiert hatte. Damals wie später arbeitete der Generalstaatsanwalt hochgradig mit wissenschaftlichen Gutachten, um die historischen Umstände zu klären und zu einem Urteil beizutragen, das demokratischer Rechtsprechung entsprach. Entgegen den meisten Politjuristen der BRD, die konservativ-reaktionär waren oder direkt der NS-Justiz entstammten, ging er davon aus, dass die Hitlerdiktatur ein Unrechtsstaat war. Westdeutsche Rechtsextremisten hassten ihn. Provinzgazetten wie etliche CDU- und FDP-Politiker verleumdeten ihn als „Nestbeschmutzer“ und Förderer von Linksextremismus.

Ausführlich stellt der Verfasser die prozessuale Arbeit Bauers und seiner Mitstreiter dar. Weltweit beachtet wurde der durch sie bewirkte, 181 Verhandlungstage dauernde Frankfurter Auschwitzprozess 1963-1965. Hinzu kamen Verfahren gegen „Euthanasie“-Verbrecher zu einer Zeit, als das in der BRD nicht üblich war. Die westdeutsche Justiz hatte vorwiegend den berüchtigten „Schlussstrich unter die Vergangenheit“ gezogen. Über das letzte von Bauer vorbereitete Großverfahren, das gegen höhere NS-Juristen, ist er hinweggestorben. Es wurde niedergeschlagen.

Ungeachtet zeitweiliger Kontakte zu dem antikommunistischen Fanatiker Kurt Schumacher grenzte sich Bauer zwar gegenüber der UdSSR und den Oststaaten ab, war aber zum gemeinsamen Kampf mit Kommunisten gegen Nazi- und Kriegsverbrecher bereit. Vor allem die hessische Gene-

ralstaatsanwaltschaft ist durch die DDR und andere mit Kopien von NS-Urteilen beliefert worden, ohne die ein Prozessführen unmöglich war. Andererseits half Bauer Ostpartnern. Schon in seiner Braunschweiger Zeit war er, was dem Autor entgangen ist, mit Juristen im benachbarten Thüringen zusammengetroffen. Ebenso hielt er Verbindung zu Max Seydewitz, welcher seit der skandinavischen Emigration mit ihm befreundet war. Von einem bestimmten, durch den kalten Krieg gesetzten Moment an sah sich Bauer allerdings des Westens wegen zu größerer Vorsicht veranlasst. (S. 123) Auch in der Amtstätigkeit und bei Interviews war er zu Kompromissen gezwungen. Glücklicherweise wurde erst lange nach seinem Tod bekannt, dass er 1957 als erster von Adolf Eichmanns geheimen Aufenthaltsort und Decknamen in Argentinien erfuhr, hierüber aber nicht die Bundesregierung, sondern den Mossad informierte. Folge waren die Entführung des Spitzenagenten der nazistischen „Endlösung“ nach Israel und der Prozess gegen ihn. (S. 337 ff.) Dienstlich korrektes Verhalten Bauers hätte zu einem langwierigen Hin und Her um ein deutsches Auslieferungsbegehren geführt und Eichmann die weitere Flucht ermöglicht. Auch war ein angemessenes Gerichtsverfahren gegen ihn im Adenauer-Globke-Staat undenkbar.

Im dritten, umfangreichsten Teil stellt Meusch das Streben nach Reinigung der westdeutschen Justiz von NS-Verbrechern und Verfolgung faschistischer Mörder, Schinder und Schreibtischtäter dar, ebenso die enormen Hindernisse, die sich hiergegen auftürmten. Zutreffend äußerte der Staatssekretär im Bundesjustizministerium Walter Strauß, die BRD sei „keine Neugründung, sondern eine nicht nur historische, sondern unmittelbar rechtliche Fortsetzung des Deutschen Reiches“. (S. 331) Um so höher ist die Leistung jener Juristen wie Bauer, Robert Kempner, Adolf Arndt (SPD) und Max Güde (CDU) zu werten, die sich um eine saubere Abrechnung mit der NS-Vergangenheit bemühten, auch wenn sie oft nur Sisyphusarbeit vollbrachten. Der Autor geht auf politische Entscheidungen und den Widerstand reaktionärer Juristen gegen die Abrechnung, auf die Debatte um Verjährung oder Nichtverjährung faschisti-

scher Mordtaten und die „Blutrichter“-Kampagnen der DDR ab 1957 ein. Er konstatiert, dass diese ungeachtet des damit verbundenen Zwecks, den Bonner Staat zu diskreditieren, für die Demokratie nützlich waren, schildert aber auch die Finessen, mit denen ein tatsächlicher Erfolg verhindert wurde.

Der Verfasser weist auf das genau entgegengesetzte Verfahren hin, das die BRD-Justiz nach dem Anschluss der DDR deren Richtern und Staatsanwälten gegenüber anwandte. Er schließt mit einer Bilanz dessen, was Bauer erreicht und verfehlt hat. Die Darstellung ist klar und fundiert. Sie stützt sich auf eine Vielzahl archivarischer und gedruckter Quellen.

Zugleich seien drei Punkte genannt, in denen Meusch sich irrte. Der „Nationalsozialismus“ war keine Revolution, auch wenn das Bauer zeitweise meinte. (S. 303) Hier hätte der Verfasser ihm widersprechen müssen. Die DDR-Strafverfolgungsbehörden wurden nicht, wie der Autor behauptet, „von der Staatssicherheit“ gelenkt (S. 377), vielmehr von der SED-Führung. Das späte Eingeständnis des Bundesgerichtshofs 1996, eine an den Maßstäben heutiger Auseinandersetzung mit der DDR orientierte Justiz hätte viele Nazirichter „wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen“ zur Verantwortung ziehen müssen, ist richtig, wobei von dem extrem unterschiedlichen Umfang der Verbrechen bzw. Pseudoverbrechen zur NS- bzw. SED-Zeit noch abgesehen wird. Als sich Hager und Krenz auf den Spruch des BGS beriefen, um der imperialistischen Siegerjustiz das Recht zu ihrer Verurteilung abzusprechen, war das keine „unerfreuliche Spätfolge“ früheren Versagens der westdeutschen Justiz (S. 296). Diese hatte mehrheitlich keineswegs versagt. Sie setzte nur das Werk ihrer NS-Vorgängerin fort, das gleichfalls gegen Antifaschismus jeder Art gerichtet war.

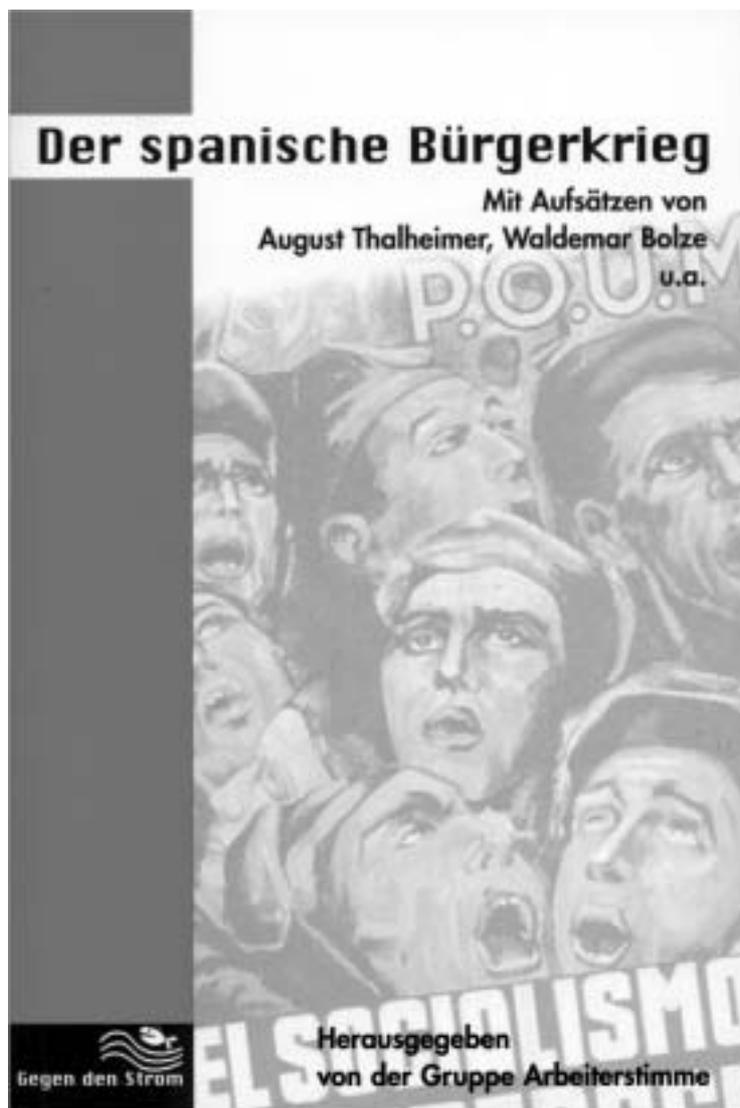
Bruno Mander

Matthias Meusch: Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956-1968). (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen, Band 26) Herausgegeben im Auftrag des Hessischen Landtags. Historische Kommission für Nassau, Wiesbaden 2001, 432 Seiten

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 15,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 15,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 10,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,00 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €

Das Porto wird entsprechend der neuen Postgebühren berechnet
Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barce-

lona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5

Bestelladresse:
 Gegen den Strom
 Schwanthalerstraße 139
 80339 München

oder:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg



510 Seiten,
Paperback,
€ 15,-
ISBN 3-87975-767-4



624 Seiten,
Paperback,
€ 15,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg